**Postvertriebsstück**
**Gebühr bezahlt**
**D 1870 CX**
**Informationsdienst**
**Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90**

*Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.*

**Nummer des Abos** **bezahlt bis ID Nr.**



*Achtung, liebe Abonennten!*
*Wenn auf dem Adressenaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld überweisen – sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr und STELLEN DIE LIEFERUNG EIN.*

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/705772



Der **Informationsdienst ID** im Abonnement

Der wöchentlich erscheinende ID ist zu abonnieren beim **frankfurter informationsdienst e.V.**
**hamburger allee 45**
**6000 frankfurt 90**
Postadresse :
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von 18 Mark für 12 Hefte = ein Vierteljahr. Entsprechend 36 Mark = halbes, 72 Mark ganzes Jahr. Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das
postscheckkonto 52 52 28 - 602



*Einzelverkaufspreis: 1,50 Dm incl 6 % Mwst.*

# Informations-Dienst ID

**D 1870 CX**

## zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 236 1.JULI

**Seite 1:** *Kinderzeitung ‚Die Kralle' / Seit April gibts Nonkonform / Fränkische Lokalredaktion der linken Tageszeitung / Dritte Welt Hefte erschienen / Seminar zur Obdachlosigkeit / Frauenzentrum in Hannover / Feierstunde fürs Polizeigesetz / Johannislust bleibt Johannislust / Wer baut ein alternatives Dorf? / Informationen über Christiania*

## KINDERZEITUNG „DIE KRALLE"

GÖTTINGEN 27. JUNI — *Ein Brief von Edgar:* „Liebe ID-Leute, aus Kralle, Stadtzeitung für Kinder in Göttingen (seit 1976) ist jetzt Kralle, Zeitschrift für Kinder und Jugendliche geworden, die ab Nr. 6 überregional verkauft wird. Kralle gibts in verschiedenen linken Buchläden und Kinderbuchläden oder direkt von uns – für 1.50 DM in Briefmarken, Schulstr. 4, 3501 Niederstein. Viele Grüße, Edgar."

## SEIT APRIL ERSCHEINT NONKONFORM und

BERLIN 24.Juni — informiert über

- Grüne und Bunte Wahllisten
- Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen
- Alternativ Lebensformen
- ‚Öko'-Faschismus.

‚Nonkonform' kann bezogen werden im
**Verlag der ‚Studien von Zeitfragen',Postfach 70 0925,6 Ffm.7o,**
**Redaktion: Peter van Spall,Spenerstr.2, 1ooo Berlin 21,**
**Telefon: 030 / 392 63 04**

## FRÄNKISCHE LOKALREDAKTION DER LINKEN TAGESZEITUNG

*Nürnberg 27. Juni* — *Aus Nürnberg erreichte uns die folgende Nachricht:*

„Wir bitten Euch, folgenden Artikel in Eurer Zeitung abzudrucken:
Betr.: Linke Tageszeitung – Lokalredaktion Nürnberger Raum

## NEUES FRAUENZENTRUM IN HANNOVER

HANNOVER 23. JUNI — Wir haben in Hannover ein neues Frauenzentrum! Unsere neue Adresse ab 1. September 1978:

**FrauenzentrumNieschlagstr. 26, 3 Hannover 91, Linden**

bis dahin: Frauenzentrum Hannover, Wittekindstr. 24, 3 Hannover 91

## FEIERSTUNDE FÜR DAS NEUE POLIZEIGESETZ

FRANKFURT 28.Juni — Die ‚Frankfurter Initiative gegen das einheitliche Polizeigesetz' organisiert zwei Veranstaltungen:

**Sonntag, 2.Juli um 11.00 Uhr MATINEE**
Feierstunde für ein neues Polizeigesetz – geschrieben und gespielt von Schauspielern der Städtischen Bühnen Frankfurt (im Foyer des Schauspielhauses)

**Samstag, 8.Juli um 19.30**
**PODIUMSDISKUSSION**
Polizeigesetze pro und contro; mit: Jakob Petri (Polizeihau[illegible] kommissar a.D.) Jürgen Roth, Horst Herkommer (Werkkrei[illegible] Literatur) und Vertretern von amnesty international, SPD, CDU und FDP. Musik mit ‚Brennessel' im Haus GALLUS.
**Kontakt: Wohngemeinschaft Alleestr.6, 6232 Bad Soden**

## RÄUMUNGSGEFAHR FÜR DIE JOHANNISLUST VORÜBER

BIELEFELD — Nachdem das Gelände um das Bielefelder



## BESCHLAGNAHMUNG VON ZEITUNGEN BEIM GRENZÜBERTRITT

*Saarbrücken 27. Juni* — *Am Samstag, den 24.6.78 gegen 16 h wurden am Grenzübergang "Goldene Bremm," Saarbrücken, 12 Exemplare verschiedener Zeitungen beschlagnahmt. Dokumentation der Betroffenen:*

"Am 24.6 wollte ich nachmittags kurz nach Forbach zum Einkaufen. Es wurde ein längerer Ausflug – dank eines pflichtbewußten deutschen Zollbeamten. Nach dem üblichen Rechtsran-Fahren und ausgiebiger Ausweiskontrolle (woran Leute, die politische Aufkleber am Auto haben oder sich durch andere Merkmale auszeichnen, die längere "Grenzaufenthalte" zur Folge haben, gewöhnt sind) sollte ich diesmal die Klapptür des Busses öffnen, damit sich der Grenzbeamte die Zeitungen, die ich darin hatte, ansehen konnte. Ich war total überrascht, damit hatte ich nicht gerechnet; obwohl ich über die Existenz des Bundesgrenzschutz-Index sehr wohl Bescheid weiß. Aber daß ich konkret davon betroffen bin .........

Der Beamte (Bundesgrenzschutz) schaute sich die Zeitungen an (es waren etliche) und fragte mich, ob sie mein Eigentum wären und ob ich sie verteilen würde, was ich verneinte. Er [illegible]te mich, zu was für einer Organisation ich denn gehören würde, worauf ich keine Antwort gab. Seinen Äußerungen und seiner Mimik nach schienen die Zeitungen für ihn ein großer Fang zu sein. "Die Leute, die diese Zeitungen vertreiben, scheinen ja voll drin zu stecken." sagte er. "Worin?" fragte ich Antwort: "Kommunismus ....", "Die sollen doch in den Osten gehen!"

Der Beamte fragte, ob er die Zeitungen einbehalten könne, was ich verneinte. Daraufhin meinte er, daß er sie dann beschlagnahmen würde, was er auch tat. Er beschlagnahmte insgesamt 12 Exemplare verschiedener Zeitungen (Arbeiterkampf bunal, Broschüre einer Lübecker Frauengruppe, Rebell, Internationale, Flugblatt der 'Bunten Liste').

Ich war wütend, zitterte und fühlte meine Ohnmacht. Auf meine Frage, was er denn mit den Zeitungen wolle sagte er, daß sie weggeschickt würden. Ich sagte, daß die Zeitungen doch bekannt seien und es würde doch reichen, daß ihre Titel angegeben würden und meine Personalien dazu. "Das hat mit ihnen nichts zu tun, antwortete er. Ich sagte ihm noch, daß er mir doch nicht einfach fremdes Eigentum wegnehmen kann das wäre ja wohl Diebstahl und verlangte wenigstens eine Quittung, die er mir verweigerte. Meine Personalien wurden auf einen Zettel geschrieben und zu den beschlagnahmten Zeitungen nochmals dazugeheftet.

Ich fuhr dann weiter zum Einkauf und konnte mich auf der Rückfahrt bis ich zur Grenze kam einigermaßen wieder beruhigen. Die Einschüchterung des deutschen Beamten hatte ich überwunden. Man winkte mich durch, doch ich war inzwischen wieder soweit sicher, daß ich forderte, mir den Namen des Beamten zu nennen, der mit die Zeitungen weggenommen hatte. Daraufhin schrieb mir der Beamte eine Bescheinigung aus und ließ sich sehr viel Zeit damit. Seinen Namen nannte er nicht. (Die Bescheinigung ließ er von einem anderen Beamten unterschreiben). In der Zwischenzeit wollte ein anderer Beamter das Auto nochmals durchsuchen. Auf meinen Hinweis, daß die Durchsuchung auf der Fahrt nach Frankreich schon gründlich vorgenommen worden sei, meinte er, daß das Auto jetzt noch zollrechtlich geprüft werden müsse."
**Kontakt: Stadtzeitung Saarbrücken, Postfach 176, 6600 Saarbrücken.**

**Schülerzeitungszensur**

Liebe Leute, wir haben eine Lokalredaktion für die LINKE TAGESZEITUNG Iin Nürnberg gegründet. Wir treffen uns jeden Donnerstag um 20 Uhr im KOMM - Ausländerraum, Königstr. 93, 8500 Nürnberg, Tel. 09131/28364

## DRITTE WELT HEFTE ERSCHIENEN

FRANKFURT
14. Juni

Das Juni-Heft der Lateinamerika-Nachrichten ist erschienen mit Beiträgen u.a. über Argentinien: Faschismus–Fußball–Fernsehen, über Chile: 1. Mai und über Peru: Generalstreik und Ausnahmezustand, kostet 2 Mark, erhältlich in den bekannten Buchhandlungen oder im Abo bei:
Lateinamerika-Nachrichten c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12

Das 3. Welt Magazin, Heft 6, ist ebenfalls raus u.a. mit einem ausführlichen Bericht über Äthiopien, einer Reportage aus dem Libanon über die Palästinenser und einem Artikel über Thailand und Kampuchea. Kostet 4 Mark im Buchhandel und kann abonniert werden bei:
PDW – Progress Dritte Welt, Blücherstr. 13, Bonn 1

## ALTERNATIV–WEITERBILDUNGS–SEMINAR ZUR OBDACHLOSIGKEIT

BOCHUM
16. Juni

Die 'Bochumer Projektgruppe Obdachloseninitiative' bietet ein Seminar zur Obdachlosigkeit in Bochum (und anderswo) für Betroffene und andere an.

**Kontakt: Abs. Projektgruppe Obdachloseninitiative Gero Beust, Wibbeltstr. 26, 4630 Bochum**

29. Juni

Freakhotel "Johannislust" wegen der drohenden Räumung besetzt worden ist, hat nun der Vermieter seinen Antrag auf Zwangsräumung zurückgezogen. Die Bielefelder Öffentlichkeit ist über die Besetzung gut informiert worden, die Leute auf der Johannislust werden weitermachen, das Haus renovieren und Musikgruppen spielen lassen. Für all das ist auch Geld nötig, das in großen und kleinen Mengen auf das Konto 72528-3000 bei der Bielefelder Sparkasse, Kennwort: Johannislust eingezahlt werden kann.

**Kontakt: Johannislust, Hochstr. 12, 4800 Bielefeld**

## EIN ALTERNATIVES DORF SOLL GEBAUT WERDEN

BREMEN
26. JUNI

Eine Gruppe von Leuten, die in der Nähe von Bremen in einer Landkommune wohnt, ruft auf, sich am Aufbau eines selbstverwalteten Dorfes zu beteiligen. Gesucht werden dazu Leute, die bereit sind, einen Haufen Arbeit zu machen.

**Kontakt: D. Heck, Postfach 104 952, 2800 Bremen**

## INFORMATIONEN ÜBER CHRISTIANIA

MÜNSTER
26. JUNI

Wer eine Diskussion über den Freistaat Christiania anzetteln möchte, oder wer seine Stadt in einen Freistaat verwandeln will, der kann einen Film über den Freistaat Christiania bestellen bei

**Packpapierversand, Postfach 2521, 4400 Münster**

Stadtzeitung Saarbrücken - Sondernummer zum Russell-Tri-

GP 21 Brem
Grenzschutzamt Saarbrücken .... .....Saarbrücken.Geldene...
- Grenzschutzstelle .Saarbrücken.Goldene-Bremm (Ort der Beschlagnahme)
Az.: .....24.06.1978..16.40.Uhr..
(Datum, Uhrzeit)

B e s c h e i n i g u n g
gem. § 29 Abs. 2 BGSG

Bei ~~Herrn~~/Frau * ........................, Beruf .......Studentin..........
geboren am ...................., in ..............................
wohnhaft ...66 Saarbrücken,.........., Straße Nr. .......................
wurden bei der Einreise/Ausreise folgende Gegenstände gem. § 20 Abs. 1 Nr. 1 BGSG/§ 2, Abs. 1 Nr. 2 a) e) JGSG * beschlagnahmt:
1. ...12 Schriften kommunistischer Herkunft,.......
3. * ........................ 4. * ..........................
5. * ........................ 6. * ..........................
7. * ........................ 8. * ..........................

Begründung:
█████████ war nicht bereit die Zeitschriften freiwillig zur Verfügung zu stellen.

Zu der Beschlagnahme äußerte sich ~~der~~/die * Betroffene nicht/~~wie folgt~~*:

Rechtsbehelfsbelehrung:
Gegen diese Beschlagnahme kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Grenzschutzamt Saarbrücken, 66 Saarbrücken, Richard - Wagnerstr., schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen. Die Erhebung des Widerspruchs hat gem. § 80 Abs. 2 VwGO keine aufschiebende Wirkung.

Unterschrift des/der * Betroffenen
Unterschrift des anordnenden Beamten

Verteiler:
1 x Betroffene(r)
1 x Grenzschutzamt
1 x Grenzschutzstelle

**„HIESIGEN ERACHTENS BRINGT DER VERFASSER DES SCHRIFTSATZES ‚FREIHEIT' ZUM AUSDRUCK, DASS IN DIESEM STAAT KEINE TOLERANZ, KEINE MENSCHLICHKEIT, KEINE LIBERALITÄT HERRSCHEN."**

BREMERHAVEN
26. Juni

*„FREIHEIT"?*
*Dieses ist der*
*freieste*
*Staat,*
*den es je*
*auf deutschem Boden*
*gegeben hat.*
*Frei von Toleranz*
*Frei von Menschlichkeit*
*Frei von Liberalität*
*Frei von Freiheit*

*Ich glaube, es hat*
*auf deutschem Boden*
*doch schon einmal*
*einen Staat gegeben,*
*der noch*
*„freier"*
*war ... V.D.*

*Dieses Gedicht wurde in der Bremerhavener Schülerzeitung „Der Aufführer" Ende 1977 veröffentlicht. Als es dem Mitglied der örtlichen politischen Polizei, dem Oberkommissar Schawaller, vorgelegt wurde, witterte der Landesverrat oder schlimmeres. Er ließ dem verantwortlichen Redakteur und dem Autoren des Gedichtes eine polizeiliche Vorladung ins Haus schicken. Ein ‚Sachverhalt' wäre zu klären, nämlich der folgende:*

„Vorstehende schriftliche Äußerung wird als böswillige Verächtlichmachung angesehen, die sich gegen die Bundesrepublik Deutschland richtet."

*Mit einem Extrablatt und einer Wandzeitung nahmen die Redakteure des ‚Aufrührers' Stellung zu der Vorladung.*

„Da die Methoden der politischen Polizei bei Verhören bekannt sind und keine Pflicht besteht, Kripo-Vorladungen Folge zu leisten, gingen die beiden betroffenen Schüler nicht zu den angesetzten Terminen.

Statt dessen rief Andreas (der verantwortliche Redakteur) bei Herrn Schawaller an, um zu erfahren, um was es bei der Geschichte eigentlich geht. Herr Schawaller informierte ihn, daß es sich um ein Gedicht („Freiheit") handeln würde, für das er eine Erklärung benötige, um den Inhalt zu verstehen („... was damit gemeint ist"). Diese wäre am besten in einem „klärenden Gespräch" bei der Polizei zu gewährleisten, und da Andreas und der zweite Schüler nicht zu dem ersten Termin erschienen seien, hätte er eine zweite Vorladung herausgeschickt. Falls zu diesem Termin ebenfalls keiner erscheinen würde, ginge die Sache an die Staatsanwaltschaft weiter! Inzwischen haben die beiden Schüler die zweite Vorladung erhalten, sind dort aber nicht erschienen.

Wenige Tage vor der Vorladung seitens der Kripo wurde Andreas von Direktor Penzel aufgefordert, die Schülerzeitung jeweils vor Erscheinen ihm vorzulegen. Er begründete dies damit, daß er dem Redaktionskollektiv „beratend zur Seite stehen" wolle, um uns „rechtliche Unannehmlichkeiten" zu ersparen. Außerdem wäre er bei „Strafrechtlichem Inhalt" verantwortlich.

Im Klartext: Zeigt mir, was ihr schreiben wollt,und ich sage euch, was ihr schreiben dürft. Also Zensur !

In die gleiche Kerbe, wenn auch wesentlich folgenreicher, schlägt die Aufmerksamkeit, die der „Aufrührer" bei der Polizei gefunden hat. In einem Klima, in dem die „Brutstätten des Terrorismus" nur so aus dem Boden sprießen und von allen

R. dem 5. Kommissariat als ein aktiver Anhänger des Kommunistischen Bundes/Gruppe Bremerhaven bekannt ist."

*Am 19. Januar 1978 schaltet sich der Senator für Bildung der freien Hansestadt Bremen in Gestalt eines Oberschulrates ein. Der Herr Senator läßt durch seinen Rat mitteilen, daß dem verantwortlichen Redakteur des ‚Aufrührer' mit dem Hinauswurf aus der Schule gedroht wird, für den Fall, daß er sich nicht an die Anweisungen des Schulleiters hält, die dieser pflichtgemäß verteilt. Am 24. Mai 1978 schließlich hat der Herr Staatsanwalt Tscheppan seinen Schriftsatz fertig und teilt mit daß er das Hauptverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur und den angeblichen Autoren des Gedichtes, eröffnen möchte. Auch Herr Tscheppan sieht seinen Staat verächtlich gemacht. Eine Solidaritätsadresse ist bisher bei den Schülern eingetroffen:*

„Die Schülervertretung des Mariengymnasiums Jever, die Initiative Kreisschülerrat Friesland, die Schülerzeitungen BABBELGAMM und MARIENKÄFER sowie der Unabhängige Sozialistische Schülerbund Friesland (USSB) und die Antifaschistische Initiativgruppe Jever verurteilen die gegen die Schülerzeitung „Der Aufrührer" unternommenen Maßnahmen auf das Schärfste. Diesen Willkürakt werten wir als einen klaren Verstoß gegen das grundgesetzlich zugesicherte Recht auf freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit. Wir sehen die Repressionen im Zusammenhang mit dem Klima politischer Unterdrückung und dem Abbau demokratischer Rechte in der Bundesrepublik."

**Weitere Solidaritätsadressen an Schülerzeitung „Der Aufrührer", c/o Andreas Ristau, Postbrookstr. 57, 2850 Bremerhaven, Tel.: 0471 / 290648.**



## AUFRUF AN ALLE LINKEN BUCHLÄDEN

KÖLN 26. JUNI — ***Der ‚Andere Buchladen' in Köln schreibt:***

„Alle Projekte des VLB (Verband des linken Buchhandels) oder sonstige Buchläden, bei denen selber das Buch „Texte der RAF", erschienen im Bo Cavefors-Verlag in Schweden, beschlagnahmt, oder sonstwie bei der Post abgefangen wurde, oder die davon gehört haben, möchten bitte Kopien des Beschlagnahmebeschlusses oder sonstiger Schreiben an den ‚Anderen Buchladen' schicken. Weiterhin möchten die Genossen bitte, wenns nicht zu viel action ist, Kopien der sie betreffenden Zensurmaßnahmen an uns schicken. Gemeinst sind Beschlagnahmebeschlüsse, eventuell Anklageschriften etc.

Zum dritten ist es uns wichtig, daß uns Kopien von Schreiben und deren Antworten zum Komplex Postzensur zugeschickt werden. Alle Indizien, die für eine regelmäßige oder auch unregelmäßige Postüberwachung linker Buchhandlungen oder Verlage sprechen, sind für uns von äußerster Wichtigkeit. Bitte schickt uns alles Material, was ihr auftreiben könnt. Wir machen auf Anfrage verschiedener Bundestagsabgeordneter eine Zusammenstellung zu den oben genannten drei Punkten. Bitte unterstützt uns, damit der Bericht, den wir vorlegen wollen, fundiert wird."

**Kontakt: Der andere Buchladen, Zülpicherstr. 197,; 5000 Köln 41, Tel. 0221 / 42 02 14;**

***In einem Beschlagnahmebeschluß des Bundesgerichtshofes, den dieser verfaßte, als dem in Freiburg im Gefängnis sitzenden Rechtsanwalt Arndt Müller das Buch "texte der RAF" geschickt wurde, heißt es unter anderem:***

"Die schriftliche verfassungsfeindliche Befürwortung im Sinne des § 88 a Abs. 1 StGB kommt vor allem in den Kapiteln: Wurster und Wolfgang Göbel für das Buch stilistisch überarbeitet, Verhandlungen mit Verlagen und Buchhändlern geführt und Korrekturabzüge gelesen worden. Die agitatorische Arbeit des Büros für die RAF, die sich hier in der Vorbereitung der "texte der RAF" offenbart hat, ist Gegenstand mehrerer Ermittlungsverfahren. Gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt, nach den angeblich umstrittenen Selbstmorden der Rädelsführer der RAF: Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe kann durch die Herausgabe und Verbreitung des Buches bei anderen, vor allem bei sogenannnten Sympathisanten der RAF, die Neigung zur Begehung von verfassungsfeindlichen Gewalttaten der bekannten Qualität gefördert werden. Das Buch "texte der RAF" ist insgesamt eine Agittations- und Werbeschrift einer terroristischen Vereinigung und versteht sich auch ausweislich seines Impressums auch so. Die verfassungsfeindliche Zielsetzung ergibt sich eindeutig aus seinem Inhalt."

## DER TRIKONT–VERLAG GEFÄHRDET DIE JUGEND

MÜNCHEN 26. Juni — Nach Ansicht der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, gefährdet der Trikont-Verlag durch Herausgabe des Buches "Do it" von Jerry Rubin die Jugend. In einem Brief an die "Sehr geehrten Herren . . . " des Verlages stellt die Bundesprüfstelle fest, daß das Buch gleichen Inhalts ist wie eine bereits 1973 bei Rowohlt erschienene Ausgabe, die damals schon den Jugendschützern ins Auge sprang und indiziert wurde. Inhalt des Buches ist die Geschichte der amerikanischen Anti-Vietnam-Protestbewegung aus der Sicht Jerry Rubins, der einer der bekannten Vertreter der aufmüpfigen

Seiten Verleumdungs- und Hetzkampagnen gegen Intellektuelle wie Böll, Grass, Gollwitzer etc. entfacht werden, die als „geistige Urheber des Terrors" diffamiert werden, sind Angriffe auf die freie Meinungsäußerung äußerst einträglich, wird mensch schnell zum „Sympathisanten" gestempelt und verurteilt!

Auf dieses Klima hinzuweisen und davor zu warnen, war das Hauptanliegen des Gedichtes. Wie berechtigt dieses ist, zeigen die oben geschilderten Vorfälle aufs Neue."

*Diese Haltung der Schüler machte den Oberkommissar noch entschlossener, der Verächtlichmachung unseres Landes Einhalt zu gebieten. In einem abschließenden Bericht, den er für die ihm übergeordnete Behörde, die Staatsanwaltschaft zu verfassen hatte, geht er auf die vom Direktor beschlagnahmte Wandzeitung ein:*

„Diese Zeitung liegt bei der Kriminalpolizei nicht vor, sondern wird von dem Leiter des Schulzentrums Geschwister Scholl unter Verschluß gehalten und kann dort von der Staatsanwaltschaft jederzeit angefordert werden. Hiesigen Erachtens bringt der Verfasser des Schriftsatzes „Freiheit"? im ersten Teil zum Ausdruck, daß in diesem Staat – Bundesrepublik Deutschland, wenn auch nicht genannt – keine Toleranz, keine Menschlichkeit, keine Liberalität und keine Freiheit herrschen. Im zweiten Teil wird dieser Staat, wenn ebenfalls auch nicht ausdrücklich genannt, mit dem NS-Staat verglichen. Damit scheinen hiesigen Erachtens die Tatbestandsmerkmale des §§ 90a StGB erfüllt zu sein."

*Auch das Extrablatt des ‚Aufrührer' würdigt Schawaller mit einem ordentlich verfassten Schriftsatz, in dem er der Staatsanwaltschaft auch noch einen dezenten Hinweis auf die tatsächlichen Hintergründe der Angelegenheit gibt.*

„Abschließend wird bemerkt, daß der Schüler Andreas

## SCHÜLERZEITUNGSZENSUR VORS RUSSELL-TRIBUNAL

WEST-BERLIN 24. JUNI Am 10. Juni hat in Mölln (Schleswig-Holstein) auf Einladung der „Insulaner"-Redaktion ein Treffen einiger von Verboten und Zensur betroffenen Schülerzeitungen aus dem norddeutschen Raum stattgefunden, an dem sich auch die ‚Junge Presse Berlin' beteiligt hat. Thema des Treffens war neben dem Erfahrungsaustausch über die Repressionsmaßnahmen und die Möglichkeit, sich dagegen zu wehren, die Materialsammlung zur Untersuchung der Schülerzeitungszensur durch das Russell-Tribunal.

Wir suchen jetzt weitere Kontakte sowohl zu betroffenen Schülerzeitungen als auch zu den Russell-Unterstützergruppen, die bereits zu diesem Themenbereich arbeiten, und wir bitten um weiteres Material. Möglichst schon am Wochenende 8./9. Juli wollen wir dann zur weiteren Koordination ein zweites Treffen organisieren, an einem zentralen Ort.

**Kontakt: Junge Presse Berlin (Landesarbeitsgemeinschaft jugendeigener Zeitungen), c/o Gelber Laden, Cranachstr. 7 1000 Berlin 41.**



Nr. 3527. Wandbild „Schiller",

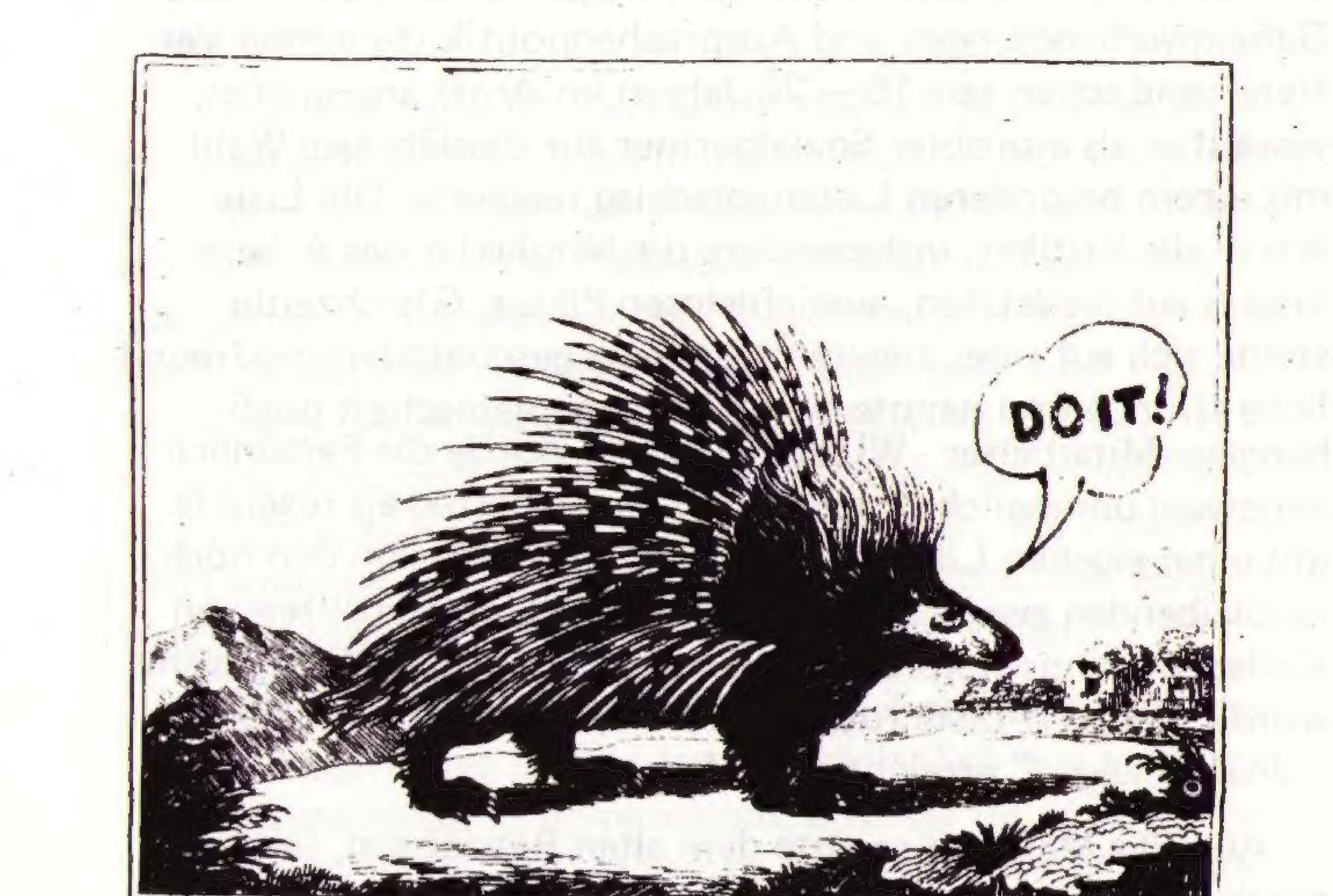
| | |
|---|---|
| IX | rede von ulrike zu der befreiung von andreas, mo-abit 13. september 1974 |
| XIX | spiegelinterview 20.01.75 |
| XX | interview le monde diplomatique |
| XXVI | erklärung des KOMMANDO HOLGER MEINS vom 24.4.1975 |
| XXVII | Rote Armee Fraktion; Das Konzept Stadtguerilla |
| XXIX | Die Aktion des Schwarzen September in München |

mehr oder weniger klar zum Ausdruck. Es handelt sich bei dem Buch nicht um eine wertungsfreie Dokumentation von Gewalttaten, sondern um eine Darstellung, die Gewalttaten nicht nur als notwendig und unvermeidbar, sondern als begrüßenswert und wünschenswert sowie als nachahmenswert erscheinen läßt. Darin liegt ein indirektes oder verstecktes Befürworten von Gewalttaten der bekannten Qualität (§ 126 Abs. 1 Nr. 1 bis 6), um den bewaffneten Kampf gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, worauf in dem Buch immer wieder insbesondere in den Kommandoerklärungen in Kapitel XXX, S. 448 ff, hingewiesen wird, fortzuführen.

das Buch ist auch bestimmt und nach den Umständen geeignet, die Bereitschaft anderer zu fördern, sich durch die Begehung von Gewalttaten der beschriebenen Qualität gegen den Bestand und die Sicherheit der Bundesrepublik oder gegen Verfassungsgrundsätze einzusetzen. –

Denn nach den bisherigen Ermittlungsergebnissen ist das Buch "texte der RAF" im ehemaligen Büro der Rechtsanwälte Dr. Klaus Croissant, Arndt Müller, Armin Newerla in Zusammenarbeit mit den verstorbenen Rädelsführern der kriminellen Vereinigung RAF sowie imit in Freiheit befindlichen Terroristen vorbereitet worden. Von diesem Büro sind die im Buch veröffentlichten Texte gesammelt, das Bildmaterial unter Mißbrauch der Verteidigervorrechte in der Vollzugsanstalt Stammheim erstellt, das "Bekennerschrreiben" des Kommandos "Ulrike Meinhof" zur Ermordung von Siegfried Buback, Georg

Generation gewesen ist.




## ZENSUR IM THEATERBEREICH – DOKUMENTATION

WIESBADEN Juni 78 Unter dem Arbeitstitel „Der Freiheit eine Gasse" liegt eine Dokumentation vor über die Repression im Theaterbereich während der letzten fünf Jahre. Sie wurde zusammengestellt und herausgegeben von der „Initiative für die Freiheit der Theaterarbeit". Diese Initiative von 43 Theatergruppen entstand 1971; es schlossen sich in ihr Mitglieder etablierter Bühnen und freier Gruppen zusammen, um sich gegen die Zensur im Theaterbereich zu wehren.

Die Initiative möchte „diese Dokumentation verstanden wissen als Bekanntmachung des ganzen Ausmaßes der Repression" - aber auch nicht nur als Schutzbündnis gegen die Repression - „und damit als Aufruf zur genauen Analyse ihrer politisch-ökonomischen Ursachen, sondern auch als Appell zur unbeirrten Weiterführung der Diskussion um Inhalt und Form eines aufklärerischen Theater ... (sowie) Impuls zu Solidarität und Gegenwehr."

Diese Dokumentation wird (ergänzt durch Dokumente, Bilder und Materialien) in der Reihe „Politisches Theater" zu beziehen sein bei:

**Verlag 2000, Postfach 591, 6050 Offenbach 4**

## GEWERSCHAFTSAUSSCHLÜSSE GEGEN BETRIEBSRÄTE

MÜNCHEN 20. Juni *Im Betrieb Siemens-Martinstrasse (Belegschaftsstärke: 2700) haben die diesjährigen Betriebsratswahlen ein gewerkschaftliches Nachspiel. Auf einer Liste, die nicht von der Ortsverwaltung der IG Metall abgesegnet war, (Liste 3: "Alternative - mit UNS - für UNS"), kandidierten IG Metall-Mitglieder, denen jetzt mit Gewerkschaftsausschluß gedroht wird. Begründung wie üblich: Gewerkschaftsschädigendes Verhalten per Kandidatur auf einer anderen als der offiziellen IGM-Liste.*

Bei Siemens gibt es schon seit mehreren Jahren einen Arbeitskreis von Gewerkschaftern, der sich unter anderem auch kritisch mit der Politik des Betriebsrates befaßt hat. Der alte Betriebsrat wurde dabei besonders wegen seiner traditionellen Geheimverhandlungen und Absprachenpolitik (führende Vertreter sind schon seit 15 — 20 Jahren im Amt) angegriffen, worauf er als erprobter Sozialpartner zur diesjährigen Wahl mit einem besonderen Listenvorschlag reagierte. Die Liste setzte alle Kritiker, insbesondere die Mitglieder des Arbeitskreises auf die letzten, aussichtslosen Plätze. Gleichzeitig stellte sich auf einer zweiten Liste eine geschäftsleitungsfreundliche Gruppe und nannte sich "Wählergemeinschaft unabhängiger Mitarbeiter - WUM". Dadurch wurde die Persönlichkeitswahl unmöglich gemacht und der Arbeitskreis reagierte mit einer eigenen Liste (Liste 3), die innerhalb von den noch verbleibenden zwei Tagen Frist fast 400 Unterschriften von Kollegen sammeln konnte und dann auch mit 34,1 % gewählt wurde. Die IGM-Liste rutschte auf 49,5 % herab und die "Unabhängigen" erreichten 16,4 %.

Aber die Mehrheit reichte dem alten Betriebsrat, um folgende Machteinteilung vorzunehmen: Vorsitzender und Stellvertreter, fast alle Ausschußsprecher, der gesamte Betriebsausschuß (der die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung führt), und alle vier freigestellten Betriebsräte werden allein von der IGM-Liste gestellt. Von 26 Ausschußplätzen bekam die Alternative ganze drei.

*Nun arbeitet der IGM-Teil des Betriebsrates natürlich nicht allein gegen die "Alternativen", sondern wird tatkräftig unterstützt von seiner Gewerkschaft, der übrigens auch die Mitglieder des Arbeitskreises und der Alternative angehören. Aber zunächst sah das noch anders aus. Am 12. Mai, nach der Wahl, erhielt der Betriebsrat der Alternative — German Schmid — folgenden Brief, unterzeichnet vom 1. Bevollmächtigten der IGM-Verwaltungsstelle München, Hartl:*

"Wir freuen uns, daß Du durch das Vertrauen der Belegschaft für die nächsten 3 Jahre als Mitglied des Betriebsrates gewählt worden bist. Dazu möchten wir Dich sehr herzlich beglückwünschen. Wir wissen, daß durch dieses Amt zusätzliche Aufgaben und Verantwortung auf Dich zukommen. Unsererseits möchten wir Dir heute schon unsere Unterstützung bei der Bewältigung all dieser Aufgaben zusagen. Wir werden uns bemühen, ständig mit Dir den Kontakt zu pflegen, der es Dir ermöglicht für die Belegschaft im Interesse der Arbeitnehmervertretung den jeweils neuesten Stand der einschlägigen Gesetzes- und Tarifregelungen zu erhalten. In Deinem eigenem - aber auch in unserem Interesse ist es notwendig, daß wir die Möglichkeit geben, in Grundsatzschulungen, Seminaren und Internatslehrgängen das notwendige Wissen zu vermitteln. Wir würden uns sehr freuen, wenn die notwendige Zusammenarbeit auf allen Gebieten in den nächsten 3 Jahren für Dich betriebsbezogen - für uns organisationspolitisch - den von uns allen gewünschten positiven Erfolg bringen würde. In diesem Sinne wünschen wir Dir für die bevorstehende, nicht immer leichte Arbeit viel Erfolg. Auf eine gute Zusammenarbeit hoffend, verbleiben wir mit freundlichen Grüßen".

*Kurze Zeit später kam der zweite Brief:*

"Betrifft: Verfahren nach § 11 der IG Metall-Satzung (Ausschluß)

Werter Kollege Schmid!

Die Vertrauenskörperleitung hat bei der IG Metall Ortsverwaltung beantragt, gegen Dich ein Verfahren nach § 11 unserer Satzung durchzuführen. In ihrem Antrag erhebt die Vertrauenskörperleitung gegen Dich folgende Anschuldigungen. Bei der jetzt durchgeführten Betriebsratswahl in der Firma Siemens AG Martinstr. hier in München hast Du auf einem Wahlvorschlag kandidiert, obwohl eine Liste der IG Metall eingereicht wurde. Die hierzu entsprechenden Beschlüsse waren Dir bekannt. Aufgrund dieser Anschuldigungen haben die Mitglieder der IG Metall Ortsverwaltung beschlossen, gegen Dich ein Verfahren einzuleiten".

**Wer etwas gegen die Ausschlüsse tun will, schreibt an: Industriegewerkschaft Metall, Schwanthalerstr. 64, 8 München 2**
**Kontakt zur Alternative: German Schmid, Grillparzerstr. 9, 8 München 80.**

## BEOBACHTEN — BEAUFSICHTIGEN — KONTROLLIEREN

FRANKFURT *„Auf der letzten Jahrestagung der DGSP (Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie) gab es eine Arbeitsgruppe ‚Frauen in der Psychiatrie'. Die 49 Teilnehmerinnen brachten eine Resolution ein, in der sie darauf aufmerksam machten, daß die soziale und psychische Situation der Frauen als krankmachender Faktor bisher zu wenig berücksichtigt wurde und Frauen deshalb oft falsch diagnostiziert und therapiert werden. Die Frauen forderten den Vorstand (1. Vorsitzender ein Arzt!) auf, Beratungsstellen für Frauen zu unterstützen und neu geplante Projekte zu fördern. Dieser Resolution wurde mit großer Mehrheit zugestimmt.*
*Die Autorin des folgenden Berichts war Mitglied dieser Arbeitsgruppe:*

„Seit zwei Jahren arbeite ich als Krankenschwester auf einer psychiatrischen Akutstation mit 16 Betten. Zu uns kommen Patienten in besonderen Krisen, viele nach einem Selbstmordversuch, mit schwersten seelischen Konfliktsituationen z.B. Depressionen, Versagensgefühlen. Die meisten unserer

Patienten sind Frauen. Ich glaube, daß das nicht zufällig ist und habe im Laufe der Zeit beobachtet, daß es einen direkten Zusammenhang gibt zwischen den sogenannten ‚Geisteskrankheiten' und Persönlichkeitsstörungen bei Frauen, und dem, was Frausein in unserer Gesellschaft bedeutet.
Von zahllosen Beispielen möchte ich die Geschichte von Frau Elisabeth K. herausgreifen, die mit der Diagnose ‚endogene Depression' auf unsere Station kam. ‚Endogen' bedeutet in der Theorie und Praxis der traditionellen Psychiatrie soviel wie ‚von innen heraus', ‚angeboren' und wird meist als unerklärbar hingestellt. Die Krankheit fällt gewissermaßen vom Himmel und gilt als unvermeidliches Schicksal.

Elisabeth K, 58 Jahre alt, kam zu uns in einem Zustand tiefster Depression und Hoffnungslosigkeit. Dabei äußerte sie immer wieder starke Schuldgefühle und Gedanken einer vernichtenden Selbstverachtung: „Ich bin ein Teufel, ich bin gar nichts wert, in mir ist die Hölle. Ich habe das Gefühl, alles brennt in mir und mein Kopf ist ganz gespalten." Dieser quälende Zustand hielt über Wochen an und es war ungeheuer, schwierig, diese Gefühle zu durchbrechen und etwas aus ihrem früherem Leben zu erfahren.

Frau K. hatte mit ihrem Mann während des Krieges lange im Ausland gelebt. Sie selbst war dort Dolmetscherin gewesen und erst nach Kriegsende in die BRD zurückgekehrt. Als ihr Mann aus der Kriegsgefangenschaft kam, hatten sich ihre Gefühle für ihn zum ersten Mal deutlich verändert. Sie überlegte damals, ob sie sich von ihm trennen sollte, blieb aber doch bei ihm und widmete sich von jetzt an nur noch ihm und den drei Söhnen, die sie abgöttisch liebte. Die beruflichen Pläne, wieder als Dolmetscherin zu arbeiten, stellte sie damals zurück, weil sie ihre Hauptaufgabe darin sah, den Haushalt perfekt zu versorgen und für die Kinder da zu sein. Außerdem ließ ihr Mann sie deutlich spüren, daß er ‚seine Ordnung' zu Hause brauche und sie es als seine Frau nicht nötig habe, zu arbeiten.
Sie selbst schilderte ihn zunächst als sehr liebevoll und fürsorglich. Er tue alles für sie, und sie sei seiner gar nicht wert. Später wurde immer deutlicher, daß sie jahrelang bei jedem sexuellen Zusammensein Ekelgefühle spürte und unter der zunehmenden Isolierung von anderen sozialen Kontakten litt. Es entwickelte sich ein tiefer Groll, den sie sich nicht eingestehen und nur in Schuldgefühlen äußern konnte. Was in ihr ‚brannte' war ein ohnmächtiger Appell ihrer, wie sie es selbst deutlich spürte, gespaltenen Identität.

Ihr Zustand war auch durch Gespräche nur wenig zu beeinflußen. Eine ‚Besserung' trat dann sehr plötzlich ein. Ihr Mann bekam einen grippalen Infekt, und gab ihr damit zu verstehen, wo ihre eigentliche Aufgabe war. Ihre Symptomatik trat zurück. Sie wollte entlassen werden, um ihn gesund zu pflegen.
Einer der behandelnden Psychiater meinte dazu: „Sie soll doch froh sein, daß sie so einen netten Mann hat. Ein anderer hätte sie längst zum Teufel gejagt."

Frau K.'s Nöte und Ängste gelten als uneinfühlbar, schicksalhaft und letztlich ‚inadäquat' (unangemessen). Die einzige Therapie ist, ihr das Leben mit Antidepressiva (Stimmungsaufhellern) wieder freundlicher zu machen. Als Therapieerfolg gilt meistens, wenn die Patientin ihre alte Situation mit neuen Augen sieht und Unterdrückung, Anpassung und Identitätsverlust fröhlicher akzeptiert. Männliche Psychiater sind dabei gern geneigt, sich mit unzufriedenen Ehemännern gegen ihre ‚verrückten' Frauen zu verbünden.
Diese Arbeit heißt für mich als Krankenschwester:
— Stunden des Tages mit Menschen zu verbringen, die in der Institution Psychiatrie zu psychiatrischen Patienten werden,
— diese Menschen beaufsichtigen, beobachten, kontrollieren und beurteilen zu müssen,
— zu versuchen, mit ihnen neue Lebensalternativen zu finden und zu planen, mit denen sie in unserer Gesellschaft besser funktionieren,
— sie zu Verhaltensänderungen zu ermutigen, die den gesellschaftlichen Normen angemessen sind,
— ihnen Medikamente zu verabreichen, die von Ärzten viel zu oft und in zu hohen Dosen angeordnet werden, und dabei zu wissen, daß das immer ein Eingriff in die Persönlichkeit bedeutet,
— mit ihnen umzugehen und zu sprechen, ohne eineKontrolle darüber zu haben, ob dieses oder jenes Verhalten dem ‚Patienten' schadet oder nützt,
— sie in eine Umwelt zu entlassen, in der sie oft in kürzester Zeit aufs neue scheitern,
— mich selbst den ‚therapeutischen' Anordnungen und Ärzten unterwerfen und sie ausführen zu müssen, bei denen ich mich fragen muß, wer deren Auswirkungen und Qualität eigentlich kontrolliert (z.B. Therapieplanung und Verodnung von Medikamenten),
— nicht selten festzustellen, daß Ärzte Patienten dazu benutzen, ihre unkontrollierten Machtimpulse, Größenwahn und Allmachtsansprüche, kurz, ihre massive Eigenproblematik auszuleben, mit dem Vergeben diagnostischer Etiketten an ‚Patienten' zu kompensieren,
— mit Repressionen vor allem von Seiten der männlichen Psychiater rechnen zu müssen, wenn man durch mühsam erkämpfte Fortbildungsmöglichkeiten seine Arbeit verbessern will und dann ironisch als ‚überqualifiziert' auf seinen Platz (ganz unten) verwiesen wird,
— daß einem letztlich klar wird, daß bestehende Verhältnisse aufrecht erhalten werden sollen und daß gut ausgebildete Schwestern und Pfleger zu einer Bedrohung für wenig veränderungsfreudige Psychiater werden,
— Handlanger von Machthabern einer Gesellschaftsordnung zu sein, denen bisher noch nichts Besseres einfiel, als Menschen, die sich anders verhalten, als die meisten, auszugrenzen einzusperren und im besten Fall an bestehende Verhältnisse anzupassen.

Sehr oft habe ich das Gefühl, daß wir in unseren Gesprächen mit den Patienten in die verschiedensten Richtungen steuern. Eigene Ängste und Probleme, die in Zusammenhang mit den Konflikten der Patienten auftauchen, müssen verdrängt oder abgewehrt werden. Das führt zu einem Anstauen von Aggressionen, die auch das Verhalten gegenüber Patienten negativ beeinflussen. Unstimmigkeiten im ‚Team', z.B. zwischen Kollegen(innen), die Aufsicht und Kontrolle für ihre wichtigste Funktion halten und anderen, die Veränderung und Demokratisierung in der Psychiatrischen Klinik vorantreiben möchten, erschweren oft die Zusammenarbeit.

Ein Problem ist auch, daß unsere Ausbildung rein medizinisch ausgerichtet ist und fast ausschließlich den medizinischen Krankheitsbegriff vermittelt. Solange für ‚Krankheiten' wie Schizophrenie und ‚endogene Depression' unerklärbare, im Zweifelsfalle organische Ursachen angenommen werden, halten Schwestern und Pfleger es meist für ihre wichtigste Aufgabe, Medikamente zu verteilen und die armen ‚Verrückten' zu beaufsichtigen, kontrollieren und zu beobachten.
Mit der Diagnose bauen wir eine Mauer zwischen uns und den Patienten auf. Sie vermittelt das Gefühl, rätselhaftes Anderssein zu erfassen und damit auch zu beherrschen. Sie verstellt uns den Blick dafür, wer die (der) andere ist und wie wir sie (ihn) erreichen können. Da ich innerhalb der Klinik keine Möglichkeit sehe, mich mit fortschrittlichen Konzepten und Methoden vertraut zu machen, versuche ich, in einer Therapiegruppe gemeinsam mit Frauen an meinen persönlichen Problemen zu arbeiten. Das vermittelt mir ein starkes Gefühl von Solidarität mit Frauen, die versuchen, ihre Situation zu reflektieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Man kann mich mit Recht fragen, wie ich es mit mir vereinbaren kann, unter derart frustrierenden Verhältnissen weiterzuarbeiten. Diese Frage taucht bei mir nicht selten auf. Inzwischen weiß ich aber, daß es bei uns starke Bestrebungen gibt, die inhumanen Zustände in psychiatrischen Krankenhäusern zu beseitigen und daß an Konzepten für eine bessere psychosoziale Versorgung intensiv gearbeitet wird.

Wichtig ist für mich, Solidarität zu lernen mit denjenigen, die bei uns heute noch als defekt und psychisch krank diskriminiert sind. Dabei habe ich erfahren, daß wir letztlich alle eine Gratwanderung machen.

Oft ist es nur Zufall oder glücklichere Bedingung, die darüber entscheiden, ob wir ,draußen' oder ,drinnen' sind. Carola M."

**(auszugsweise aus ,Courage Nr. 4, April 78)**

## "BESSY" – DIE TOTALE KONTROLLE

BERLIN Mai

Unter dem Titel "Verstärkte Sicherheitsmaßnahmen" will die Geschäftsleitung der BfA (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte) in Berlin-Wilmersdorf ihren Mitarbeitern ein neues Kontrollsystem verkaufen. Es heißt "Betriebsdaten-Erfassungs- und Steuerungs-System", kurz und nett: "Bessy", und zeichnet sich hauptsächlich durch Drehkreuze und Drehtore an den Eingängen des Betriebes aus - die erstens manchen Pförtner und einen Teil des Werkschutzes ersetzen, und zweitens die absolut genaue Kontrolle über die Arbeitszeiten der Mitarbeiter und einiges mehr ermöglichen.

Die Geschäftsleitung begründet den Einsatz von "Bessy" hauptsächlich mit dem Bundesdatenschutzgesetz, das sie verpflichte, die in der BfA gehorteten Daten besser zu sichern. Sie beteuert unglaubhaft, das "Bessy" lediglich zu dieser Sicherung und nicht auch zur Überwachung der Mitarbeiter gedacht sei. Das System selbst ist leicht ausbaubar auch zur Speicherung von Gehalts- Krankheits- und persönlichen Daten, und nicht zuletzt deshalb hat es der Personalrat der BfA abgelehnt. In einer schon im Februar verfaßten Erklärung sagt er dazu: "Tatsächlich sollen Kontrollmaßnahmen schrittweise eingeführt werden, deren negative Auswirkungen auf die Arbeitssituation der Beschäftigten heute schon absehbar ist." Die Abschiebung von Mitarbeitern, die in der Gewerkschaft sind, die Kontrolle der politischen Arbeit auch außerhalb des Betriebs, durch Übernahme von Fremddaten, Arbeitshetze durch Datenspeicherung und deren sofortige Verfügbarkeit sind jetzt in Sicht. Bis Ende des Jahres soll "Bessy" trotz Widerspruch des Personalrates und der Belegschaft eingeführt sein. Schon ein kurzer Auszug aus der Informationsschrift der Geschäftsleitung zeigt jedem, was mit "Bessy" auf ihn zukommt:

**Wie behandelt BESSY Sonderfälle?**

**Mitarbeiter, die ihren Dienstausweis vergessen haben, müssen sich beim Pförtner ausweisen.**

**Mitarbeiter, die während der Arbeitszeit das Dienstgebäude verlassen (Dienstgänge, Dienstbefreiung) erhalten von ihrem HSB-JD einen besonderen Ausweis, der Verlassen und Betreten ohne Zeiterfassung gestattet.**

**Mitarbeiter, die zwischen einzelnen BfA-Gebäuden Dienstgänge zu erledigen haben, werden zeitlich nicht erfaßt, wenn zwischen Verlassen und Betreten noch zu vereinbarende Zeitspannen nicht überschritten werden.**

**Besucher erhalten vom Pförtner einen Laufzettel, der Pförtner gibt die Zugangssperre und - nach Rücklauf des Laufzettels - die Ausgangssperre frei.**

**Beschäftigte von Fremdfirmen erhalten Kontrollkarten mit besonderen Merkmalen, die das Betreten der Dienstgebäude nur während bestimmter Zeiten gestatten.**

## STEPHANSTIFT HANNOVER: ZWEI ERZIEHER FRISTLOS ENTLASSEN

*Hannover 27. Juni* — *Vom Unterstützerkreis "Heimentlassener":*

Das Stephansstift Hannover ist als juristische Person des privaten Rechts eine selbständige kirchliche Stiftung, Mitglied des Diakonischen Werkes. Es untersteht der Stiftungsaufsicht durch die evangelisch-lutherische Landeskirche.

Das Stephansstift umfaßt Einrichtungen vom Kindergarten, Ausbildungsstätten, Heime für Kinder und Jugendliche, Ausbildungsbetriebe bis hin zu Einrichtungen der Altenbetreuung.

Im Lehrlingsheim Hannover-Kleefeld werden 90 Jugendliche im Alter von 16 bis 19 Jahren in mehreren Gruppen betreut — Einweisungsgrundlage ist überwiegend Freiwillige Erziehungshilfe (FEH) oder Fürsorgeerziehung (FE). Sie befinden sich in Arbeits- oder Ausbildungsverhältnissen in Betrieben des Stephansstifts oder in Firmen im Bereich von Hannover.

Am Dienstag, den 13.6.78 erhielten die als Erzieher tätigen Sozialpädagogen Gerlinde Paulus und Rolf Zimmermann vom Stephansstift-Lehrlingsheim ihre fristlose Kündigung!

Zitat aus dem Kündigungsschreiben:

*"Der Grund für die Kündigung ist, daß Sie, wie aus dem Schreiben der "Jugendlichen der Abteilung Löns (bzw. der 'Jugendlichen des Albert-Schweitzer-Haus', d. Verf.) vom 2.6.78 hervorgeht, Ihnen zur Erziehung anvertraute Jugendliche über mein Schreiben an Sie vom 31.5.78 informiert und sie damit zu einer Stellungnahme zu dienstlichen Maßnahmen herausgefordert haben, die nicht ihrer Beurteilung unterliegen." (Pastor Dr. H. Alpers, Vorsteher des Stephansstiftes)*

Damit wurde von der kirchlichen Institution Stephansstift — dem Diakonischen Werk angegliedert — ein brutaler Schlußstrich unter die zwei- bzw. einjährige Tätigkeit engagierter, gewerkschaftlich organisierter Kollegen gezogen, die ihre Aufgabe nicht darin sahen, mündige Jugendliche zwische 16 und 20 Jahren zu behüten, zu kontrollieren und zu verwalten sondern darin, sie zu eigenverantwortlichen Handeln anzuleiten, d.h. sie wie Menschen zu behandeln.

Gleichzeitig setzten sie sich aktiv für die Rechte der Mitarbeiter ein, forderten die konsequente Anwendung des BAT, z.B. die Zahlung von Zeitzuschlägen. Das Stephansstift mußte daraufhin über das Landesjugendamt einen Nachtragshaushalt anfordern und den Mitarbeitern die Zeitzuschläge rückwirkend zahlen. Gemeinsam mit Kollegen gründeten sie eine ÖTV-Betriebsgruppe im Lehrlingsheim, die von Seiten der Institution auf Ablehnung stieß. Gebilligt wurde lediglich ein 'Arbeitskreis Arbeits- und Gewerkschaftspolitische Fragen', der außerhalb der Dienstzeit im Heim tagen 'durfte'.

Zusammen mit der überwiegenden Mehrzahl der Kollegen sprachen sie sich gegen die Stellenkürzung des Tageserziehers aus und wehrten sich gegen die zusätzliche Übernahme des Tagesdienstes durch die übrigen Erzieher. Tagesdienst bedeutet, daß der Vormittag von einem Erzieher abgedeckt wird, der dann nachmittags und abends, wenn die Jugendlichen worwie-

gend auf der Gruppe sind, fehlt. Gegen diese pädagogisch nicht zu vertretende Maßnahme protestierten die Mitarbeiter massiv.

Hier zeigte sich, daß das Gerede von der Mitbestimmung und Mitverantwortung der Mitarbeiter, die in den Schriften des Stephansstifts so hervorgehoben wird, eine Farce ist – per Dienstanweisung wurden die Mitarbeiter letztlich zum Tagesdienst gezwungen. Die Scheindemokratie sollte durch einen Ausschuß wieder hergestellt werden, in dem die Mitarbeiter über 'laternative Möglichkeiten' zur Dienstanweisung beraten sollten. Doch auch hier unter 'Beteiligung' des Heimleiters, der die Dienstanweisung gegeben hatte! Daraufhin traten zwei Mitarbeiter vom Ausschuß wieder zurück.

Prompt bekamen sie vom Vorsteher des Heimes eine Kündigungsandrohung, in der ihnen mangelnde Kooperationsbereitschaft zur Heimleitung und Vernachlässigung ihrer Dienstpflichten vorgeworfen wurde. Ein weiterer Mitarbeiter, der von vorneherein nicht in diesem Ausschuß mitarbeiten wollte wurde gleich mitabgefertigt.

Zwei dieser Mitarbeiter sprachen über diese Vorwürfe und Anschuldigungen mit den Kollegen und Jugendlichen ihrer Gruppe, die spontan reagierten, sich zusammensetzten und ein Protestschreiben entwarfen, welches sie dem Vorsteher, der Erzieherkonferenz und den betroffenen Erziehern zuleiteten und in dem sie die pauschalen und falschen Anschuligungen zurückwiesen.

Zitat aus dem Brief der Jugendlichen:

*"Die Aktivitäten von Herrn Zimmermann (Gitarrenkurs, Musikgruppe, usw.) übertreffen bei weitem die normale Dienstauffassung. Wir meinen, daß ein Erzieher vor allem uns gegenüber kooperationsbereit sein muß, um eine 'fruchtbare Erziehungsarbeit' zu gewährleisten, wie es bei Herrn Zimmermann der Fall ist. Unter anderem verstehen wir nicht, wie Sie, Herr Alpers, beurteilen können, daß Herr Z. seine Erziehungsarbeit vernachlässigt, da es nur wir Jugendlichen und seine Mitarbeiter beurteilen können."*

Vier Tage später war einziges Thema einer Anhörung der zwei Erzieher, deren Gruppen sich an den Vorsteher gewandt hatten, dann auch oben angeführtes Schreiben der Jugendlichen. Die Erzieher rechtfertigten die Handlungsweise der Jugendlichen und bestanden auf deren Recht, die Dienstpflichten der Erzieher als direkt Betroffene beurteilen zu können. Daraufhin wurden diese fristlos gekündigt!

Die Mitarbeitervertretung, der u.a. mehrere Heimleiter des Stephansstiftes angehörten und deren Neuwahl im Mai/juni erfolgen sollte, löste sich am Tage vor der Aufsetzung des Kündigungsschreibens auf und verweigerte den Kollegen die Beteiligung an der Anhörung und die weitere Unterstützung. Wir betrachten diese repressiven Maßnahmen der Leitung des Stephansstiftes als Mittel der Disziplinierung der Jugendlichen sowie der Mitarbeiterschaft, aus deren Reihen die Kollegen entfernt werden sollen, die sich für die Rechte der Jugendlichen als auch für die Rechte der Erzieher aktiv einsetzen. Darüberhinaus sehen wir diese Kündigung gegenüber gewerkschaftlich organisierte Kollegen und Mitglieder des 'Arbeitskreise Arbeits- und gewerkschaftspolitische Fragen' (Betriebsgruppe) als Angriff auf freie gewerkschaftliche Betätigung in kirchlichen Betrieben.

**Kontakt: Unterstützungskreis "Heimentlassener", c/o AStA der Fachhochschule Hildesheim, FB Sozialpädagogik, Am Burghof 34, Tel. 05121/42466**

## FRAUEN IN GEWERBLICHE BERUFE

*Stetten 22. Juni* — *Die Jugendvertretung der Firma Bosch in Feuerbach hat Anfang Juni den folgenden Antrag an den Betriebsrat gestellt:*

Die Jugendvertretung hat festgestellt, daß die Zahl der Ausbildungsplätze für Mädchen in den letzten Jahren ständig abnimmt. Wir halten diese Entwicklung für äußerst bedenklich, da sich auch die allgemeine Lage für Frauen auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert, insbesondere für Mädchen, die Lehrstellen suchen. Wir stellen deshalb den Antrag an den Betriebsrat, mit der Geschäftsleitung Verhandlungen aufzunehmen, daß in Zukunft mindestens 20% der Ausbildungsplätze für Mädchen zur Verfügung gestellt werden und zwar nicht nur im technischen und kaufmännischen Bereich, sondern im verstärkten Umfang auch in den gewerblichen Berufen. (Gewerblich: z.B. Mechaniker, Werkzeugmacher, Elektroberufe).

Der Betriebsrat ging in seiner Antwort nicht darauf ein, daß Frauen kaum einen Ausbildungsplatz finden, sondern begründete seine Ablehnung mit der formal bestehenden Gleichberechtigung:Bei Robert Bosch besteht grundsätzlich keine Beschränkung hinsichtlich der Ausbildungsplätze für Mädchen, antwortete er, auch nicht in den gewerblichen Berufen. Ob ein




Kleines Nachspiel am 17. Juni in Frankfurt: Nach dem Einsatz kehrten die Wasserwerfer "heim" zu ihrer Kaserne in Hanau, östlich von Frankfurt. Zwei von ihnen wurden von einem aus der benachbarten amerikanischen Kaserne ausfahrenden Panzer aufgehalten.

Mädchen einen Ausbildungsplatz für einen gewerblichen Beruf bekommt oder nicht hängt einzig und allein vom Bestehen des Tests ab (gemeint ist hier der bei Bosch übliche Eignungstest) – es bestehe also volle Gleichberechtigung.

**Die Jugendvertretung will jetzt wissen, wie das in anderen Betrieben läuft. Wer was weiß, schreibt an den ID, Stichwort Betrieb.**

## BEWEGUNG 2. MAI : „VON UNS WIRD MAN HÖREN, BIS BAD SCHUSSENRIED WIEDER EIN JUGENDZENTRUM HAT!"

BAD SCHUSSENRIED 27. JUNI *Die Leute von der Leserzeitung ‚Motzer' schreiben:*

„Die Bewegung 2.Mai' hat zugeschlagen. Gestern haben wir zwei fotokopierte Schreiben erhalten, die uns in helles Entzücken versetzten. Die Fakten, die in der ERKLÄRUNG drinstehen, stimmen tatsächlich. Wir haben bei der Post nachgefühlt und die hat tatsächlich rund 190 Briefe an die Männer gebracht. Das gefälschte Schreiben haben 15 Leute für bare Münze genommen und sind zum angegebenen Termin ins Rathaus gekommen, darunter der Chefarzt des Psychiatrischen Landeskrankenhauses. Die Lokalpresse hat gefordert, daß die Polizei dem Terror endlich ein Ende setzen müsse."

*Wir dokumentieren den gefälschten Brief und die Erklärung der ‚Bewegung 2.Mai":*



BÜRGERMEISTERAMT BAD SCHUSSENRIED

Bürgermeisteramt · Postfach 36 · 7953 Bad Schussenried

7953 BAD SCHUSSENRIED
Oberschwaben · Tel. Nr. (07583) 861

Den 23. Juni 1978/RZ

Bezug: --

Betr.: Aufstellung einer Bürgerwehr

Beil.: -0-

Sehr geehrter Herr

in Bad Schussenried herrscht keine Ordnung mehr. Seit Monaten tyrannisieren Unbekannte brave und unbescholtene Bürger. Wandschmierereien, mutwillige Zerstörungen und Drohanrufe bei Stadträten und beim Bürgermeister sind an der Tagesordnung.

Weder verstärkte nächtliche Polizeistreifen, noch die seit knapp einem Monat eingesetzte Wach- und Schließgesellschaft haben diesen Terror bisher wirksam eindämmen können.

Ich finde es deshalb jetzt an der Zeit, daß die anständigen Bürger unserer Stadt diese Sache selbst in die Hand nehmen. Vielleicht könnte diesen Terroristen mit der Aufstellung einer Bürgerwehr der Garaus gemacht werden.

Um über diesen Vorschlag einmal in aller Ruhe zu diskutieren, lade ich auch Sie zu einem Gespräch

am Dienstag, 27. Juni, 20.00 Uhr, ins Rathaus (Sitzungssaal) ein.

Trotz der bereits begonnenen Ferien-und Urlaubszeit hoffe ich im Interesse von Ruhe und Ordnung in unserer Stadt, daß Sie diesen wichtigen Termin so kurzfristig wahrnehmen können.

Mit freundlichen Grüßen

(Kohler)
Bürgermeister

Bad Schussenried, den 23.Juni 1978/RZ

ERKLÄRUNG DER ‚BEWEGUNG 2.MAI':

Wir übernehmen die Verantwortung für das gefälschte Schreiben von Bürgermeister Kohler (betreffs ‚Aufstellung einer Bürgerwehr'), das am Montag knapp 200 Bürgern Bad Schussenrieds per Post zugeht.

Am 2.Mai 1978 hat die Stadtverwaltung das selbstverwaltete Jugendzentrum schließen lassen. Sie hat damit den Jugendlichen dieser Stadt das Zentrum kaputtgemacht, in dem sie ihre Freizeit in eigener Verantwortung verbringen und im besten Wortsinn soziales Handeln lernen konnten. Nicht zuletzt deshalb ging die Jugendkriminalität während des Bestehens des JUZE deutlich zurück.

Nach der Schließung trat genau der umgekehrte Effekt ein. Viele Jugendliche wissen nicht mehr wohin in ihrer Freizeit und lassen Wut oder Langeweile auf althergebrachte Weise am Kurpark oder anderswo aus. Und das ist gut so. Die städtischen Verantwortlichen sollen merken, daß sie ein funktionierendes Jugendzentrum geschlossen haben.

Doch diese bornierten Schweine wußten nichts Besseres, als diese nachvollziehbaren Reaktionen der betroffenen Jugendlichen zu kriminalisieren, statt die Ursache zu beseitigen und die JUZE-Schließung rückgängig zu machen.

Sie wollen aus unserer Kleinstadt einen Hort von ‚Law and Order' machen. Die Bullen wurden scharfgemacht und auf die Schnelle eine Wach- und Schließgesellschaft angeheuert – für 25.000 Mark Steuergelder.

Fehlt bloß noch, daß eine Bürgerwehr aufgestellt wird, weil die vereinten Bullen und Wachmänner doch nichts ausrichten können. Kohler & Konsorten wäre so etwas schon zuzutrauen. Die Wunschvorstellung dieser Herren kennzeichnet unser gefälschtes Einladungsschreiben wahrscheinlich treffend.

Um für die JUZE-Schließung verantwortlichen Schweine, wenn schon nicht einsichtig, dann wenigstens lächerlich zu machen, haben wir die ‚Bewegung 2.Mai' gegründet. Mit dem Namen wollen wir an das Datum der JUZE-Schließung erinnern, die wir nicht bereit sind, hinzunehmen.

Wir werden unsere ganze Phantasie entfalten, damit die Hampelmänner in Rathaus und Stadtparlament die Fassung verlieren. Ihre arroganten Larven werden wir ihnen schon herunterreißen.

VON UNS WIRD MAN HÖREN, BIS BAD SCHUSSENRIED WIEDER EIN JUGENDZENTRUM HAT!

Bewegung 2.Mai"

## ZELTLAGER IM SCHUSSENRIEDER SUMPF

BAD SCHUSSENRIED 27. Juni *Vom MOTZER, der Leserzeitung aus Bad Schussenried:*

Im Frühherbst werden wir hier in der oberschwäbischen Provinz alle willkommen heißen, die vier Tage lang festen, quatschen, diskutieren,demonstrieren, malen (Wände,Straßen) und Musik & Theater machen wollen. Wer noch was anderes machen möchte, ist natürlich auch willkommen. Wir – das sind bisher Leute vom selbstverwalteten JUZE (dessen Schließung ihr als ständige ID-Leser mitverfolgen konntet) und vom hiesigen Alternativ-Blättle ‚Motzer' – haben einen Landwirt überzeugen können, daß ihn der Bürgermeister Kohler nicht zur Abschreckung vor dem Rathaus lynchen lassen wird, wenn er uns ein paar Tage ein Stück Land überläßt. Und so können

wir stolz verkünden: gut 12 ooo qm$^2$ Land in Waldnähe harren der Freaks aus der ganzen BRD, die den weiten Weg nicht scheuen, um in unser 6000-Einwohner-Städtchen einzufallen; **Termin: in der Zeit vom 5. – 8.Oktober dieses Jahres!**

Wir wollen Leute zusammenbringen, die in der JUZE-Bewegung tätig sind, damit sie Erfahrungen und Ideen austauschen können – und: die Praxis darf in den vier Tagen nicht zu kurz kommen. Einige Aktionen der Zeltlagermannschaft (Demos, Go-ins auf dem Rathaus...) könnten dem Kampf gegen die Schussenrieder JUZE-Schließung ganz gut bekommen, ihn nach der Sommerflaute wieder neu in Schwung zu bringen. Auch die Leute, die was mit der ‚Alternativpresse' zu tun haben, sollten kommen, um in der obschwäbischen „Idylle" neue Kräfte für's Durchhalten im repressiven Alltag zu tanken. Ob sich etwa das nächste bundesweite Alternativ-Zeitungstreffen damit verbinden läßt, wollen wir erst noch mit den Leuten von ‚GutenMorgen' in Braunschweig abklären, die beim Münchner Zeitungstreffen im Mai ankündigten, sie würden das nächste Alternativpresse-Meeting organisieren (vielleicht lesen sie's zufällig hier im ID und schreiben uns!)

Und schließlich könnten wir uns vorstellen, daß auch Leute von der ‚linken Tageszeitung' in Schussenried einfliegern werden, wenn's bis dahin keine Bruchlandung gegeben hat. (Das ist kein Wunsch, sondern wohlwollende Skepsis!)

Damit haben wir also 3 Themenbereiche kurz skizziert, über die bei diesem Zeltlager diskutiert werden könnte (nicht muß). Aber da das Ganze auch ein nettes Fest werden soll, suchen wir noch viele Leute & Gruppen, die Musik machen und Theater spielen, die vor allem kommen, weil's einen Heidenspaß zu geben verspricht (also nicht wegen der Kohle). Geld können wir nämlich für solche Zwecke kaum auswerfen, weil die Organisation allein schon jede Menge Kohle kostet.

Wir treiben auf alle Fälle ein großes (heizbares) Zelt auf, in das wir uns bei beschissenem Wetter alle verkrümeln können. Aber keine Bange: dieser Schussenrieder Herbst steht auch wettermäßig unter dem Schutz unserer linken Sumpfgötter. Damit wollen wir's für heute mal bewenden lassen und hoffen, daß ihr euch jetzt vor dem Urlaub im Kalender noch dick den 5. – 8.Oktober ankreuzt : DER OBERSCHWÄBISCHE SUMPF RUFT!

**MOTZER-Leserzeitung; W.-Schussenstraße 66**
**7953 Bad Schussenried**

*(*** dicke gruß an die composer-leute wird mit freundlichem anschlag von der composerin erwidert ***)*

## JUGENDHAUSKAMPF IN WETZLAR

*Wetzlar 27. Juni* *Von Mitgliedern des Jugendhauses:*

EIN BISSCHEN VORGESCHICHTE:

"Seit über 8 Jahren gibt's in Wetzlar Jugendzentren und zwar zwei. Obwohl die Jugendlichen sich in z.T. harten Kämpfen das Selbstverwaltungsrecht errungen haben, ist die Stadt (Magistrat) nach wie vor der Träger dieser Einrichtungen. Bis 1977 hatten wir einen SPD-Magistrat, bei dem eine echte Selbstverwaltung nicht drin war, aber seit die CDU hier haushoch die Wahl gewonnen hat, ist's kaum noch auszuhalten: Mit Schikanen und Meinungsbeeinflussung der Öffentlichkeit soll offenbar versucht werden, die Situation soweit zu treiben, daß man die Zentren dichtmachen kann, denn schließlich ist der CDU die ganze Sache ziemlich suspekt und die Junge Union kriegt dort auch kein Bein an Deck.

DER BEGINN DER ESKALATION

Zunächst wurde versucht, ein Alkoholverbot (Bier und Wein) durchzusetzen, was nicht geklappt hat. Dann hat die Junge Union versucht, in einem Amoklauf gegen alle Linken einschließlich Jusos vorzugehen. Zitat H.J. Irmer, Junge Union-Vorsitzender: *"Wenn ich mir ansehe, welche Typen im Haus der Jugend herumlungern, ich sage bewußt Typen und rumlungern, dann frage ich mich, ob es nicht besser ist, das Haus der Jugend zu schließen."* Hernach trat Kulturdezernent Thomas in Aktion und rupfte eigenhändig eine Wandzeitung ab, die sich just mit diesen Problemen auseinandersetzte, und klaute sie. Als hierauf die Aktivitäten im Haus der Jugend immer mehr wurden, platzte am 29.5. das Verbot des Magistrats herein.

DER MAGISTRATSBESCHLUSS

Diesem Magistratsbeschluß zufolge sollte dreien von den zahlreichen im Haus der Jugend aktiven Gruppen das Hausrecht verboten werden. Begründung: Sie seien im Verfassungsschutzbericht erwähnt. Es handelt sich um die DFG/VK, SDAJ und Junge Pioniere. Wir reagierten prompt,geschlossen und solidarisch, und zwar bis heute quer und einig durch alle Fraktionen, von Jusos und DGB bis zu den Anarchos. Zunächst einmal beschlossen wir, den Beschluß zu ignorieren, erstmal, weil er eine Frechheit ist und zum anderen, weil unsere Satzung das Selbstverwaltungsrecht ausdrücklich gebietet und uns sogar verpflichtet, jeder legalen Gruppe Räume zur Verfügung zu stellen. Von jetzt an überschlagen sich die Aktivitäten und dauern bis heute an. Basis ist die tägliche Vollversammlung, die ausführenden Organe sind der 5-köpfige Hausausschuß und Arbeits- und Projektgruppen. Die Vollversammlung hat von Anfang an klar erkannt, daß es sich nicht so sehr um einen Angriff auf die 3 Organisationen handelt, als vielmehr auf das HdJ und seine Selbstverwaltung. Alle Aktivitäten werden auch viel weniger von den betroffenen Gruppen als von den Besuchern des HdJ getragen. Die Funktion der jetzt kommenden Aktivitäten ist interessant: Zunächst einmal hat es im HdJ wohl noch nie soviel Action, Feeling und Solidarität gegeben und zum anderen finden viele (auch neue!) Besucher jetzt was im HdJ, was sie zu Hause oder sonstwo nie gefunden haben: Verständnis – und viele auch: die Möglichkeit, etwas in eigener Verantwortung und Regie zu machen.

DIE GEGENOFFENSIVE

Zunächst wurde das sowieso geplante Sommerfest (mit Musik und so) in ein Solidaritätsfest umgewandelt – und ein grosser Erfolg. An diesem Wochenende wurde das Haus der Jugend zum erstenmal durchgehend "besetzt", obwohl wir es nicht so nennen, denn man kann ja kaum sein eigenes Haus besetzen; mit einem Ultimatum an Kulturdezernenten Thomas, sich zur Diskussion zu stellen. Das tat er nicht. In der folgenden Woche schöpften wir Atem, organisierten uns besser und machten ne Menge Öffentlichkeitsarbeit. Parole: Wenn der Magistratsbeschluß nicht zurückgenommen wird, "besetzen" wir ab nächste Woche endgültig. So kam es denn dann auch. Am 9./10. Juni machten wir unser zweites Solidaritätsfest, was ebenfalls ein großer Erfolg wurde, und seither ist das Haus in absoluter freier Selbstverwaltung Tag und Nacht geöffnet. Essen, Schlafen Saubermachen und alle politischen Aufgaben sowie die zahlreichen Konflikte, Probleme und Problemchen werden gemeinsam diskutiert und zu lösen und zu bewältigen versucht. Wahnsinnig viele Musikgruppen haben unser (fast tägliches) Programm bereichert, viele Leute haben Geld und Naturalien gespendet und die Zahl der Dauerbesetzer ist beachtlich. Filme und Dias wurden gezeigt, ein Feuerschlucker zieht mit uns ständig durch die Innenstadt und macht ne Dauershow; es gab mehrere Go-Ins in die Stadtverordnetenversammlungen, eine Demo in Wetzlar und eine in Gießen und sogar das Fernsehen war da. Die Wetzlarer Neue Zeitung, unsere Lokalpostille, berichtet übrigens währenddessen ständig über Männergesangsvereine und Blechschäden, erwähnt aber das Thema Nr. 1, was Fernsehen und Tagespresse beschäftigt, kaum oder nur in ge-

kürzten Leserbriefen. Allein in den ersten Tagen kamen 1500 Unterschriften gegen den Magistrat zusammen, mittlerweile sind es über 2000.

WIE WIRDS WEITERGEHEN

Der Magistrat hat darauf gesetzt, daß sich die ganze Sache nach ein paar Tagen im Sande verlaufen wird. Hierein paßt auch die (sicher mit der CDU koordinierte) Taktik der Wetzlarer Neuen Zeitung zu schweigen. Ein zaghafter Angriff, nämlich eine Verfügung, das Haus wieder ab 10 Uhr zu schließen (probende Schauspieler fühlten sich angeblich belästigt!) wurde von uns abgeschmettert und hat uns wie alle anderen Angriffe nur weiter gestärkt. Mittlerweile hat Kulturdezernent Thomas ein Rechtsgutachten über den Magistratsbeschluß eingeholt, das im großen und ganzen besagt: Die Entscheidung ist rechtens, da in den Zentren nur wenig Platz für viele Gruppen ist und daß es daher nur recht ist, wenn den verfassungskonformen Gruppen der Vorzug gegeben wird. Diese Argumentation ist zwar blödsinnig, weil nie Platzmangel herrschte, gibt aber den rechtlichen Hintergrund für ein mögliches Eingreifen. Daß die Wartetaktik des Magistrats nicht ewig dauern wird, dafür spricht auch die scharfe Form, in der sich Oberbürgermeister Görnert neuerdings vor den Kulturdezernenten Thomas stellte. Obwohl ein Direktangriff nicht auszuschließen ist, (Bulleneinsatz), ist es wahrscheinlich, daß man einen Vorwand suchen wird, den man in der Öffentlichkeit gegen uns verwenden kann. So tauchte z.B. kürzlich morgens um halb sieben die Ordnungspolizei auf und inspizierte die Küche, fand sie aber sauber vor. Wir werden so lange wie möglich im Haus bleiben und haben uns einige wirksame Taktiken für einige Eventualfälle überlegt, die wir natürlich jetzt nicht veröffentlichen wollen. Unterdessen geht unsere Aufklärungsarbeit ständig weiter.

UNSERE PROBLEME

Es werden in die ständige Arbeit/Besetzung viele persönliche Probleme eingebracht, die unsere Fähigkeit, Verständnis zu zeigen und uns gegenseitig zu helfen auf starke Proben stellen. Aber: Wir packen es an und lassen uns davon nicht unterkriegen, denn wir wollen ja gemeinsam was aus der Sache lernen und nicht den Einzelnen unterbuttern. Obwohl das Engagement bei einigen viel zu wünschen übrig läßt und noch nicht alle erkannt haben, daß auch sie die Sache was angeht und sie was dafür tun müssen, gibt es auf der anderen Seite auch Leute, die vorher ständig in Kneipen rumhingen und nun ne Menge Aufgaben mit Begeisterung anpacken. Vor allem aber lernen viele von uns, was Selbstverwaltung eigentlich bedeutet — und das ist nicht ganz einfach.

Eine der Ideen für die Öffentlichkeitsarbeit war ein in 5 Sprachen übersetzter Brief an die Bürgermeister und Jugendlichen in den zahlreichen Partnerstädten Wetzlars. Oberbürgermeister Görnert hat jedoch per Dienstanweisung verboten, die Adressen herauszurücken, nachdem er von unserer Sache Wind bekommen hat. Offenbar betrachtet er sogar die Partnerschaftsbeziehungen als Privatangelegenheit der CDU oder als geheime Verschlußsache.

WIE KANN MAN UNS HELFEN

Jugendzentren und sonstige liebe Leut' sollten bei uns Unterschriftenlisten anfordern! Geld- und sonstige Spenden willkommen, auch Solidaritätsbriefe und Adressen. **Konto: Udo Jentzsch, Nr. 1000 4463 Kreis- und Stadtsparkasse Wetzlar, BLZ 515 500 35. Adresse: Haus der Jugend, Hausergasse 26, 6330 Wetzlar, Tel. 06441/46886.** Wichtig ist aber auch, daß uns Leute möglichst aus der Umgebung mit billigeren Naturalien beliefern, da wir täglich kochen. Musik-, Theatergruppen u.ä. sind auch herzlich willkommen. Fahrtkosten können wir nach Absprache übernehmen! Und: macht unseren Fall bei euch bekannt.!!!

Der „Hessische Landbote"

## PROVINZZEITUNG IM HESSISCHEN LANDE UND UMLANDE

FRANKFURT 26. JUNI

*Selbstdarstellung des „Hessischen Landboten" — Provinzzeitung im hessischen Lande und Umlande:*

Im Folgenden wollen wir eine Zeitung vorstellen, die sich als ein Sprachrohr der Jugendzentren und Jugendinitiativen in Hessen versteht. Der Landbote ist ins Leben gerufen worden (das ist ungefähr jetzt ein Jahr her) um überregional eine Möglichkeit zu schaffen, Erfahrungen der einzelnen Jugendzentren auszutauschen und sich besser kennenzulernen.

Außer diesem schon hohen Anspruch geht die Zeitung auf die allgemeinen Probleme, die die Jugendlichen in der Provinz betreffen und sich direkt auf ihre Lebensbedingungen auswirken, ein (z. B. Jugendarbeitslosigkeit, Lehrlingsprobleme, Freizeit, Anti-AKW-Bewegung, etc.). Nicht auf große theoretische Abhandlungen zu diesen Problemen kommt es uns an, sondern auf die Berichte der Betroffenen selbst. Diese einzelnen Schreiber sind es, die die Zeitung eigentlich machen. Das Redaktionskollektiv sieht seine Aufgabe im Zusammenstellen dieser Berichte und in der technischen Fertigstellung des Landboten. Am Besten zeigen wir euch am Inhalt der letzten Nummer (Nr. 5/78) wie das Vorherbeschriebene konkreter aussieht: — Schwerpunktthema „über den Alltag reden" — Warum gehe ich arbeiten, ohne daß ich es will — man wird in eine Rolle gedrängt, in der man kaum vor und zurück kann — Lehrjahre sind keine Herrenjahre. Selbstdarstellungen: —Jugendzentren - Regionalzusammenschluß Main-Kinzig-Kreis — Ortsjugendgruppe Bersrod — Jugendzentrum Höchst — Dietzenbacher Blättsche und andere Initiativen. Berichte: — Freizeit in Herborn — Odenwaldautobahn Nein - das muß nicht sein! — Jugendhaus Dietzenbach: das Haus ist zu, wir machen weiter. So und ähnlich geht es noch ein Stück weiter, das wollen wir uns aber sparen. Wenn ihr mehr wissen wollt, wendet euch an folgende Adresse: **BDP, Hamburger Allee 49, 6 Frankfurt, Tel.: 0611 / 77 90 10.**

## ERZIEHUNGSHEIM BIRKENHOF

HANNOVER 17. Juni

*Im ID 234, S. 28 veröffentlichten wir einen Artikel der ,Heiminitiative Hannover', die sich mit den Zuständen im Mädchenerziehungsheim Birkenhof befasst und versuchen will durch Öffentlichkeitsarbeit eine Veränderung der Erziehungspraxis' dort zu erreichen. Hier ein Bericht von zwei der dort lebenden Mädchen:*

Wir möchten Stellung zu den Artikeln in den Zeitungen nehmen. Wir sind zwei Birkenhof-Mädchen, die für sozialere Erziehung im Birkenhof kämpfen.

Es entspricht den Tatsachen, daß Türen sowie Fenster und Pforten verschlossen sind. Unsere Zimmer sind an vielen Tagen sehr stickig, so daß man kaum schlafen kann. Nachts sind unsere Zimmertüren mit Schellen ausgestattet. Die Eingangstüren sowie Pforten und Erziehungszimmer sind immer verschlossen. In manchen Bereichen sind Türen und Tore innerhalb des Heim es nicht immer verschlossen, dann jedoch ste-

hen diese Bereiche unter anderer Aufsicht oder sind anders abgesichert. Unser Essen ist nicht immer ganz sauber zubereitet. Oft wird Kleingetier im Essen mitgeliefert. Es werden auch oft verfaulte Lebensmittel auf die Gruppen verteilt. Oft gibt es altes, hartes Brot. Suppen werden bis zu vier mal aufgekocht und dann wird mit Gewürzen der säuerliche Geschmack verdeckt. Zu dem Thema "Heimliche Medikamente im Essen" können wir nichts sagen, da wir es weder bestreiten noch beweisen können.

Schulmädchen müssen mindestens einen Tag in der Woche arbeiten. In den Ferien müssen sie Fünftagewoche halbtags arbeiten. In fast allen Ferien dürfen sie für 6 Tage nach Hause fahren. Sie gehen ansonsten ganztags mit einer Stunde Mittagspause zur Schule. Abends um halb fünf ist Schulschluß. Arbeitsmädchen arbeiten in einer 40-Stunden Woche. Sie bekommen jeweils in einem halben Jahr 6 Tage Urlaub. (Wenige, seltene Ausnahmen sind dabei).
Taschengeld wird von den Erziehern verwaltet. Wenn wir etwas kaufen möchten, müssen wir um Erlaubnis fragen und uns etwas Geld geben lassen. Nicht in allen Fällen dürfen wir alleine zu unserem Lädchen gehen. (Manchmal gehen Erzieher mit, d.h. dann soviel wie "Zu Dir haben wir kein Vertrauen".) Abgerechnet wird hinterher immer ganz genau. Oftmals bezahlen auch die Erzieher hinterher, weil nicht jedem Mädchen Geld in die Hand gegeben wird.

Ausgang gibt es hier überhaupt nicht. Ist ein Mädchen schon mehrere Monate hier, kommt es in die Aufstiegsgruppe. Dann darf es auch mal alleine schnelle Besorgungen machen. Ansonsten dürfen Mädchen nur manchmal und unter Aufsicht der Erzieher das Birkenhofgelände verlassen.

'Freiwilliger Kirchenzwang' wird es hier von den Mädchen genannt. "Es ist euch überlassen, ob ihr zur Kirche gehen wollt, oder nicht, aber "Wir" sind eine Gemeinschaft und deshalb müßt ihr euch anschließen, sonst müßt ihr damit rechnen, daß die Erzieher euch nicht mit rausnehmen". (So die Worte der Heimleitung!) Es ist Gesetz, daß man ab 14 Jahren bestimmen kann, ob man zur Kirche geht oder nicht. Wir können nichts dafür, daß wir in ein kirchliches Heim eingeliefert worden sind.

Musik ist zweimal in der Woche erlaubt. Zweimal in der Woche dürfen wir Mädchen uns abends unsere Radios und Recorder geben lassen. Begründung: Musik muß sich im Rahmen halten. Ihr müßt auch stopfen lernen und eure Zimmer sauber-halten, außerdem ist Strom teuer.
Besuch dürfen wir alle 6 Wochen erhalten. Nur von den Eltern wird er erlaubt. Freunde und Bekannte dürfen nicht kommen. Man sagt, es sei nicht genug Platz vorhanden. Warum läßt man uns nicht mit dem Besuch rausgehen?
Briefgeheimnis gibt es hier keines. Alle Briefe werden gelesen. Oft warten Mädchen vergebens wochenlang auf einen Brief ihres Freundes. Sie erfahren größtenteils nie, daß ein Brief existiert hat. (Manchmal finden sie ihren eigenen Brief durch Zufall im Verwaltungsgebäude wieder). Begründung: Es ist alles nur zu eurer eigenen Sicherheit.

Es entspricht nicht den Tatsachen, daß hier nur geistig behinderte und schwererziehbare Mädchen leben.

Wir freuen uns sehr, daß die Öffentlichkeit sich für uns interessiert und wir hoffen, daß es hier bald nicht mehr so streng ist. Wir würden es auch ganz gut finden, wenn die Öffentlichkeit sich mehr dafür einsetzen würde, damit es keine geschlossene Heime mehr gibt.

Gruß

zwei Mädchen aus dem Birkenhof

*Kontakt auch: die*
**Heiminitiative Hannover, Michael Laube, Fössestr. 51, 3000 Hannover 91**

## ZWANGSVERSETZUNGEN AM ABENDGYMNASIUM

Frankfurt 27. Juni Die Versetzung von Lehrern am Abendgymnasium Frankfurt ist (siehe ID 235) am 22.Juni vom Regierungspräsidium bekannt gegeben worden. Es handelt sich um 5 Lehrkräfte, die einen Versetzungsantrag gestellt hatten, sowie um 5 Zwangsversetzungen. Diese Zwangsversetzungen sind die ersten greifbaren Auswirkungen auf den Aufnahmestop und die daraus resultierende Verkleinerung der Schule.

Wie erwartet sind die von den Zwangsversetzungen betroffenen Lehrkräfte genau die, die sich seit Jahren für die Interessen der Lehrer und Schüler am Abendgymnasium eingesetzt und eine der Erwachsenenbildung entsprechende Unterrichtsform praktiziert haben. Sie hielten sich nicht stur an Lehrpläne, sondern versuchten, in Diskussionen mit den Schülern deren Erfahrungen und Erlebnisse aus dem Beruf mit in den Unterricht einfließen zu lassen. Diese Versetzungen sollen laut Auskunft aus dem Regierungspräsidium "auch mit Disziplinierungsabsichten gegen einzelne Kollegen" durchgeführt werden. Erst wird also durch einen Aufnahmestop ein künstlicher Lehrerüberhang hergestellt, der dann durch ,Versetzungen' behoben wird.

Würden die Vorkursteilnehmer, die seit Februar an der Bornheimer Realschule unterrichtet werden und Interesse am Nachmittagsunterricht haben nach den Sommerferien in das Abendgymnasium eingegliedert werden, könnten die Versetzungen nicht mit dem Lehrerüberhang begründet werden und es würde klar, daß diese Maßnahme eine Form politischer Disziplinierung ist.

Außerdem findet die in der FRANKFURTER RUNDSCHAU angekündigte Rückkehr des Schulleiters, Hermann Haller, der im Oktober letzten Jahres zwangsversetzt wurde, mit der Begründung "den Anforderungen eines Schulleiters nicht gewachsen zu sein", nicht statt. Es wurde ihm nahegelegt, das Abendgymnasium nicht mehr zu betreten.

**Für den 8. Juli 1978 ist ein Aktionstag mit Infoständen zusammen mit anderen von der Stadt "mit besonderer Aufmerksamkeit bedachten" Einrichtungen (TAT, KITAS) auf dem Liebfrauenberg geplant.**



## GRÜNE KNASTGRUPPE GRÜNDET SICH

KIEL 28.6.78 *Der Arbeitskreis politische Ökologie schickte eine Erklärung mit folgender Nachricht:*

„In Kiel besteht jetzt eine grüne Knastgruppe mit dem Ziel, gefangene Anti-AKW'ler und, soweit es in ihren Kräften steht, andere Gefangene und politisch Verfolgte zu unterstützen.

**Kontaktadresse: Jens Norbert, Tel.: 04347 / 33 67**

## WARUM SCHWEIGT DIE KERNKRAFTWERK PHILLIPPSBURG GmbH ?

WAGHÄUSEL 27. Juni *Die Bürgerinitiative Umweltschutz Philippsburg hat eine Veranstaltung gemacht und darüber einen Bericht geschrieben für das Mitteilungsblatt der Gemeinde Waghäusel. Doch die Gemeinde weigerte sich, den Artikel zu veröffentlichen:*

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Philippsburg hat auf ihrer jüngsten Veranstaltung im Kirrlacher „Quellenhof" zum Thema „Atomstaat – Modellfall Philippsburg" in scharfer Weise die Informationspolitik der Kernkraftwerk Philippsburg GmbH (Badenwerk bzw. Energieversorgung Schwaben) kritisiert. „Es handelt sich um eine seltsame Mischung aus Verschweigen und ständigem Herunterspielen der Risiken des Reaktorblocks I in Philippsburg", meinte der Sprecher der Initiative. Tag für Tag werden durch dieses technische Abenteuer die Gelder der Stromkunden verschleudert, während gleichzeitig die alternativen, regenerierbaren Energiequellen (Sonne, Wind, Erdwärme usw.) auf Sparflamme gehalten werden.

Der Referent des Abends, ein Vertreter des gewerkschaftlichen „Aktionskreises Leben", berichtete in einem Diavortrag ausführlich darüber, warum Block I nicht – wie kürzlich angekündigt – im Juni in Betrieb gehen kann. Ursachen sind u.a. Schäden an der Speisewasser- und der Frischdampfleitung, sowie Risse im Containment. Falls Block I dennoch die Lade- und Betriebsgenehmigung – im Spätsommer, wie jetzt verlautet – erhalten sollte, dann wird dies in jedem Fall mit der Auflage verbunden sein, daß innerhalb eines halben Jahres der Reaktor wieder stillgelegt und wichtige Teile (Speisewasser-, Frischdampfleitungen, Teile des Druckabbausystems usw.) ersetzt werden müssen. Das wurde von gut unterrichteter Seite mitgeteilt. Weiterhin hieß es, daß diese Schwierigkeiten inzwischen bei allen in der näheren und weiteren Umgebung mehr schlecht als recht in Betrieb befindlichen Siedewasserreaktoren aufgetreten sind: z.B. Fessenheim (z.Z. stillgelegt wegen Turbinenschaden); Würgassen (z.Z. stillgelegt wegen Risse an einem Dampftrockner); Gundremmingen (seit Januar 1977 stillgelegt, Reparaturen an tausenden von Leitungen noch nicht abgeschlossen, Wiederinbetriebnahme fraglich); Ohu (schwerer Störfall schon beim Probelauf, Radioaktivität ins Freie gesetzt); die Liste läßt sich verlängern.

Außerdem verlautete, daß alle Reaktoren dieses Typs jetzt stillgelegt werden müßten, würde Block I in Philippsburg (fast 10jährige Bauzeit) nicht jetzt in Betrieb gehen. Das heißt im Klartext: Hier soll ein Prestigeobjekt in Gang gesetzt werden, das in Wirklichkeit ein Gefährdungspotential schlimmsten Ausmaßes darstellt – ohne daß die Bevölkerung über die wahren Hintergründe aufgeklärt wird.

Hinzu kommt, daß – wie das Badenwerk Ende letzter Woche mitteilte – zusätzliche Überwachungs- und Meßeinrichtungen in Philippsburg eingebaut werden müssen. Das ist umso erstaunlicher, als z.B. die Reaktorsicherheitskommission schon Anfang 1977 diese Auflage erteilte, und inzwischen fast anderthalb Jahre vergangen sind. Tatsache ist, daß in Ohu und Grundremmingen tausende von provisorischen Meßleitungen bei Störfällen beschädigt wurden; eine weitere Inbetriebnahme dieser Reaktoren ist stark gefährdet. Die Bürgerinitiative Umweltschutz, die auf diese Gefahren wiederholt hingewiesen hat, wertet das Eingeständnis des Badenwerkes jetzt (im Rahmen einer Bilanzbesprechung in einem Nebensatz erwähnt) als Bestätigung für ihre Auffassung, daß in Phillipsburg ein technisch überholtes Kraftwerk gebaut wurde, das keinen Nutzen, sondern bisher nur Schaden für die Bevölkerung in der Umgebung gebracht hat.

Die Zuhörer waren empört darüber, daß der Vorstandssprecher des Badenwerks vor genau sechs Jahren von einer drohenden Energielücke für die Jahre 1976 – 1978 sprach, die nur mit Atomenergie zu schließen sei, und heute selber sagt: „Davon kann jetzt keine Rede mehr sein." Gleichzeitig, obwohl Überkapazitäten an Strom bestehen, werden Strompreiserhöhungen durchgesetzt (wie bei der Energieversorgung Schwaben, die ebenfalls die Gelder der Stromkunden, z.B. in Philippsburg in einen pannenträchtigen Reaktor investiert).

Die beiden Filme, die gezeigt wurden (der preisgekrönte Film „Badische Heimat – unbewohnbar wie der Mond? " und „Atomstaat – Modellfall Philippsburg"), machten deutlich, wie wachsam die Bevölkerung weiterhin sein muß gegenüber der unverantwortlichen Politik der Energieversorgungsunternehmen.

**Kontakt: Bürgerinitiative Umweltschutz, c/o Ostendstr. 2, 6833 Waghäusel 1.**




Stromrechnungsboykott:
## OFFENER BRIEF AN DIE ELEKTRIZITÄTS-AG-MITTELDEUTSCHLAND

GÖTTINGEN 26. JUNI *Die Arbeitsgruppe „Gewaltfreier Widerstand" im Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie hat einen offenen Brief verfaßt. Hier der Wortlaut:*

„Mit unserem Gewissen halten wir es für nicht vereinbar, durch die Bezahlung unserer Stromrechnung den Bau von Atomkraftwerken zu finanzieren. Die Elektrizitäts-AG-Mitteldeutschland (EAM), der für uns zuständige Stromlieferant, ist zu 54 % in den Händen von 13 Landkreisen und der Stadt Göttingen, zu 46 % bei Preussenelektra (Preag). Die EAM erzeugt selbst keinen Strom, sondern bezieht diesen von der Preag. Annähernd ein Viertel des von der Preag erzeugten Stroms kommt aus AKW's

Die Preag hält unter anderem 67 % der Anteile der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK). Beide Energieversorgungsunternehmen sind direkt oder indirekt am Bau folgender AKW's beteiligt:

| *Kernkraftwerke* | *NWK* | *Preag* |
|---|---|---|
| Würgassen | | 100 % |
| Grohnde | | 50 % |
| Esensham | 50 % | 50 % |
| Stade | 66 % | |
| Brunsbüttel | 33 % | |
| Krümmel | 50 % | |
| Brokdorf | 50 % | |

Mit unserer Stromzahlung bezahlen wir gezwungenermaßen über die EAM die Preag und somit den Bau und Betrieb von AKW's und den Bau der Atommülldeponie Gorleben (Preag und NWK sind an der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK), die das Gorlebener „Entsorgungszentrum" baut und betreibt, mit 22 % beteiligt). Zum 1. Januar 1978 wurde in weiten Teilen der Bundesrepublik der Strompreis für die privaten Haushalte erhöht. Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen geben dafür die unterschiedlichsten Begründungen an:

EAM: Verzögerungen im Kraftwerksbau durch Gerichtsentscheide (Grohnde, Esensham, Brokdorf)

RWE: Produktionskapazitäten sind nicht ausgelastet.

Politiker geben vor, mit der Strompreiserhöhung den Bürger zum Energiesparen bewegen zu wollen. Berücksichtigt man die Tatsache, daß bis heute in der Bundesrepublik nie wieder der Stromverbrauch von 1973 erreicht wurde, und sieht man auf der anderen Seite das Bemühen der Produzenten, mittels erhöhten Verbrauchs eine bessere Rentabilität zu erreichen, so wird die ganze Widersprüchlichkeit dieser Argumentation deutlich. Nicht die Energielücke, nicht die reale Nachfrage steht im Interesse der AKW-Betreiber, sondern lediglich eine höhere Wirtschaftlichkeit, herbeigeführt über eine Politik der „Elektrizität für alles". Wir aber sind nicht bereit, selbst wenn die Energieversorgungsunternehmen jemals ehrliche Strombedarfsprognosen vorlegen würden, diese Energiepolitik zu akzeptieren.

AKW's geben schon im Normalbetrieb radioaktive Stoffe ab, die nachweislich ein erhöhtes Krebsrisiko darstellen, sowie vor allem die Säuglingssterblichkeit ansteigen lassen. Bei Unfällen in AKW's kann es zu Verwüstungen und zur Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche kommen. Die Gefährdung durch die geplante Wiederaufbereitungsanlage ist um ein Vielfaches höher, mit der Endlagerung wird sie für Generationen festgeschrieben. Kernkraftwerke und „Entsorgungs"zentren erfordern ein hohes Maß an Sicherheitsvorkehrungen, die den Abbau demokratischer Freiheitsrechte bewirken. Sicherheit für alle bietet aber nicht der Ausbau zum Polizeistaat, sondern allein die Stillegung aller Atomanlagen.

Aus diesen Gründen haben wir uns entschlossen, uns dem schon in einigen Städten angelaufenen Stromzahlungsboykott anzuschließen. Wir werden als Zeichen unseres Widerspruchs und Protestes 10 % unserer Stromrechnung in Zukunft auf ein Treuhandkonto überweisen. Diese symbolische Summe halten wir zurück, bis die EAM keinen Strom mehr aus AKW's bezieht. Atomenergiebefürworter und Elektroartikelhersteller kommen im „EAM-Boten" zu Worte. Wir fordern deshalb außerdem, die Argumente der Gegner zu veröffentlichen.

Des weiteren begreifen wir den Stromzahlungsboykott als einen direkten Beitrag zur Unterstützung des Kampfes gegen die Wideraufbereitungsanlage Gorleben, die in ihrer Konzeption ihresgleichen sucht bei der Gestaltung eines menschenfeindlichen Lebensraumes."

**Kontakt: Clemens Grote, Arbeitsgruppe Gewaltfreier Widerstand im Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 45, 34 Göttingen.**

## WARUM SPRAYDOSEN GEFÄHRLICH SIND

ERLANGEN 13. Juni *Zur Problematik der Spraydosen hat die Ökologie-Gruppe Erlangen/Nürnberg ein Flugblatt verfaßt und verteilt. Hier Teile des Textes:*

DIE OZONSCHICHT UM DIE ERDE IST NÖTIG, DENN SIE SCHÜTZT UNS VOR HAUTKREBS

In ca. 20 Kilometer Höhe umgibt der Ozongürtel die Erde. Das Ozon nimmt aus dem einfallenden Sonnenlicht den größten Teil der harten Strahlung, des ultravioletten Lichts (UV-Strahlung) auf, das sonst ungehindert zur Erdoberfläche vordringen könnte. Die Ozonschicht wirkt so als Schutzschild gegen diese für Lebewesen gefährliche Strahlung. Ein Übermaß an UV-Licht ruft nicht nur, wie wir alle wissen, einen Sonnenbrand hervor, sondern kann auch Hautkrebs erzeugen. Auch für alle anderen Lebewesen, ja für die gesamte Pflanzenwelt unseres Planeten, würde eine Zunahme des UV-Lichts eine elementare Störung der Lebensprozesse mit sich bringen - eine unvorstellbare Katastrophe wäre die Folge.

TREIBGASE TRANSPORTIEREN CHLOR IN DIE OZON–SPHÄRE

Die Treibgase aus den Spraydosen (Fluorchlorkohlenwasserstoffe: Frigen, Freon) sind in den unteren Luftschichten chemisch äußerst träge, d.h. gehen fast keine Verbindung mit anderen Substanzen ein. Das macht sie für Spraydosen technisch gerade geeignet, für uns aber bewirken sie langfristig eine Umweltkatastrophe. Denn ohne zuvor in den unteren Luftschichten zersetzt zu werden, steigt das gesamt Treibgas in große Höhen auf. Dort allerdings wird es von der harten Strahlung zerlegt - Chloratome werden frei.

CHLOR BAUT DIE OZONSCHICHT AB

Chloratome in der Ozonschicht tragen besonders wirksam zur Vernichtung des schützenden Ozon und seiner Umwandlung in Sauerstoff bei.

DIE SCHÄDLICHE WIRKUNG DER TREIBGASE IST LANGFRISTIG

Auf der Erde versprühtes Treibgas erreicht erst etwa zehn Jahre später die höchste Wirkung in der Ozonsphäre und ist erst nach etwa 100 Jahren wieder abgebaut. Wird weiter genau so viel Treibgas wie im Jahre 1973 produziert, muß mit einer wahrscheinlichen Abnahme des Gesamtozons um 7,5% gerechnet werden. Wachsen die Produktionsziffern weiter an, ist die weitere Zerstörung des Ozons entsprechend. Im Maße der Zunahme der jährlichen UV-Strahlenbelastung ist mit einer Zunahme der Hautkrebsrate zu rechnen.




## Vorbereitungstreffen für die hessischen Teilnehmer am SOMMERCAMP GORLEBEN

Frankfurt 28.6.78 Zur Informationsweitergabe an alle interessierten Leute aus BI- und Umweltgruppen, Jugendzentren, Alternativprojekten, für Jugendliche, die auf dem Sommercamp teilnehmen wollen, für alle Bildungsurlaub-Anspruchsberechtigteen (Arbeitnehmer unter 25), die sich für dem im Rahmen des Camps stattfindenden Bildungsurlaube "Alternative Energien, Technik und Lebensformen" vom 31.7 - 6.8. und vom 7.8.- 13.8. in Gartow interessieren, veranstaltet die Naturfreundejugend Hessen am 15./16. Juli in Ockstadt bei Friedberg ein Informations- und Vorbereitungsseminar. Dort werden wir ausführlich über den Stand der Dinge in Gorleben berichten und die Aktivitäten der hessischen Teilnehmer am Sommercamp und Bildungsurlaub diskutieren.

Wir halten die Teilnahme aller Leute aus Hessen, die sich überlegen, am Sommercamp teilzunehmen für unbedingt notwendig, da wir dort konkrete Projekte vorhaben, die der Vorbereitung bedürfen und da wir meinen, daß alle Leute die Bedingungen im Landkreis kennen sollten, bevor sie hinfahren. Anmeldung telefonisch oder schriftlich bitte aber auf jeden Fall: Naturfreundejugend Hessen, Hamburger Allee 47, 6 Ffm 90, Tel. 0611/70 33 47. Weitere Informationen zu Gorleben, zum Sommercamp und zu den Bildungsurlauben auch bei: **BDP/BDJ Landesverband Hessen, Hamburger Allee 49, 6 Ffm 90, Tel. 0611/ 77 90 10 und Freundschaftskreis Rhein-Main, c/o Dieter Wesp, Wielandstr. 61, 6 Ffm.**

**GORLEBEN SOLL LEBEN – WIR AUCH!**

## ANTRAG DES GENERALBUNDESANWALT, FANTASIA–DRUCKMASCHINEN ZU BESCHLAG–NAHMEN

STUTTGART 26. Juni *Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof beantragt beim Bundesgerichtshof Kuhn die Beschlagnahmung der "in der 'Fantasia'-Druckerei in Stuttgart, Schlosserstr. 28a befindlichen Druckmaschinen 1. Offsetmaschine 'Thomson Crown Offset', 2. Kleinoffsetmaschine 'Geha Automat 2000 SR' " und begründet das so:*

Die "Fantasia"-Druckerei druckt und verbreitet Schriften, mit denen die terroristische Vereinigung RAF unterstützt und für diese geworben werden soll. So wurden bei einer aufgrund des Beschlusses des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes vom 17. Mai 1978 – IIBGs 515/78 – am 18. Mai 1978 durchgeführten Durchsuchung der Räume der Wohngemeinschaft und der "Fantasia"-Druckerei in Stuttgart, Schlosserstraße 28a, große Mengen an in der "Fantasia"-Druckerei hergestellten Druckschriften gefunden, die den Tatbestand der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung erfüllen. Unter anderem wurde sichergestellt:

1. Mehrere hundert Exemplare einer Erklärung von Christoph Wackernagel, die dieser am 20. November 1977 in Den Haag abgegeben hat. Aus dem Inhalt:
   Wir werden Imperialismus, Zionismus und Faschismus zum Teufel jagen
   Freiheit durch antiimperialistischen Kampf!
   Liebe und Solidarität werden siegen!
   Die RAF lebt!
   Der Kampf hat erst begonnen!
2. Mehrere Exemplare der "Erklärung der Gefangenen aus der RAF. Prozeßerklärung Verena Becker". Diese Prozeßerklärung war Teil eines sog. Info-Paketes, welches am 6. März 1978 von Doris B. bei der Post in Stuttgart aufgegeben und an Gisela D. in Mailand adressiert war.
3. Rund 1000 Exemplare der "Prozeßerklärung von Knut Folkerts am 7. Dezember 1977 in Utrecht". Diese Schriften waren offensichtlich zur Verbreitung bestimmt und enden mit folgender Formulierung:
   "Freiheit durch bewaffneten anti-imperialistischen Kampf"
4. 5 Exemplare einer Dokumentation zum Beginn des III. Russell-Tribunals. Auszug aus dem Inhalt:
   "Prozeßerklärung Verena Becker zu den Morden von Stammheim und Stadelheim"
   "Zu den Aktionen der RAF 1977"
   "Hungerstreikerklärung der Gefangenen aus Holland vom 11. Februar 1978".

Entsprechende Druckunterlagen (Fotonegativ-Platte) wurden zum Teil sichergestellt. Es kann daher davon ausgegangen werden, daß zumindest Teile dieser Broschüre in der "Fantasia"-Druckerei gefertigt wurden oder die Broschüre hier zumindest zusammengestellt worden ist.

5. Ferner wurden mehrere Exemplare der Broschüre "Klassenkrieg in der BRD – Interview aus Stammheim" vorgefunden. Der Umschlag dieser Broschüre enthält Abbildungen, von denen Positiv- und Negativbilder sichergestellt werden konnten. Der Text auf dem Umschlag der Broschüre wurde im Original sichergestellt.
6. Mehrere Exemplare der Broschüre "Letzte Texte von Ulrike". Der Umschlag der Broschüre enthält Abbildungen, wie sie bereits bei der Herstellung der Broschüre "Klassenkrieg in der BRD – Interview aus Stammheim" Verwendung fanden. Die zu den Abbildungen gehörenden Positiv- und Negativbilder konnten ebenfalls sichergestellt werden. Außerdem wurden 9 Fotovorlagen zu dieser Broschüre gefunden. Diese Vorlagen dienen zur Herstellung von Kopiervorlagen für Plattenkopien, aus denen dann die fertigen Drucksachen hergestellt werden. Das weist darauf hin, daß weitere Exemplare in Vorbereitung waren.
7. Es wurde eine 126 Seiten starke Dokumentation sichergestellt, die offensichtlich zur Veranstaltung des Russell-Tribunals hergestellt worden ist. Es handelt sich hierbei um eine Informationssammlung, die Hungerstreik- und Prozeßerklärungen sowie Briefe und Berichte von einsitzenden RAF-Mitgliedern enthält. Diese Dokumentation wurde im Original sichergestellt. Ergänzend dazu konnten auch die dazugehörigen Fotofolien und Druckplatten gefunden werden. Bereits fertig gedruckte Teile dieser Dokumentation sind ebenfalls sichergestellt worden.

Die vorgenannten Schriften stellen allerdings lediglich eine kleine Auswahl aus den in der Fantasia-Druckerei sichergestellten Schriften dar. Ich nehme insoweit Bezug auf das meinem Beschlagnahmeantrag vom 19.Mai 1978 beigefügte Sicherstellungsverzeichnis. Dieses Sicherstellungsverzeichnis macht deutlich, in welchem Umfang in der „Fantasia"-Druckerei Druckschriften hergestellt worden sind, deren Zweck es ist, die terroristische Vereinigung RAF zu unterstützen oder für diese zu werben. Die sich selbst als "Fantasia"-Druckkollektiv" bezeichnenden Mitglieder der Politkommune Stuttgart, Schlosserstr. 28a haben damit die Nachfolge des Rechtsanwaltsbüros Dr. Croissant/Newerla/Müller als Agitations- und Werbezentrale für die terroristische Vereinigung RAF angetreten.

Es muß damit gerechnet werden, daß die Mitglieder dieser Politkommune auch in Zukunft Druckschriften strafbaren Inhalts herstellen werden. Das zeigt ihr Verhalten in der Vergangenheit deutlich. Obwohl bereits im Jahre 1977 2 Hausdurchsuchungen durchgeführt worden sind, haben sich die Mitglieder des "Fantasia"-Druckkollektivs" nicht davon abhalten lassen, auch weiterhin Druckschriften herzustellen und zu verbreiten, mit denen die terroristische Vereinigung RAF unterstützt oder für diese geworben werden soll. Sie haben ihre innere Einstellung auch in der von ihnen selbst herausgegebenen "Einschätzung" deutlich gemacht, in der es u.a. heißt:

> 'Wir werden uns nicht einschüchtern lassen, wir werden uns wehren!
> Der Kampf geht weiter !!
> Fantasia-Druckkollektiv"

Im Hinblick auf die von den Mitgliedern der Polit-Kommune Stuttgart, Schlosserstr. 28a selbst abgegebene "Einschätzung" ist davon auszugehen, daß auch in Zukunft in der "Fantasia"-Druckerei Druckschriften, mit denen die terroristische Vereinigung RAF unterstützt oder für sie geworben werden soll, gedruckt werden. Dieser Gefahr kann nur begegnet werden, wenn die Druckmaschinen gemäß §§ 111b, 111c StPO beschlagnahmt werden. Die Voraussetzungen für eine derartige Beschlagnahme liegen vor, da gemäß §§ 74, 75 StGB die Einziehung dieser Druckmaschinen in Betracht kommt.

Die Kleinoffsetmaschine "Geha Automat 2000 SR" befindet sich im Eigentum der Firma "Fantasia-Druck". Diese Firma ist rückwirkend zum 1. August 1977 in eine GmbH umgewandelt worden. Gesellschafter sind die Mitbeschuldigten in diesem Ermittlungsverfahren Herbert S., Barbara M., und Ursula R. . Herbert S. ist der alleinberechtigte Geschäftsführer. Es kommt daher die Einziehung dieser Druckmaschine nach § 74 Abs. II Ziff. 1 i.V.m. §75 Abs. 1 StGB in Betracht.




*Zu der Besetzung des argentinischen Konsulats in Düsseldorf durch 22 Antifaschisten am 21. Juni, mit der sie gegen Menschenrechtsverletzungen in Argentinien protestieren wollten, hier noch ein Bild (siehe ID 235, S.28). Die Besetzer bitten um Solidarität mit der Aktion und um Unterstützung ihrer Forderung nach Einstellung der Verfahren gegen die 22 Besetzer und sofortiger Aufnahme von 300 politischen Gefangenen aus Argentinien – die Amnesty International von Helmut Schmidt schon zugesagt wurde.*
**Kontakt: Harald Öfinger bei Gaby Krüger, Rather Broich 1, 4000 Düsseldorf**

Auch die Offsetmaschine "Thompson Crown Offset" unterliegt der Einziehung. Zwar steht diese Maschine im Eigentum der Universität Stuttgart, doch kommt eine Einziehung nach § 74 Abs. II Ziff. 2 StGB in Frage. Zwar stellt diese Druckmaschine kein Gegenstand dar, der im Hinblick auf die Verhütung von Verbrechen und Vergehen als schon seiner Natur nach "gefährlich bezeichnet werden kann, doch bringt diese Maschine in der Hand der Einziehungsbeteiligten die Gefahr weiterer Störungen der Rechtsordnung mit sich. Wie bereits vorstehend ausgeführt worden ist, ist damit zu rechnen, daß auch in Zukunft auf dieser Maschine Druckschriften hergestellt werden, mit denen die terroristische Vereinigung RAF unterstützt oder für diese geworben werden soll.

Die Beschlagnahme ist daher dringend erforderlich, da nur durch diese Maßnahme der Gefahr weiterer Störungen der Rechtsordnung entgegengewirkt werden kann.

**fantasia-druck gmbh, offsetdruck reproduktionen, schlosserstraße 28a, 7000 stuttgart 1, tel. 0711/ 606126**

## PROZESS GEGEN DIE AGIT–DRUCKER HAT BEGONNEN

WESTBERLIN
28. Juni 78

*In Westberlin hat der Prozess gegen drei inhaftierte Mitglieder des Agit-Druckkollektivs begonnen. Ihnen wird vorgeworfen, unter anderem das Berliner Info undogmatischer Gruppen gedruckt zu haben, in dem nach Ansicht der Staatsanwaltschaft wiederholt gesetzeswidrige Texte veröffentlicht wurden. Eine der Angeklagten, Jutta Werth, geht in einer Erklärung, die sie zu Beginn der Verhandlung abgab, auf ihre Haftbedingungen ein. Vier Tage vor Prozessbeginn wurde sie in die sogenannte Hochsicherheitszone verlegt, eine Abteilung im Knast, die mit totaler Abschirmung nach außen und ständiger Fernsehkontrolle arbeitet. Hier ihre Erklärung:*

„Ich beantrage:

1. die sofortige Klärung meiner Haftsituation – Auskunft darüber, ob ich nur während der Prozessdauer im Trakt sein muß, oder bis zum Ende meiner Entlassung. Und sollte sich

das Gericht so entscheiden, daß ich über den Prozeß hinaus im Trakt bleiben muß, beantrage ich

2. die sofortige Rückverlegung in den Normalvollzug und bis dahin den Prozeß auszusetzen.

Zur Begründung führe ich aus, daß es bekannt ist, daß zahlreiche Gutachter, u.a. Herr Prof. Rasch und Prof. Cabanis, eindeutig bestätigt haben, daß der Trakt gesundheitszerstörend ist, daß seine Zerstörung noch schneller vorangeht, je kleiner die Gruppen sind. Im Moabiter Trakt sind wir jetzt zu viert – die Gutachten sagen eindeutig zehn und mehr. Das ist bekannt, das ist schon lange bekannt, nicht erst jetzt, wo ich es sage. Ich habe mit meinen Mitgefangenen gesprochen und erfahren, daß in dem erst kürzlich abgeschlossenen Verfahren gegen Monika Berberich, Frau Berberich nur für beschränkt verhandlungsfähig erklärt worden ist. Ebenso Frau Jandt, deren Prozeß zur Zeit noch läuft. Im Prozeß gegen Frau Jandt hat Prof. Cabanis ausgeführt: „Ich hatte Frau Jandt schon früher einmal untersucht und habe jetzt bei ihr sichtbar einen Kräfteverfall feststellen müssen, sie ist schneller erschöpft und leidet an Konzentrationsschwäche." Zu solchen Feststellungen ist Herr Cabanis nicht allein gekommen – sämtliche bisher gemachten Gutachten über Gefangene aus den Isoliertrakts bringen u.a. die gleichen Inhalte, Gefangene aus den Isoliertrakts fordern deshalb seit geraumer Zeit, die Zusammenlegung zu mindestens 15 Gefangenen. Und sie wissen das, bzw. müßten das wissen, sie als mein zuständiger Richter sind auch für meine Haftbedingungen und somit für meinen Gesundheitszustand verantwortlich. Sie haben nicht jetzt noch zusätzlichen Schikanen, das ist noch milde ausgedrückt, ausgesetzt.

Vier Tage vor Beginn des Prozesses werde ich ohne Angaben von Gründen in den Isoliertrakt gesteckt. Die Haftverschärfung ist willkürlich – es ist ein Rausreißen aus dem Normalvollzug. Der Anstaltsleiter Hübener von der Lehrter Str. sagte, es seien

war schon vor Till Meyer so – nach der Freistunde neben dem Absonden auch noch am Körper mit den Händen zwangsabgetastet – 'Sicherheitsgründe'. Ich fordere die sofortige Zurückverlegung."

**Kontakt: Komitee zur Befreiung der Agit-Drucker, 1 Berlin 61, Mehringdamm 99**

## AMNESTY INTERNATIONAL UNTERSUCHT HAFTBEDINGUNGEN POLITISCH MOTIVIERTER GEFANGENER – ZUM BEISPIEL HEINRICH JANSEN

BERLIN 27.6.78 *Anläßlich einer Untersuchung der Haftbedingungen politisch motivierter Gefangener durch Amnesty International berichtet der Rechtsanwalt Dr. Hoffman (Berlin) über die Situation seines Mandanten Heinrich Jansen, mit der Bitte,* „alles Ihnen Mögliche zu tun, um durch die Änderung der Haftbedingungen von Heinrich Jansen dessen bedrohtes Leben zu bewahren".

*Ebenso wie Lothar Gendt und Peter Paul Zahl befindet sich Heinrich Jansen seit dem 24.5.78 im Hungerstreik. Zu den Gründen schreibt der Gefangene:*

„Seit der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer bin ich ca. zwanzigmal in eine andere Zelle verlegt worden. Außerdem wird meine Zelle täglich durch Beamte der JVA 'kontrolliert' (wobei 'verwüstet' der richtigere Ausdruck für diese sogenannten Kontrollen ist), einmal wöchentlich wird diese 'Kontrolle' durch Beamte des LKA Düsseldorf durchgeführt. Anläßlich dieser LKA Kontrolle werde ich nackt ausgezogen und mit vollständig neuer Kleidung versehen. Außerdem werde ich



sonderen Schikanen unterworfen. Diese Schikanen beinhalten u.a. ständige verschärfte Zellenkontrollen, körperliche Kontrollen (mit Ausziehen sämtlicher Kleider) oder auch Hausstrafen und das damit verbundene Verbot, „weiterhin mit dem Jansen zu reden". Zeugen für all das stehen zur Verfügung.

Außerdem bin ich vom hier üblichen 'Umschluß' und sämtlichen Sportveranstaltungen ausgeschlossen.
Seit dem 24.5.1978 befinde ich mich zusammen mit den politischen Gefangenen Lothar Gendt und Peter Paul Zahl (die ebenfalls in der JVA Werl unter beinah gleichen Bedingungen inhaftiert sind) gegen diese gezielte Streßmanipulation (die ein Überleben in geistiger und körperlicher Gesundheit unmöglich macht) im Hungerstreik. Am 16.6.1978 fand die erste und äusserst brutale Zwangsernährung statt. Unser körperlicher Zustand ist inzwischen sehr eingeschränkt."

*Zu Ziel und Zweck seines Hungerstreiks schreibt Heinrich Jansen:*

„... verlange ich entweder die Eingliederung in den sogenannten Normalvollzug oder die Zusammenlegung mit anderen politischen Gefangenen. Ich w i l l leben. Aber wenn man mich hier vernichten will, dann sterbe ich lieber im Kampf gegen die-se Vernichtung, also jetzt im Hungerstreik, als daß ich mich langsam aber sicher durch Streßmanipulation und gleichzeitigen Kommunikationsentzug, jetzt sogar auch des schriftlichen, vernichten und zerstören lasse."

in der größe von 1 qm. der besucherteil nimmt ungefähr zweidrittel der ursprünglichen zelle ein. dementsprechend klein ist der teil, in den die gefangenen gesteckt werden.
die gefangenen betreten den raum durch die ursprüngliche zellentür direkt vom gang aus, die jeweils hinter ihnen abgeschlossen wird. der teil, in den die gefangenen gesperrt werden, hat eine bodenfläche von ungefähr 2 qm. die bewegungs-"freiheit" in diesem winzigen loch wird zusätzlich dadurch eingegrenzt, daß vor die scheibe über die gesamte breite des raumes ein brett mit der tiefe von ca. 40 cm angebracht ist. außerdem ist da noch ein stuhl, der inzwischen am betonboden festgeschraubt ist, nachdem ein gefangener die gewalt gegen menschen mit gewalt gegen sachen beantwortet hat, indem er wahrscheinlich mit dem stuhl die trennscheibe zu zertrümmern versuchte. dies ist aus den eindrücken in der scheibe zu schließen, die 4 kleine "platzwunden" zeigt. in bodennähe neben der tür befindet sich eine einrichtung, die als "belüftung" bezeichnet wird und von den gefangenen per schalter an- und ausgestellt werden kann. selbst wenn das ding funktionstüchtig wäre, was nicht der fall ist, so würde es höchstens die verbrauchte luft des stickigen gefängnisganges mit der verbrauchten luft aus trennscheibenloch austauschen. in wirklichkeit hat der ventilator einen ganz anderen effekt: er produziert ein summendes geräusch, das nach spätestens 10 minuten bei dem/der gefangenen den eindruck hervorbringt, als wäre es das geräusch einer trennscheibe, die einem die schädeldecke wegnimmt.

die qual dieses instruments TRENNSCHEIBE besteht nicht nur in der gleichzeitigkeit von scheinbarem kontaktangebot und brutalem kontaktverbot: die scheibe spiegelt die möglichkeit von kontakt vor, begrenzt den kontakt gleichzeitig auf visuellen kontakt und verfremdet diesen im selben moment auch noch durch die spiegelnde eigenschaft des glases. es ist

Sicherheitsgründe. Sicherheitsgründe, die sieben Monate für mich nicht nötig waren. Auch nicht nach dem 27. Mai – Till Meyer, auch nicht nach dem 1. Juni – Trennscheibe. Und nun vier Tage vor Beginn unseres Prozesses sollen diese Maßnahmen unter Sicherheitsgründe fallen?

Der Prozeß hier, gegen uns Drucker, der im Zusammenhang mit linker Gegenöffentlichkeit steht, ist der Versuch, legale Linke und demokratische Gegenöffentlichkeit zu kriminalisieren, die schon seit unserer Verhaftung nach jedem Haftprüfungstermin von den Anklagebehörden immer begründete 'hohe Freiheitsstrafe' muß doch der Öffentlichkeit untergejubelt werden.
Seit dem 26. Oktober '77 war ich in der Lehrterstr. in Untersuchungshaft wegen „Unterstützung terroristischer Vereinigung".
Seit dieser Zeit also bis zum 8. Juni waren meine Haftbedingungen angeglichen mit denen der anderen Untersuchungsgefangenen. Es gab keine Sicherheitsbedenken oder etwaigen Fluchtverdacht. Ich konnte alles in Anspruch nehmen, was die anderen Gefangenen auch hatten. Gearbeitet habe ich in der Wäscherei mit anderen Frauen zusammen. Und nun werde ich plötzlich verschleppt – komme in Haftbedingungen, die gesundheitszerstörend sind, unmenschlich, entmündigend und erniedrigend sind. Von jeglichem Anstaltsleben bin ich abgetrennt – von Kameras werde ich jetzt ständig überwacht.

Ich kenne die Bedingungen im Normalvollzug und ich habe jetzt in den vier Tagen Trakt nur einen Bruchteil mitgekriegt, und kann dazu nur sagen: Unter den Bedingungen werde ich bewußt verheizt!

Die Argumente der Verantwortlichen: „Sie haben doch Fernsehen, Zeitschriften, Radio, Tischtennis" täuschen doch über den tatsächlichen Inhalt sozialen Vakuums hinweg. Kein Mensch kann ohne andere Menschen existieren. Die Freistunde findet zu unterschiedlichen Zeiten statt. Wir werden, obwohl der Hof von allen Seiten von Beamten bewacht wird – und das täglich mehrmals körperlich durchsucht (wenigstens zweimal täglich, aber meistens bedeutend öfters und zwar bis zu achtmal).

Seit fünf Monaten darf ich von meinen Freunden nicht mehr besucht werden, seit ca. zwei Monaten darf ich mich (auch offiziell) nicht mehr mit ihnen schreiben. Die Briefe werden mit der Begründung „....der Schriftverkehr dient nicht der Wiedereingliederung" beschlagnahmt.
Gefangene, die sich mir gegenüber solidarisch verhalten, und sei es nur dadurch, daß sie sich mit mir während der Freistunde unterhalten, werden durch Beamte mit ausdrücklichem Hinweis auf ihren Kontakt mit mir bedroht und einer Vielzahl von be-



**HERAUSGEBER:**
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/ 704 352
Verantwortlicher Redakteur: F. Kern


Brief aus dem Knast:

## ICH BIN KEIN STÜCK SCHEISSE! ICH BIN EIN MENSCH!

WESTBERLIN 26. Juni — *Eberhard Dreher, im Westberliner Knast Moabit gefangen, schreibt:*



GEFÄNGNIS MOABIT, 17. JUNI 1978

trennscheibe undsoweiter . . . . .

16.6., freitag, ca 11 uhr: zum drittenmal in dieser woche sogenannte "zellenkontrolle", diesmal "mit korb zur sonne", was heißt: zelleninhalt wird zur durchleuchtung in einen spezialraum geschleppt. auf dem transport dahin erfahre ich, daß mein anwalt mich besuchen will. in der "sonne" suche ich aus dem korb meine akten raus, werde abgetastet und abgesondert und nach A1 geführt, wo mehrere neu eingerichtete sonderzellen mit trennscheibe sind.
zelle mit trennscheibe:
ursprünglich eine "normale" zelle in der größe von ca 2 mal 4 meter. jetzt durch eine quermauer in zwei räume getrennt. in die mauer eingelassen, eine panzerglasscheibe, größe ungefähr 1 meter mal einsfünfzig. über der scheibe ein siebartig gelöcherter stahlkasten, ebenso als rahmen um die scheibe herum. diese einrichtung soll den schall beim sprechen durchlassen.
der anwalt/die anwältin wird durch die nebenzelle, die leer ist, in den hinteren teil der zelle geführt. zu diesem zweck wurde am hinteren teil die seitenwand zur nebenzelle durchgestoßen und eine tür eingebaut. das einzige fenster befindet sich ebenfalls im hinteren, für besucher vorgesehenen teil, und kann geöffnet werden. es ist ein "normales" zellenfenster die methode, einem verdurstenden ein glas wasser zu zeigen, ihn aber nicht trinken zu lassen. zusätzliche qual schaffen luftmangel und die besondere akustik. um ersterem abzuhelfen wurde das scheinangebot des ventilators geschaffen. nach den ersten erfahrungen mit diesem instrument ist luftmangel bei ausgeschaltetem ventilator noch die geringere qual.
um sich verständigen zu können, muß man sehr laut sprechen. die stimme aus dem jenseits ( .. der trennscheibe) nimmt man nur verfremdet wahr. die eigene stimme türmt sich in der aquariumähnlichen kabine zu einem akustischen berg, der direkt auf den kopf drückt.
zusammengenommen bewirkt das instrument trennscheibe: luftmangel bis hin zur platzangst, kopfschmerzen innerhalb kürzester zeit, pfeifen in den ohren, psychische qual durch scheinangebot von kontaktmöglichkeiten, die gleichzeitig verhindert werden.
letzteres wirkt sich extrem aus bei besuchen von freunden und verwandten. nach einer anordnung des anstaltsleiters finden diese besuche seit 1. juni auch in diesen zellen mit trennscheibe statt, obwohl "private" besuche hautnah von 2 mitgliedern des staatsschutzes und zusätzlich einem bis zwei vollzugsbeamten bewacht werden, wobei zusätzlich der/die gefangene jeweils vor und nach den besuchen abgetastet und abgesondert wird.
seit anfang des monats brechen wir gefangenen deshalb besuche von verwandten und freunden sofort ab, wenn sie mit trennscheibe stattfinden sollen. wir wollen erreichen, daß wenigstens für "private" besuche der alte zustand, der entwürdigend und schikanös genug ist, wiederhergestellt wird.

an diesem freitag hatte ich also besuch meines anwalts. bereits nach 15 minuten konnte ich mich kaum noch konzentrieren, bekam zunehmend kopfschmerzen und hatte ein extremes bedürfnis nach wenigstens einer kurzen unterbrechung um wieder luft schnappen zu können. ich bummerte deswegen an die tür ( einen notruf gibt es in dem aquarium nicht), worauf nach einiger zeit in dem teil, in dem mein an-

walt sich befand, ein vollzugsbeamter erschien. ich sagte ihm er solle die tür aufmachen, ich müßte einen moment luft schnappen. er verschwand wieder und erschien nach einiger zeit wieder mit einem zweiten beamten. sie schlossen die tür zu dem käfig auf, wollten aber nicht dulden, daß ich mich einen moment lang davorstelle. dies liegt wohl nicht in der planung, dafür gibt's keine vorschrift. sie sagten, dies sei eine ausnahme und ließen mich 2 minuten unter bewachung stehen. da ich noch einiges mit meinem anwalt zu besprechen hatte, ließ ich mich wieder einschließen. nach weiteren 40 minuten hatte ich rasende kopfschmerzen und mußte im einverständnis mit meinem anwalt den besuch abbrechen. obwohl ich wegen der trennscheibe nicht die geringste berührung mit meinem anwalt haben konnte, wurde ich danach noch einmal in "die sonne" (durchleuchtungs- und kontrollraum) geführt, wo meine akten durchleuchtet wurden und einer plötzlich sagte, ich solle mich ausziehen.
ich sage: das kommt überhaupt nicht in frage, meinetwegen soll er mich abgrabschen, er hat außerdem eine metallsonde, mit der er mich absonden kann, so, wie es auch bislang üblich war. ich hab kopfschmerzen, brauche luft, hab die schnauze voll, will in die zelle und meine ruhe. die fangen an rumzutelefonieren, franke nicht da (stellvertretender anstaltsleiter), ein anderer gibt ihnen rückendeckung. sie zerren an mir, schleppen mich in den angrenzenden raum, reißen mir die kleider vom leib, hose, hemd, schuhe, socken, ich liege quer auf einer holzbank, drei oder vier um mich. einer hat die klamotten durchleuchtet, ich weigere mich, sie selber wieder anzuziehen. da fängt einer noch an, mir die unterhose runterzureißen, ich mach mich "frei" und brüll sie an, sie stürzen sich auf mich, vor der tür auf dem gang gibt einer mit seiner trillerpfeife ALARM, eine ganze horde stürzt herein , ich bin am boden, die arme nach oben verdreht, einer schreit: AB IN KELLER, sie werfen mir eine decke übern kopf, einer fängt an, mich zu würgen, sie streiten sich: die ultra-brutalos und die "guten", erst in den gängen alles wegschließen, dann raus, an allen vieren gepackt, halbnackt durch den ganzen knast geschleppt nach haus II, über gänge, treppen, reingeschmissen in den bunker. dort reißt mir noch einer die unterhose runter. ich liege nackt auf dem boden: ergebnis der verteidigung meiner menschenwürde.

bunker: knapp zwei mal drei meter, runde ecken, lampe hinter panzerglas. einrichtung: drei decken, ein plastikeimer mit deckel als scheißhaus — basta.
hinter gelöchertem stahlblech die einzige kleine luftklappe, unerreichbar.
S T I L L E ! stumm schreiende nackte wände. dreck.
du denkst, du brennst aus innendrin.
ich werf mir eine decke um. barfuß auf beton lauf ich auf und ab auf und ab auf und ab. rasende gedankenfetzen: wieviel hunderte vor mir hier drin? mein bruder fritz, gleich nach der "kontaktsperre": vier wochen lang! vier wochen lang! jede sekunde ein halbes leben. wieviel geschlagene, getretene, gedemütigte vor mir? still im beton. nazim hikmet (28 jahre im türkischen kerker): "wir sind so still hier drin, SO STILL WIE DIE KUGELN IN DEN GEWEHRLÄUFEN!" — später eine "ärztin", umgeben von einem haufen uniformen: um mich "bunkerreif" zu schreiben. medizin im dienst der herrschenden, deutlicher geht's nicht, danke.
nach stunden: fressen. sie sollen's dem anstaltsleiter bringen, gruß von mir, wenn er mich wie 'nen hund behandeln läßt, dann besteh ich drauf, chappi zu kriegen (anstaltsleiter besener im 'stern" auf die frage, warum der verpflegungssatz für einen polizeihund höher ist als für einen gefangenen: "Chappi ist eben teurer"). später entdecke ich knöpfe am zerschlissenen bezug der schaumstoffmatraze: 10 stück. ich mach sie ab, polier sie, entwerfe ein spiel.
erstaunlicherweise holen sie mich um halb neun abends wieder raus; gaffend, mißtrauisch, ob ich dem nächstbesten den arsch bis zum stehkragen aufreiße. dann besänftigend. das wirklich erschreckende ist: sie stehen fassungslos vor dem trümmerhaufen ihrer eigenen gewalt (. . . — wir sind doch immer gut miteinander ausgekommen / wir haben doch auch unsere anordnungen / was ist denn plötzlich mit ihnen los . . . . // — p l ö t z l i c h ? ? — mit w e m ? ? // ). die meisten der "kleinen" schergen verstehen nichts, nichts, nichts! sie arbeiten schon 2, 5, 15 jahre im knast. und sie haben nichts begriffen! sie haben nichts begriffen über knast. über gewalt. über ihre funktion. sie begreifen die frage gar nicht: und irgendwann gibt euch einer 'ne knarre in die hand und sagt AB— DRÜCKEN. - sie schließen tagtäglich menschen in schließfächer und begreifen nichts und wundern sich, wenn da einer nach 27 monaten F O L T E R "plötzlich" sagt: STOP! ICH BIN KEIN STÜCK SCHEISSE! ICH BIN EIN MENSCH!

zurück im chaos der zelle, verwüstet noch von der "kontrolle" am vormittag, fühl ich mich wie halb in "freiheit": durch die engen maschen des fliegengitters, das mir immer augenschmerzen macht, strömt wohltuender sauerstoff. auf dem hof vertraute stimmen. in der einzelzelle wieder unter menschen!

## (K)EIN BESUCH IN MOABIT

*Frankfurt 28.6.78* — *Am 28.6. erreichte uns ein Brief einer Genossin aus Wien, die eine Besuchserlaubnis für Eberhard Dreher hatte.*

Extra aus Wien gekommen war ich am 21.6.78 schon eine Stunde vor der Sprechzeit in dem neuen Vorbau für Wartende der Untersuchungshaftanstalt Moabit. Ich bekam keine Nummer wie alle anderen Besucher. Der Beamte, der die Nummern ausgab, sagte, er werde mich rufen, wenn meine staatsschützende Besuchsüberwachung eingetroffen sei. Ungefähr 20 Minuten nach 10 Uhr tat er das auch. 2 Minuten später jedoch behauptete eine Stimme aus dem Innern des besonders abgesicherten Kontroll- und Durchgangsraums, der Staatsschutz sei schon wieder weg.

Daraufhin telefonierte ich mit dem Staatsschutzbüro, wobei mir versichert wurde, daß die Besuchsüberwachung noch in der Anstalt sein müsse, weil sie um 11 Uhr dort wieder einen Termin hätten. Ich lief zurück und teilte das dem Beamten dort mit. Er hielt Rücksprache mit anderen Bullen. Es wurde telefoniert und mir dann gesagt, der schon vor 4 Wochen festgesetzte Termin 10 Uhr sei ein Irrtum gewesen, ich solle beim Staatsschutz anrufen und mich um einen neuen Termin kümmern. Als ich gleich darauf anrief, teilte man mir mit, daß ich den Besuch "verwirkt" hätte, weil ich nicht vor 10 Uhr in der Anstalt gewesen sei.

Eberhard Dreher hatte extra auf seine zweite halbe Stunde Besuchszeit im Monat verzichtet, damit ich eine Sprechgenehmigung für 60 Minuten erhalten konnte. Ein "Verwirken" der Sprechzeit hieße für ihn 6 Wochen lang keinen Besuch.

Zurück in der Anstalt machte ich die Bullen darauf aufmerksam, daß ich seit 8 Uhr da war und für diesen oder ähnliche Staatsschutzwitze kein Verständnis hätte, worauf sich alle Angesprochenen in ihrer Inkompetenz einig waren und alles andere "bedauerten."

Inzwischen war es 11 Uhr. Ich versuchte daraufhin, den Untersuchungsrichter zu sprechen, was aufgrund "besonderer Sicherheitsmaßnahmen" nicht möglich war. Über die Anwältin von Eberhard Dreher gelang es schließlich via Untersuchungsrichter den Staatsschutz anzuweisen, einen neuen Termin festzusetzen, was auch tatsächlich geschehen ist — allerdings erst in 4 Tagen.

Ich werde diesen Termin natürlich nützen und gespannt auf die nächsten Tricks warten, die sie sich einfallen lassen, um Gefangene und Besucher zu schikanieren und einzuschüchtern.
FREIHEIT FÜR ALLE!
**Kontakt: Eberhard Dreher, Moabit, Berlin**

Am Beispiel Rolf Pohle:
## ANTWORT EINES KNASTDIREKTORS

MÜNCHEN 27. Juni *Auf den Brief von Besucherinnen Rolf Pohles zur Trennscheiben-Praxis in der JVA Stadelheim (siehe ID 235:„Die Knäste werden dichtgemacht") die Antwort von Knastdirektor Steierer vom 21. Juni:*

Sehr geehrte Frau Pohle!

Auf Ihr Schreiben vom 17. Juni 1978 teile ich Ihnen mit, daß der Strafgefangene Pohle am 19. Juni 1978 in die Justizvollzugsanstalt Kaisheim (Hofgasse 40/41, 8851 Kaisheim über Donauwörth) verlegt wurde.

Im übrigen weise ich Ihre Vorwürfe entschieden zurück. Die verschärften Sicherheitsmaßnahmen, von denen leider alle Gefangenen betroffen sind und die ich wegen dieser Gefangenen und ihrer Angehörigen zutiefst bedauere, sind ausschließlich auf das verbrecherische Verhalten von Terroristen und ihrer Helfershelfer zurückzuführen.

Hochachtungsvoll

**Kontakt: Justizvollzugsanstalten München, Stadelheimer Straße 12, 8000 München 90, Tel.: (089) Vermittlung 6223-1, Durchwahl 6223-201.**

## INITIATIVE FÜR DIE FREILASSUNG VON RECHTSANWALT MÜLLERHOFF

WEST-BERLIN [illegible]. JUNI *In Berlin hat sich eine Initiativgruppe für Rechtsanwalt Detlev Müllerhoff gebildet, der im Zusammenhang mit der Befreiung von Till Meyer aus der U-Haftanstalt Moabit festgenommen worden ist. Die Gruppe hat eine Presseerklärung verschickt:*

Wir setzen uns ein für die Freilassung des Rechtsanwalts Detlev Müllerhoff aus der Untersuchungshaft! Was ist bisher geschehen? 27. 5. 78 Befreiung Till Meyers aus der U-Haftanstalt Moabit, Zeugenvernehmung seines Wahlpflichtverteidigers Müllerhoff. 29. 5. 78 Durchsuchung seiner Kanzlei- und Wohnräu me. 1. 6. 78 Vorläufige Festnahme und erneute Durchsuchung . 2. 6. 78 Haftbefehl gegen Müllerhoff wegen angeblicher Unterstützung der Befreiungsaktion. 13. 6. 78 Haftprüfungstermin. Müllerhoff bleibt weiter in U-Haft.

Im Haftbefehl gegen RA Müllerhoff und in dem Beschluß, der die Aufhebung des Haftbefehls ablehnt, werden als Belastungspunkte angegeben:
1. Vertrauensanwalt von Till Meyer und Andreas Vogel. Aus der Tatsache, daß RA Müllerhoff sowohl Vertrauensanwalt von Till Meyer als auch Vertreter von Andreas Vogel in einer anderen Strafsache war, kann nicht geschlossen werden, daß von vorneherein beabsichtigt war, Till Meyer und Andreas Vogel zu befreien. Es reicht aus, wenn einer der sechs im 2. Juni-Prozeß Bescheid gewußt hat, weil diese ständig miteinander Kontgakt hatten.
2. Örtlichkeiten in der Haftanstalt. In der Haftanstalt „geht es zu, wie bei Hertie an langen Samstagen" (Stern Nr. 24). An die 600 Menschen gehen hier täglich ein und aus. Informationen durch einen Rechtsanwalt sind dann doch wohl überflüssig!
3. Gefälschte Ausweispapiere der Täterinnen. Zu klären wäre a) wo diese Ausweise ausgestellt werden, b)wann sie den Anwälten ausgehändigt werden. Wieso können sie nicht auch, wie alle anderen Ausweise, verloren gehen oder gestohlen werden?
4. Aufgefundene Vollmacht. Die Person, auf deren Namen die Vollmacht lautete, hatte nicht nur Kontakt zu seinem Rechtsanwalt, dem Sozius von RA Müllerhoff. Außerdem war die Vollmacht nicht erforderlich, um zu den Sprechzellen zu gelangen, in denen die Befreiungsaktion stattfand. Deshalb kann man gerade aus dem Auffinden der Vollmacht schließen, daß kein Rechtsanwalt Informationsgeber der Täterinnen war.
5. Zeugenaussage. Der Justizbeamte Mausolf hat in einer ersten Aussage die Angaben RA Müllerhoffs über den Ablauf der Befreiungsaktion bestätigt. Mehrere Tage später hat er die Aussage in der Weise geändert, daß erstmalig RA Müllerhoff belastet wurde. Erfahrungsgemäß wird mit dem Zeitabstand einer Aussage zum beschriebenen Vorfall die Aussage ungenauer.
6. Zeit. Aus der Aussage des zweiten Vertrauensanwalts von T. Meyer ergibt sich, daß RA Müllerhoff zufällig und nicht geplant bereits um acht Uhr in der U-Haftanstalt erschienen ist. Es wäre durchaus möglich gewesen, daß entweder dieser Anwalt oder beide Anwälte zu diesem oder einem späteren Termin erschienen wären.

Die Befreiungsaktion wäre ohne die erheblichen Sicherheitsmängel in der U-Haftanstalt nicht möglich gewesen. Für diese Sicherheitsmängel sind nicht die Rechtsanwälte sondern die Justizbeamten, an ihrer Spitze Justizsenator Baumann, verantwortlich. Um nicht eigene Konsequenzen zoehen zu müssen, mußten andere Schuldige präsentiert werden. Dafür boten sich die seit langer Zeit als Hlfershelfer von mutmaßlichen Terroristen aufgebauten Vertrauensanwälte an. Nacheinander wurden RA Becker, RA Lohstöter und nun RA Müllerhoff als Tatbeteiligte ins Spiel gebracht. Politische Zwänge können nicht Rechtfertigung für die Beschuldigung unbescholtener Rechtsanwälte sein.

Wir fordern die sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Rechtsanwalt Müllerhoff, Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen Rechtsanwalt Becker, Rechtsanwältin Lohstöter und Rechtsanwalt Müllerhoff.

**Kontakt: RA Müllerhoff, Motzstr. 30, 1 Berlin 30**

**Tel. 030 / 211 33 41**

## PROZESS GEGEN ARNIM NEWERLA

STAMMHEIM 27. Juni Im Prozeß gegen Rechtsanwalt Arnim Newerla geht es um zwei Anklagepunkte:
1. Arnim Newerla hat am 3.8.77 auf einer Pressekonferenz den Oberstaatsanwalt Zeiß einen "Schreibtischmörder, der für die Morde an politischen Gefangenen verantwortlich ist", genannt, 2. Arnim Newerla soll ein "Info-BUG" zu Irmgard Möller in den Knast geschmuggelt haben. Deswegen hat er einen Bußgeldbescheid bekommen, gegen den er Einspruch erhoben hat. Der Prozeß, der am 26.6. begann, wird am Mittwoch, 5.7.78, um 10 Uhr in Stammheim fortgesetzt.

## "NEIN ZUR AUSLIEFERUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN"

ARHUS 27. Juni Ein Solidaritätskomitee für politische Gefangene in der BRD aus Arhus-Dänemark hat an die jugoslawischen Behörden appelliert, die vier Westdeutschen Brigitte Mohnhaupt, Sieglinde Hoffmann, Peter Boock und Rolf-Clemens Wagner nicht an die BRD auszuliefern. Eine entsprechende Resolution mit dem Titel "Nein zur Auslieferung der politischen Gefangenen" wurde vor einer jugoslawischen Fluggesellschaft verteilt und der jugoslawischen Botschaft in Dänemark übergeben. Darin heißt es:

" . . . Fakt ist, daß die westdeutsche Polizei Millionen von Fahndungsplakaten von den Vieren verteilt hat. Sie haben Spezialkommandos zur direkten Verfolgung von jedem Einzelnen eingesetzt und mit dieser "Zielfahndung über die Landesgrenzen hinaus operiert. Sie haben große Belohnungen ausgesetzt, für Informationen, die zu ihrer Verhaftung führen.

All diese Maßnahmen sollen dazu dienen, die Bevölkerung zu täuschen, daß die 4 Westdeutschen rücksichtslose Terroristen und Kriminelle sind. Sie sollen verschleiern, daß es in Westdeutschland einen politischen Widerstand gibt . . .

. . . Wenn Jugoslawien den Erwartungen der BRD entgegenkommt, zeigt es eine Schwäche gegenüber den neuen Versuchen der BRD eine Hegomonie in Europa zu erreichen.

Sie legitimiert und unterstützt damit eine neue faschistische Entwicklung in der BRD . . . "

## ZEUGE HAT KLAUS DORFF UND JÜRGEN TAURAS N I E GESEHEN

FRANKFURT 29.Juni *Am 19.Juni erschien ein Zeuge vor Gericht, dessen Aussage die Anschuldigungen gegen Dorff-Tauras, im Hotel Waffen versteckt zu haben, in geradezu lächerlicher Einfachheit infrage stellt. Auf Antrag der Verteidigung wurde der ehemalige Inhaber des Kölner Hotels ‚Heinzelmännchen', Vetter gehört. Er sollte Aussagen über die damaligen Zimmermieter und die dort festgenommenen Personen machen.*

Wie bekannt, hieß es damals in der Presse (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 23.Februar 1976): „Zimmermädchen zeigte Polizei die Spur im Heinzelmännchen", weil es beim Reinigen des Zimmers der ‚Terroristen' Waffen gesehen und daraufhin sofort die Polizei gerufen habe. Nebenbei wurden Lichtbilder von Klaus Dorff und Jürgen Tauras veröffentlicht. Mit dieser Art der Verwertung der Verhaftung durch die Bundesanwaltschaft machte nun der ehemalige Hotelpächter bei seiner richterlichen Vernehmung Schluß.

Am Wochenende vor der Festnahme habe er einen Telefonanruf erhalten, wonach er für zwei Männer ein Hotelzimmer reservieren solle, sagte er. Später seien diese beiden bei ihm an der Rezeption erschienen, hätten die Formalitäten erledigt und sich mit Gepäck nach oben ins Hotelzimmer begeben. Beide hätten einen guten Eindruck gemacht, ausgesehen wie normale Messegäste, einer sei untersetzt und stämmig gewesen. Am 21.2. 1976 sei im Hotel plötzlich die Polizei erschienen und habe ihm mitgeteilt, es gäbe einen ‚anonymen Hinweis', wonach sich im Zimmer Nr. 9 Waffen befänden, weshalb dieses Zimmer durchsucht werden müsse. Dies geschah in seinem Beisein und er glaubte dabei, in einem Koffer Werkzeuge erkannt zu haben. Man habe ihn angewiesen,sich mit seiner Ehefrau „unauffällig" zu verhalten und im und außerhalb des Hotels habe es von Polizei gewimmelt. Auf Lichtbildern vom „harten Kern" der ‚Terroristen', die man ihm vorlegte, habe er niemanden erkannt.

Als in der Nacht zwei Personen das Hotel betreten hätten, seien diese sofort festgenommen worden. Es soll sich um Dorff und Tauras gehandelt haben. *Diese beiden seien aber nicht diejenigen gewesen, die er als Hotelgäste für Zimmer 9 kennengelernt habe. Die hätten ganz anders ausgesehen. Das habe er auch der Polizei gesagt. Im November 1976 habe man ihm nochmals Lichtbilder gezeigt, aber er habe niemand wiedererkannt, auch nicht, als ihm die Polizei Bilder der Festgenommenen gezeigt habe. Darauf angesprochen, habe er schon damals erklärt, die Festgenommenen sähen anders aus als die Hotelgäste, worauf ihm die Polizeibeamten mitteilten, man wisse ohnehin Bescheid und er solle das für sich behalten.* Schließlich wies er darauf hin, daß das Hotel häufig Gäste von der Polizei gehabt habe und nur 50 m vom Polizeipräsidium Köln entfernt gelegen sei.

## FREISPRUCH IM 17.JUNI-PROZESS (1977)

FRANKFURT 28.Juni Drei Tage nach dem brutalen Einsatz der Polizei anläßlich des Faschistenaufmarsches am 17.Juni 1978 in Frankfurt, fand vor dem Frankfurter Jugendgericht die Hauptverhandlung gegen einen Antifaschisten aus Wiesbaden statt, der bei dem letzten 17. Juni (1977) ein Opfer des auch damals schon brutalen Polizeieinsatzes wurde (vgl. ID Nr. 183). Damals von der Polizei verprügelt, stand er am 27. Juni 78 als Angeklagter wegen 'Widerstandes gegen die Staatsgewalt' vor Gericht.

Vier Polizeibeamte sagten übereinstimmend (fast wörtlich) aus, daß der Angeklagte bei seiner Festnahme gezielt um sich getreten habe und den einen auch am Schienbein getroffen habe. Dabei warf dieser Beamte den Angeklagten zu Boden und lag dann auf ihm; er war auch wesentlich schwerer und gewichtiger als sein Opfer. Dies konnte auch von 5 unparteischen Zeugen bestätigt werden, die von der Verteidigung teilweise erst in mühevoller Suche ausfindig gemacht werden konnten. Sehr zu Hilfe kamen auch einige Fotos, die ein Zuschauer gemacht hatte, auf denen klar zu erkennen war, wie brutal der Angeklagte abgeführt worden ist. Dagegen hatte der eine Polizist noch die Frechheit gehabt, zu behaupten, der Angeklagte habe auch noch beim Abtransport um sich getreten. Diesen Widersprüchen konnte sich schließlich auch nicht die Richterin verschließen und mußte den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse freisprechen. ,
Eine Episode am Rande: Der Staatsanwalt war an sich bereit, das Verfahren gegen zehn Arbeitsstunden einzustellen, aber der Oberstaatsanwalt gab hierzu keine Genehmigung.

## SIEBEN FREISPRÜCHE BEI BONNER THIEU–PROZESSEN

KÖLN 15. Juni 78 *Aus einer Presseerklärung des 'Komitees zur Unterstützung der Angeklagten der Bonner Thieu-Prozesse' :*

„Nach wenigen Tagen Beweisaufnahme mußten inzwischen sieben der insgesamt acht Angeklagten im ersten Thieu-Prozeß vor dem Bonner Landgericht freigesprochen werden. Die Anklage

warf ihnen vor, am 10.4.1973 während der Proteste gegen den Besuch Thieus in Bonn zu den Besetzern des Bonner Rathauses gehört zu haben. Diese Anklage ist jetzt vollständig zusammengebrochen. Deutlich geworden ist dagegen, daß Polizei und Justiz niemals wirkliche Beweise in der Hand hatten und eine Anklage niemals hätte erhoben werden dürfen."

**Komitee zur Unterstützung der Angeklagten der Bonner Thieu-Prozesse, c/o Hansjörg Hilke, Postfach 190 362, 5000 Köln 19**

## FASCHISTEN IN ERLANGEN

Erlangen
27. Juni

In Erlangen ist ein Flugblatt aufgetaucht, in dem die geschichtliche Daten über die Ermordung von 6 Millionen Juden als Propagandalüge bezeichnet werden. Ein amerikanischer Professor namens Butz, der selbst Jude ist, widerlegt die Propagandalüge, indem er eine Anzahl statistischer Angaben über den Anteil der Juden an der Weltbevölkerung aneinanderreiht. Unter anderem folgert er, daß die [illegible]is Millionen Juden, die in Europa umgebracht wurden alle nach Amerika ausgewandert sind. Außerdem hat Professor Butz herausgefunden, daß eigentlich der Engländer Churchill am 2. Weltkrieg schuldig ist. Verantwortlich für die Veröffentlichung zeichnen die "Unabhängigen Nachrichten" aus 4630 Bochum, Postfach 400 215.

## SIPPENHAFT IN HEIDELBERG

HEIDELBERG
27. Juni

*Bericht von einem Mitglied des ID-Kollektivs:*

Unter Fotos von einem völlig zerstörten Zimmer berichten die Heidelberger Tageszeitungen am Samstag über eine Bombenexplosion, bei der ein Student lebensgefährlich verletzt wurde. Hermann Freiling, 27 Jahre, Pädagogik-Student - beim experimentieren mit Sprengstoff durch eine Explosion zerrissen, liegt jetzt, beide Beine amputiert, erblindet, mit schwersten Kopf- und Körperverletzungen und noch immer in Lebensgefahr in der Chirurgie Heidelberg. Es gibt keine offizielle Anklage gegen ihn und keinen Haftbefehl - am Montag und Dienstag rücken die beiden Tageszeitungen mit einer ziemlich absurden Gangsterstory heraus - und dies trotz absoluter Nachrichtensperre: Hermann gehöre einer großen, bisher aber wenig bekannten Terrororganisation an, die Anschläge auf den Bürgermeister von Mainz, eine israelische Exportfirma in Frankfurt und einen Brandanschlag auf den Königssaal des Heidelberger Schlosses unternommen habe. Außerdem sei ein Anschlag auf das argentinische Konsulat in München geplant gewesen. Was wir aus den Zeitungen nicht erfahren - wo diese "Informationen" herstammen - steht im Haftbefehl gegen Hermanns Freundin, Sybille Straub. Dort heißt es lapidar: "Aufgrund der Ermittlungen . . ." und von einem "Gepräc

"Aufgrund der Ermittlungen. . ." und von einem "Gespräch" mit Herrmann ist die Rede, in dem er seine Freundin schwer belastet haben soll. Es ist juristisch unhaltbar und kriminell einen im Sterben liegenden unmittelbar nach einer mehrstündigen Operation, unter Schock- und Medikamenteneinwirkung stehenden Menschen auszuquetschen, zumal bei diesem Ver-



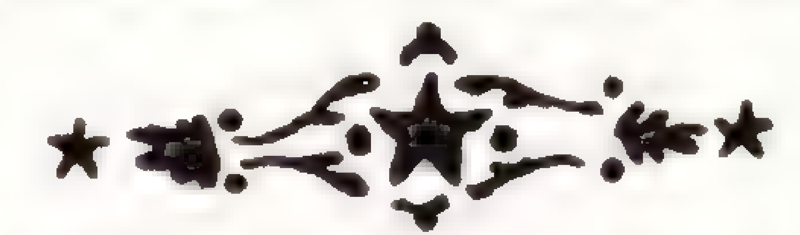
"WAS DAMALS RECHTENS WAR,
KANN HEUTE NICHT UNRECHT SEIN."

hör nur Ermittlungsbeamte anwesend waren. Seither befindet sich Herrmann unter strenger Polizeibewachung, Freunde dürfen ihn nicht besuchen, laut Aussage der Polizei will er auch keinen Anwalt. Ein Halbtoter liegt hier in Polizeigewahrsam sorgsam von der Außenwelt abgeschirmt und die Polizei steckt seine Freundin in Isolationshaft nach Stammheim, einzig und allein wegen Aussagen, die sie ihm angeblich abgepreßt haben und deren unabhängige Prüfung sie nicht zulassen. Es heißt, er sei nicht vernehmungsfähig "Ein menschliches Wrack"(Tageblatt, 26.6.).

Aus dem Gedächtnisprotokoll von Sybilles Freunden: Sie will am Freitag Morgen Herrmann besuchen. Gegen 10 Uhr trifft sie dort ein und sieht die Absperrungen der Polizei. Sie fragt ahnungslos nach dem Grund der Absperrung und sagt, daß sie ihren Freund besuchen wolle, der im Hinterhaus wohne, wird aber abgewiesen. Beunruhigt geht sie zu Freunden von Herrmann um sich dort nach ihm zu erkundigen. Sie wissen auch nichts, haben aber schon am Vorabend in einer Kneipe etwas von einer Bombenexplosion gehört. Aus der jetzt hochkommenden Angst, das auch Herrmann etwas zugestoßen sein könnte, wird Gewißheit, als sie die Tageszeitung aufschlagen, mit Fotos von seinem völlig zerstörten Zimmer. Sybille geht gleich zu einem früheren Anwalt von Herrmann,um sich dort nach Herrmann zu erkundigen. Sie verbringt dort den ganzen Tag, versucht mit Herrmanns Eltern Kontakt aufzunehmen, um einen Anwalt bestellen zu können. Der Vater lehnt es ab, die Beamten hätten ihm versichert es gehe jetzt vorrangig nur um Herrmanns Gesundheit und sie müßten ihn schützen, weil es Leute gäbe, die ihn beseitigen wollen. Sybille ist fertig, sie will nicht allein sein - läßt sich von Freunden im Anwaltsbüro abholen. Als sie bei Rot vor einer Ampel halten, springen aus den Autos neben ihnen mehrere Zivile mit vorgehaltenen MP's, zerren alle drei aus dem Auto, fesseln sie mit Handschellen aneinander und bringen sie auf's Revier. Die Verhöre fanden getrennt statt und seither weiß keiner mehr so genau, was Sybille zusätzlich zu dem Schock, was ihrem Freund passiert ist, alles über sich ergehen lassen mußte. Ihre Freunde waren über die Art der Verhaftung genauso verblüfft wie darüber, daß die Polizisten ihnen jetzt eröffneten, daß gegen sie wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ermittelt wird. Nach Leibesvisitation, erkennungsdienstlicher Behandlung und Wohnungsdurchsuchung - wobei ihnen ein Anwalt verweigert wurde - wurden sie jedoch wieder freigelassen, mit der Bemerkung, daß sie ja nur Zeuge in dem Verfahren seien.

Sybille bedindet sich jetzt seit Anfang der Woche in Isolationshaft in Stammheim, Freunde dürfen sie nicht besuchen, Pakete usw. werden für sie nicht angenommen. Ihr Anwalt darf sie nur nach vollständiger Leibesvisitation unter Überwachung besuchen, sie ist durch eine Panzerglasscheibe von ihm getrennt.

Sybilles Freunde beteuern, daß die erhobenen Vorwürfe absurd sind. Selbst aufgrund geltender Gesetze besteht kein ausreichender Haftgrund. Und die Behörden sind diese der Öffentlichkeit bis heute schuldig geblieben. Viele, die Sybille von Veranstaltungen, Festen, Frauengruppen, den CA usw. kannten, solidarisieren sich mit ihr und fordern ihre sofortige Freilas-



## NEUER TAUGLICHER (? ) VERSUCH, GEGEN DEN GEFANGENENRAT ENDLICH DAS VERFAHREN ZU ERÖFFNEN

Frankfurt 28.6.78 Am Mittwoch, den 5.7.78 soll im Gerichtsgebäude A, Raum 146 ein Prozeß gegen Günter Gerlach und Norbert Brunner beginnen, denen unter anderem vorgeworfen wird, im Frankfurter Gefangenenrat mitgearbeitet zu haben und somit Mitglieder einer "kriminellen Vereinigung" gewesen zu sein.

Das Verfahren gegen die beiden ist von dem Hauptverfahren gegen 10 ehemalige Mitglieder des Gefangenenrates abgetrennt worden.

Im Pflasterstrand Nr. 33 (Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90) steht zum Prozeß:

Schon mehrmals hat die hiesige Staatsschutzkammer erfolglos Anlauf genommen, das Hauptverfahren gegen 10 ehemalige Mitglieder des Gefangenenrats zu eröffnen; den großen Prozeß hat man bisher gescheut. Nun ist, wie jetzt erst bekannt wurde, das Verfahren gegen die beiden Genannten abgetrennt worden.
Soll hier eine rechtskräftige Vorverurteilung der übrigen Beschuldigten in deren Abwesenheit erzielt werden oder ist das nur ein erneuter verzweifelter Versuch mit diesem unseligen Verfahren überhaupt noch mal zu Rande zu kommen?
Aus der Anklageschrift läßt sich diese Verfahrensabtrennung jedenfalls nicht logisch herleiten. Was jedoch die beiden Angeklagten offenbar verbindet, scheint die Auffassung der Justiz zu sein, daß sie der Anklage keinen großen Widerstand entgegensetzen werden.
Für die Untersuchung der Anklagevorwürfe, die immerhin 129 Seiten umfassen, sind ganze 5 Prozeßtermine vorgesehen. Die Ladung von Zeugen wird offenbar als überflüssig angesehen.
Ob diese Rechnung aufgeht, ist jedoch noch unklar:
So haben die bisherigen Aussagen von Günther Gerlach eine Geschichte voller Wechsel und Wendungen hinter sich. So geschah es, daß Gerlach, nachdem er im Zusammenhang mit den Verhaftungen von GR-Mitgliedern im Dezember 1975 auch "einwanderte", als einziger am 26.4.76 wieder frei kam, aufgrund einer Aussage, in der er den GR verschiedener Delikte, unter anderem auch der Planung eines Mordes an dem Butzbacher Gefängnisleiter Künkeler, bezichtigte. Kurze Zeit später widerrief er diese Aussage in einer öffentlichen Erklärung:
*"(. . . ) Obwohl gegen uns kein sonderliches Beweismaterial vorlag, erging Haftbefehl wegen Verdachts des Vergehens nach § 129 und Waffenbesitz. (. . . )*
*Alle anderen Äußerungen, wie bei der Unterredung am 19.3.76 mit U-Richter Jakubski, Staatsanwalt Winkel, drei mir namentlich nicht bekannten Männern des LKA, sowie Anstaltsleiter Klüsener, meine Angaben bei der mündlichen Haftprüfung am 26.4.76 halte ich für erpreßt und somit ungültig. Ich wurde unter seelischen und körperlichen Druck gestellt und fast 5 Monate von der politischen Polizei bearbeitet und für die besagten Aussagen vorbereitet. Man wollte von mir Falschaussagen um jeden Preis, weil man die Vorwürfe gegen den Gefangenenrat nicht erhärten konnte. (. . . )*
*Da ich der gewünschten Arbeit - als V-Mann - zu arbeiten, nicht nachkommen werde, muß ich mit einer erneuten Festnahme rechnen.*
*Auch bekenne ich mich nach wie vor zur Arbeit des Gefangenenrats Frankfurt und sehe in dieser Organisation keine kriminelle Vereinigung. (. . . )*
*Bei der Verhandlung werde ich zugegen sein und die hier gemachte Erklärung im Detail schildern. (. . . )"*
*(Günther Gerlach*
Dazu hätte er ja nun die Gelegenheit.
Sein Widerruf schien Gerlach sehr schlecht zu bekommen, denn kurz darauf wurde er - angeblich wegen "Autogeschichten" - im Mai 76 wieder verhaftet. Dort, erneut Staatsanwaltschaft und LKA ausgesetzt, wiederrief er eiligst erneut seinen Widerruf und belastete den GR von Neuem.
Man darf nun gespannt sein, was Günther Gerlach in der öffentlichen Verhandlung erzählen wird.
Mit Spannung dürfte von allen Beteiligten auch die Aussage Norbert Brunners erwartet werden, bei der ebenfalls noch alles offen zu sein scheint.
Wer sich darüberhinaus noch informieren will, kann das durch die Broschüre "ALLES UNTER VERSCHLUSS" tun. Zu beziehen über Justizgruppe c/o AStA, oder die Karlt Marx Buchhandlung. Ferner: "Knastalltag am Beispiel Mannheim" Verlag 2000 (Über den "Mannheimer Gefängnisskandal")

sung, uneingeschränkte Besuchserlaubnis und einen Anwalt für Herrmann.

**Kontakt: Frauenbuchladen, Friedrich Ebert Anlage 51b, 69 Heidelberg, Tel. 06221/22201**

## ... UND WOHNE JETZT DUMMERWEISE IN WESTBERLIN

FRANKFURT 18. Mai *Vier Leute aus der Deutschen Demokratischen Republik, die aus ihrem Land ausgebürgert worden sind – Bernd Markowsky, Michael Sallmann, Thomas Evler und Rudi Moldt – haben am 31. März, während des Russell-Tribunals, auf einer Veranstaltung für die Opposition in der DDR gesprochen. Ihre Beiträge sind zum allergrößten Teil veröffentlicht worden, und zwar in der „Roten Fahne" vom 12. April. (Ich habe einen Druckfehler entdeckt, den ich niemand vorenthalten will, danach soll Dutschke gesagt haben, nach Meinung der KPD habe Stalin nach 1945 in Deutschland „eine wichtige Politik" gemacht).*
*Einen Abschnitt über die repressive Gesetzgebung und Justizpraxis in der DDR von Rudi Moldt, der nicht veröffentlicht wurde, aber sehr informativ ist, drucken wir hier ab.*

Ich habe das Strafgesetzbuch der DDR (Ausgabe von 1975) zur Hand und möchte auf einige Gesetze, die sich gegen elementare Menschenrechte richten, etwas näher eingehen.

Im Kapitel "Verbrechen gegen die Deutsche Demokratische Republik" gibt es z.B. die Paragraphen "Sammlung von Nachrichten" und "Staatsfeindliche Gruppenbildung". Wegen angeblicher staatsfeindlicher Gruppenbildung wurde Bernd Markowsky zusammen mit den anderen Jenaer Genossen inhaftiert (November 1976). Sie hatten eine Unterschriftensammlung gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns durchgeführt. Es gibt die Paragraphen "Staatsfeindliche Verbindungen" und "Staatsfeindliche Hetze". Auf der Grundlage dieses Paragraphen wurden Thomas Eyler, Heike Waterkotte und auch ich verhaftet und verurteilt.

Ich habe nicht die Absicht, jetzt alle diese Paragraphen zu zitieren, sondern möchte mich auf den § 106 "Staatsfeindliche Hetzte" beschränken, der ein sehr zentraler Paragraph ist und der es den DDR-Behörden immer wieder ermöglicht, unliebsame Bürger einzusperren. Der Wortlaut dieses Paragraphen ist:

*"Wer mit dem Ziel, die sozialistische Staats- oder Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik zu schädigen oder sie gegen sie aufzuwiegeln,*

*1. Schriften, Gegenstände oder Symbole, die die staatlichen, politischen,ökonomischen oder anderen gesellschaftlichen Verhältnisse der Deutschen Demokratischen Republik diskriminieren, einführt, herstellt, verbreitet oder anbringt;*
*2. Verbrechen gegen den Staat androht oder dazu auffordert, Widerstand gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik zu leisten;*
*3. Repräsentanten oder andere Bürger der Deutschen Demokratischen Republik oder die Tätigkeit staatlicher oder gesellschaftlicher Organe und Einrichtungen diskriminiert;*
*4. den Faschismus oder Militarismus verherrlicht, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft.*

*Wer zur Durchführung des Verbrechens Publikationsorgane oder Einrichtungen benutzt, die einen Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik führen oder das Verbrechen im Auftrage derartiger Einrichtungen oder planmäßig durchführt, wird mit Freiheitsstrafe von zwei bis zu zehn Jahren bestraft.*

*Im Fall des Absatzes 1 Ziffer 3 ist der Versuch, in allen anderen Fällen sind Vorbereitung und Versuch strafbar."*

Wer diesen Paragraphen aufmerksam liest, dem wird auffallen, daß viele Formulierungen sehr unkonkret und dehnbar sind und somit der Stasi fast unbegrenzte Möglichkeiten gegeben sind, unbequeme Personen einzusperren. Dazu zwei Beispiele:

Ein DDR-Bürger ist im Besitz von politischen Büchern, die in der DDR verboten sind, z.B. Bücher von Rudi Dutschke, Robert Havemann oder Ota Sik. Gibt er diese Bücher einem Bekannten zum Lesen, so macht er sich des Staatsverbrechens der Verbreitung staatsfeindlicher Hetze schuldig und wird zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt.

Das zweite Beispiel: Im März 1977 wurde ein Ost-Berliner Student verhaftet, weil er in privatem Kreis selbstkomponierte Lieder und Lieder von Biermann gesungen hat. Er wurde zu drei Jahren und sechs Monaten verurteilt.

Ich möchte noch anmerken, daß diese Formulierung und Strafzumessung des § 106 im Strafgesetzbuch der DDR im Mai 1977 drastisch verschärft wurden.

Das 8. Kapitel des Strafgesetzbuchs ist überschrieben: "Straftaten gegen die staatliche Ordnung". Dazu gehört der § 213 "Ungesetzlicher Grenzübertritt" (das ist der berüchtigte Republikfluchtparagraph, der eine Strafe bis zu fünf Monaten ermöglicht). Ferner gehören dazu die Paragraphen "Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit", "Ungesetzliche Verbindungsaufnahme", "Staatsverleumdung", "Mißachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole" (das Herunterreißen einer DDR-Fahne kann eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren zur Folge haben), sowie auch die Paragraphen "Rowdytum" und "Zusammenrottung". Auf der Grundlage dieser beiden Paragraphen wurden junge Leute verhaftet, die sich an der Demonstration am 7. Oktober 1977 auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz beteiligten.

Bemerkenswert ist, daß nicht nur die Ausführung (teilweise auch Vorbereitung und Versuch) dieser sogenannten Straftaten verfolgt wird. Selbst Personen, die Kenntnis davon erlangen und dies nicht unverzüglich zur Anzeige bringen, können zu einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren, in besonders schweren Fällen bis zu zehn Jahren verurteilt werden. Auch die Paragraphen 47 und 48, die unter der Überschrift "Maßnahmen zur Wiedereingliederung" zusammengefaßt sind, belegen den repressiven Charakter des Strafgesetzbuchs der DDR. Beide Paragraphen berechtigen das Gericht, Maßnahmen festzulegen, die nach der Haftentlassung in Kraft treten und die die Rechte des Haftentlassenen drastisch einschränken. Der Paragraph 47 kann gegen Personen angewandt werden, die bereits mehrfach straffällig geworden sind (etwa wenn jemand das zweite Mal versucht hat, aus der DDR abzuhauen). Der Verurteilte kann verpflichtet werden, einen ihm zugewiesenen Arbeitsplatz nicht zu wechseln. Er kann verpflichtet werden, sich in bestimmten Orten oder Gebieten der DDR nicht aufzuhalten (wenn es "zum Schutze der gesellschaftlichen Ordnung oder Sicherheit der Bürger geboten ist", oder um "die Fortsetzung seiner Beziehungen zu Personen, die einen schädlichen Einfluß auf ihn ausgeübt haben oder auf die er einen schädlichen Einfluß ausgeübt hat, zu verhindern" (§ 51). Nach § 52 kann die Aufenthaltsbeschränkung für die Dauer von 2 bis 5 Jahren oder sogar unbegrenzt ausgesprochen werden. Die Nichteinhaltung dieser Auflagen kann nach § 238 ("Verletzung von gerichtlichen Maßnahmen und von Zusatzstrafen") mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren geahndet werden.

Gemäß § 48 kann das Gericht auf staatliche Kontrollmaßnahmen eines Haftentlassenen durch die Deutsche Volkspolizeit erkennen.

*"Die Auflagen können enthalten: 1. die Verpflichtung zur Meldung bei einer Dienststelle der Deutschen Volkspolizei, einschließlich der vorherigen Mitteilung eines Arbeitsplatz- oder Wohnungswechsels sowie zusätzliche Meldepflichten; 2. die Untersagung des Aufenthalts an bestimmten Orten oder Gebieten, des Besuchs bestimmter Örtlichkeiten oder des Umgangs*

*mit bestimmten Personen; 3. die Anordnung , den zugewiesenen Aufenthaltsort und den zugewiesenen Arbeitsplatz nicht ohne Zustimmung der Deutschen Volkspolizei zu wechseln. 4. Die Beschränkung von Ausreisemöglichkeiten aus dem Gebiet der Demokratischen Republik. – Die Festlegung mehrer Auflagen ist zulässig. Außerdem können stattliche Erlaubnisse und Genehmigungen durch die zuständigen Organe versagt, entzogen oder eingeschränkt werden. Die Kontrolle und Durchsuchung der Aufenthaltsräume, der Wohnung und anderer umschlossener Räume durch die Deutsche Volkspolizei ist jederzeit zulässig (!). Die Dauer der staatlichen Kontrollmaßnahmen beträgt mindestens ein Jahr und höchstens fünf Jahre."*

Man stelle sich vor, daß sich jemand fünf Jahre lang täglich bei der Volkspolizei melden muß ! (Die Nichteinhaltung dieser Auflagen kann wiederum nach § 238 bestraft werden.)

Es wundert wohl nach dem bis jetzt Gesagten niemanden mehr, daß es auch einen Berufsverbotsparagraphen für Haftentlassene gibt. Das ist der § 53:

*"Das Tätigkeitsverbot kann zusätzlich zu einer Freiheitsstrafe oder Verurteilung auf Bewährung ausgesprochen werden, wenn es im Interesse der Gesellschaft notwendig ist, ihm die Ausübung dieser Tätigkeit zeitweilig oder für dauernd zu untersagen."*

Und was „im Interesse der Gesellschaft notwendig ist", entscheidet natürlich die Bürokratie, bei politischen Prozessen in der Regel unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Ich bin hier nur auf einen Teil der inhumanen politischen Strafgesetze der DDR eingegangen. Aber ich denke, es ist trotzdem deutlich geworden, daß diese Gesetzgebung mit Diktatur des Proletariats und sozialistischer Demokratie nichts zu tun hat, sondern in krassem Widerspruch dazu steht. In der DDR herrscht eine bürokratische Diktatur über das Proletariat ...

Es reicht nicht aus, wenn wir uns für die Freilassung politischer Gefangener in der DDR einsetzen. Wir müssen gegen die Existenz, Anwendung und Auslegung der repressiven politischen Strafgesetzgebung protestieren.

Ferner ist offensichtlich, daß diese Gesetze zum großen Teil völkerrechtlich bindenden Verträgen, die auch die DDR unterzeichnet hat – etwa der Internationalen Konvention über politische und Bürgerrechte – widersprechen. Diese Gesetze widersprechen zum Teil auch der Verfassung der DDR, in der die Freiheit der Meinung, der Demonstration, der Versammlung, der Vereinigung und der Presse garantiert sind.

*Die in der "Roten Fahne" erschienen Redebeiträge bekommt ihr beim Verlag Rote Fahne, Kamekestr. 19, 5000 Köln 1, Tel. 0211/528946 – Das Komitee gegen politische Unterdrükkung in beiden Teilen Deutschlands ist zu erreichen über Ulrike Hill, Schwanthalerstr. 52, 6000 Frankfurt 70, Tel. 0611/615286*

## ID BIBLIOGRAPHIEGRAPHIEBIBLIOGR ID APHIE

**Rotbuch Verlag, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30**

*Gerhard Seyfried: Wo soll das alles enden? 1 kleiner Leitfaden durch die Geschichte der undogmatischen Linken. 1001 Zeichnungen; 8.00 Kauft haufenweise und sofort dieses berauschende Buch bevor sämtliche Alternativzeitungen die neuen Seyfried Cartoons übernommen haben !

*3. Internationales Russell-Tribunal. Zur Situation der Menschenrechte in eder Bundesrepublik Deutschland. Band 1. Die offizielle Publikation über die Verhandlungen der Jury. 8.00. Materialien, Protokolle und Ergebnisse der ersten Sitzungsperiode.

*Fernando Claudin: Zukunft des Eurkommunismus. 9.oo. Der Autor war eine Größe in der spanischen KP, dann aber ausgeschlossen und schreibt nun in kritischer Solidarität über die Eueurokommunisten.

*Fernando Mires: Kuba; die Revolution ist keine Insel. 9.00. Der Exil-Chilene Mires sagt es gibt zwei kubanische Revolutionen: eine, die es gab und eine andere, von der man sich wünschte, daß es sie gebe.

*Vera Kamenko: Unter uns war Krieg. Autobiographie einer jugoslawischen Arbeiterin. Mitgearbeitet: Marianne Herzog. 7.00 Die Geschichte von Ehe, Arbeit und Knast in Jugoslawien und Deutschland.

*Kursbuch 52: Utopien I, Zweifel an der Zukunft. 8.00. Ein Thema das man sich merken sollte.

**Trikon Verlag, Kistlerstr. 1, 8 München 90 (äh.. Trikont)**

Herbert Röttgen/Florian Rabe: Vulkantänze. Linke und alternative Ausgänge, 10.00. Warum wurden Castaneda und Bukowski so leidenschaftlich gelesen? Ganz nebenbei huepfen wir durch die Geschichte des Festes.

**Trikont Plattenproduktion und Vertrieb "Unsere Stimme"**

Musik von und mit Indianern:

*Willi Dunn / Akwesasne Notes. 18.00. Ist musikalisch voll auf der Höhe guter Folkmusik, mit Texten aus dem indianischen Leben und Widerstand. Aufregend !

*Floyd Westermann: Custer died for your sins. 18.00. Die Lieder dieses Kriegers mit Gitarre sind unter Indianern verbreitet und populär. Die Texte sind direkt und zupackend, die Musik nicht besonders variabel.

*Ulrich Hundt & Schröders Roadshow: Auf freiem Fuß. 18.00. Deutschtextige Rockgruppe mit Skandalzuschlag. Manche Lieder sind stark und wüst - andere wüst und dumm. Trotzdem ein erstaunlich neuer Ton.

*Heiner Goebbels/Alfred Harth: Vier Fäuste für hanns Eisler. 18.00. Nach dieser Platte soll noch einer behaupten, mit Jazz und Improvisation könnten die Linken nichts anfangen; hier ist der pfiffige Gegenbeweis.

**Merve Verlag, Postfach 327, 1 Berlin 15**

Jean-Francois Lyotard: Intensitäten. 10.00. Erfuhr im 'Pflasterstrand' eine gute Kritik.

*Thierry Wolton (Hg) Underground im Ostblock. 9.00. Authentische Berichte aus Osteuropa über Rockmusik, Jugend Gangs, Tramper und Schwarzhändler. Hört sich gut an !

**Komitee gegen die politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands, Postf. 2502 42; 5 Köln 1**

*Freiheit heißt die heiße Ware. Zur politischen Unterdrückung in der DDR. Materialien, Bilder und Berichte.

**Gruppe 'Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienst. c/o Dieter Schöffmann, Zülpicherstr. 234, 5 Köln 41**

* Dokumente zum Widerstand gegen die Wehrpflicht. 6,40. (incl.Porto)

* Feldzüge für ein sauberes Deutschland. Politische Erklärung gewaltfreier Aktionsgruppen in der BRD zu Terrorismus und Repression am Beispiel der Mescalero Affäre. 1.00 bezug: graswurzelrevolution, c/o Wolfgang Hertle, Großer Schippsee 28, 21 Hamburg 90.

**AG SPAK-Publikationen, Sclesische Straße 31. 1 Berlin 36**

*Jugendarbeit im Ferienlager. Erfahrungen, praktische Hinweise und theoretische Überlegungen, Autorenkollektiv, 10.00

**Jugend- und Drogenberatung Gießen, Schanzenstr. 16**

*Aktulelle Drogen Politik in der BRD. Gesellschaft, Drogen, Handel, Konsum.

**Pro media, internationaler literaturvertrieb ruth westerwelle, postfach 162, 1 Berlin 36**

*John Muir: Es lebe mein Volkswagen! Eine Reparaturanleitung für den Auto Trottel. Ein Ringbuch für 24.00. Die Übersetzerin dieses in USA erschienenen Buches hat anhand dieser Anleitung ihren VW in alle Einzelteile zerlegt und wieder zusammengebaut - das Auto fuhr wieder! Gilt für alle VW Typen und wird hocjhelobt. Die Grundinvestition für alle Freak-Werkstätten.

**Non konform, Studien von Zeitfragen, Postfach 70 0925, 6 Frankfurt 70**

*Das periodische Bulletin 'Non konform' bringt Informationen und Analysen zur Ökologie und Alternativ bewegung, über Grüne und Bunte Listen, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen, Alternnative Lebensformen, "Öko"-Faschismus

**Zero - Verlag und Vertrieb Carl-Heinz Urselmann, Bruckstr. 96, 4234 Alpen / Ndrh.**

*Zero, eine Zeitung für ganzheitliches Leben - wie es heißt- informiert regelmäßig über alternative Bewußtseins und Lebensformen, internationale Ökologie Diskussion und soziale Emanzipationsprozesse, mit Comi ics, Buch und Filmbesprechungen. Probeheft 3.00

**Neue Welt Film und Schallplatten, Hansaring 80, 5 Köln 1**

*Lieder gegen Panzer. Original Lieder aus der CSSR gegen den sowjetisch en Einmarsch von 68 und danach.. Tschechische Künstler, die damals in den freien Sendern zu hören waren und seitdem Auftrittsverbot haben, sind hier mit anderen Tondokumenten versammelt.

**Versuche - Saarländische Zeitschrift für Literatur und Grafik. c/o Bernd Schreiber Verlag, Türkenstr. 21, 66 Saarbrücken 3**

* Versuche 11 hat das Thema Frauenliteratur und bringt in Anthologieform Gedichte und Texte von Frauen, 4.00

## ANFANG JULI GIBT'S EIN FRAUENBLATT

Frankfurt 29.Juni *Vom Frauenbuchladen:*

„Liebe Frauen in Frankfurt (am Main - oder? ) und Umgebung.

Anfang Juli 1978 wird es endlich wieder ein ‚Frankfurter Frauenblatt' geben. Holen kann frau es zum Beispiel im Frauenbuchladen (Frankfurt Bockenheim, Kiesstr. 27 ).

Freundliche Grüße,eure Frauen vom Frankfurter Frauenblatt.

## REISE MIT DEM VIDEO-AUTO DURCH DIE BRD

HAMBURG 20. JUNI Der Medienladen e. V. aus Hamburg (eine seit einigen Jahren bestehende Videogruppe) und ich planen vom 15. Juli bis zum 4. August mit einem als Video-Auto umgebauten Mercedes-Krankenwagen eine Reise kreuz und quer durch die BRD zu machen.

Auf dieser Reise wollen wir möglichst viele Stadtteilfeste, [illegible]rnative Jahrmärkte, Volksfeste, Straßenfeste, Schützenfeste, Wochenmärkte, Kirchweihen, Rummelplätze, Theater-, Lieder-, Rockfestivals und kulturelle Veranstaltungen in Großstädten, Kleinstädten, Dörfern und Hinterhöfen besuchen. Wir haben zwei tragbare Videorecorder an Bord, eine Videoschnitteinheit und mehrere Vorführmonitore, sodaß wir auf diesen Veranstaltungen sowohl Videobänder aus unserem Archiv vorführen können, als auch an Ort und Stelle Aufnahmen machen können, die wir dann dort, oder auch anderswo zeigen wollen. Wir beabsichtigen mit dieser Reise einen Beitrag zur Kommunikation der Menschen untereinander in der BRD zu geben und wollen im Anschluß an unsere Fahrt einen zusammenfassenden Bericht über unsere Reise erstellen. Wir bitten deshalb alle Organisatoren der Feste und Veranstaltungen eine Postkarte an uns zu schicken mit Angaben darüber, wann und wo Veranstaltungen stattfinden und was dort laufen soll."

**Kontakt: Tillmann Scholl, Gärtnerstr. 67, 2000 Hamburg 20, Tel.: 040 / 491 16 88**

## RETTET DAS „THEATER AM TURM"

Frankfurt 29. Juni In Frankfurt/M. geht es, seit dem die CDU an der Macht ist, nach dem Kita-Projekt der zweiten fortschrittlichen Einrichtung an den Kragen: dem Kinder- und Jugendtheater TAT ( Theater am Turm). Seit etwa drei Jahren wird hier versucht, ein engagiertes Programm anzubieten — was vom Publikum zunehmend honoriert wird,wie volle Häuser zeigen. Nun ist der im Herbst 1979 endende Vertrag des Intendanten Herbert Treusch, der Anlaß, mit dem Intendanten auch das fortschrittliche Konzept loszuwerden — so jedenfalls sieht es aus. Die CDU-Mitglieder im Aufsichtsrat der TAT GmbH jedenfalls wollen den Vertrag mit dem Intendanten Treusch und damit der ganzen Schauspielergruppe und damit mit dem ganzen fortschrittlichen Konzept nicht verlängern. Der Magistrat, in dem die CDU ja seit einiger Zeit die Mehrheit hat, wird anfang Juli darüber entscheiden. Zur Unterstützung der Forderung nach Weiterbeschäftigung von Hermann Treusch und damit der Weiterführung des kritischen, an der Realität der Jugendlichen ansetzenden Programms können Briefe an den Magistrat oder Oberbürgermeister Walter Wallmann geschrieben und Unterschriften gesammelt werden.

**Weitere Informationen:**

**TAT-Betriebsbüro, Telefon: 0611 - 1521 248**

Unterschriften an: **Jost Krüger, Schleusenstr. 5, 6000 Frankfurt/M**



## DIE VIELEN PAPIERE

SÜDSEE 27. JUNI *Aus: Der Papalagi, die Reden des Südseehäuptlings Tuiavii aus Tiaves, Verlag Jakobsohn:*

„— Was ist dies, die vielen Papiere? — In diesen Papieren liegt die große Klugheit des Papalagi (weißer Mann). Er muß jeden Morgen und Abend seinen Kopf zwischen sie halten, um ihn neu zu füllen und ihn satt zu machen, damit er besser denkt und viel in sich hat.

. . . wenn der Alii (Herr) noch auf der Matte liegt, eilen schon Boten durchs Land und verteilen die vielen Papiere. Es ist das erste, wonach der Papalagi greift nachdem er den Schlaf von sich stieß. Er liest. Und alle Papalagi tun das Gleiche — sie lesen.

. . . Alles was geschieht und was die Menschen tun, wird mitgeteilt; ihre schlechten und guten Gedanken . . . Es geschieht und gibt nichts im weiten Lande, was diese Papiere nicht gewissenhaft erzählen. Der Papalagi nennt dies: „über alles gut unterrichtet sein." Er will unterrichtet sein über alles, was von einem Sonnenuntergang zum anderen in seinem Land geschieht. Er ist empört, wenn ihm etwas entgeht. Er nimmt alles gierig in sich auf. Obwohl auch Schrecklichkeiten mit verkündet werden und alles das, was ein gesunder Menschenverstand am liebsten ganz schnell wieder vergißt. Ja gerade dieses Schlechte und Wehtuende wird noch genauer mitgeteilt als alles Gute, ja bis in alle Einzelheiten, als ob das Gute mitzuteilen nicht viel wichtiger und fröhlicher wäre, als das Schlechte.

. . . wenn du nun deinem Bruder begegnest und jeder von euch hielt schon den Kopf in die vielen Papiere, so wird einer dem anderen nichts neues oder Besonderes mehr mitzuteilen haben, da jeder das Gleiche in seinem Kopf trägt, ihr schweigt euch also an oder wiederholt, was die Papiere sagen.

Aber dies ist es nicht, was die Zeitung für unseren Geist so schlecht macht, daß sie uns erzählt, was geschieht, sondern daß sie uns auch sagt, was wir darüber denken sollen über dies und das, . . . über alle Geschehnisse und alles Tun der Menschen. Die Zeitung möchte alle Menschen zu einem Kopfe machen, sie bekämpft meinen Kopf und mein Denken. Sie verlangt für jeden Menschen ihren Kopf und ihr Denken. Und dies gelingt ihr auch. Wenn du am Morgen die vielen Papiere liest, weißt Du am Mittag, was jeder Papalagi in seinem Kopf trägt und denkt.

Die Zeitung ist auch eine Art Maschine, sie macht täglich viele neue Gedanken . . . aber die meisten dieser Gedanken sind schwache Gedanken ohne Stolz und Kraft, sie füllen unseren Kopf mit viel Nahrung, aber machen ihn nicht stark. Wir könnten gerade so unseren Kopf mit Sand füllen.

. . . die vielen Papiere haben den Papalagi zu dem gemacht, was er ist: zu einem schwachen irrenden Menschen, der das liebt, was nicht wirklich ist, nicht mehr erkennen kann, der das Abbild des Mondes für den Mond selber hält und die Zeitung für das Leben selber."

## MASSAKER IN GUATEMALA: 150 INDIANER VON DER ARMEE GETÖTET

Über 60 % der Bevölkerung von Guatemala sind Indianer: Hochlandbauern, Tagelöhner ohne eigenes Land. In keinem anderen mittelamerikanischen Land ist der Anteil an reinen Indios so hoch.

Diese Indianer kämpfen nicht nur gegen die Großgrundbesitzer, ihre Privatarmeen und die Administration, die ihnen ihre Länder wegnehmen, sondern auch für die Erhaltung ihrer traditionellen Communen, ihrer Bräuche, Riten, ihre Geschichte und Sprache.

Die Armee hat 150 von ihnen getötet, am 29. Mai im Dorf von Panzos. Der Konflikt von Panzos begann 1965. Damals hatte das "Institut Nacional de transformacion agraria" INTA kleine Parzellen Land an mehrere indianische Familien verteilt, die sie durch offiziellen Ankauf erworben hatten. Dabei gab die INTA den Bauern jedoch niemals die Besitzurkunden, die ihnen zustanden. Dies diente den Großgrundbesitzern als Vorwand um die Indianer auch noch von diesen Ländern zu vertreiben.

Über das unklare Verhalten der INTA empört, mobilisierten sich immer mehr Bauern von Panzos. Die ganze Region wurde von der Unruhe ergriffen. Die Bauernzentrale schickte einen Brief an den Bürgermeister von Panzos um ihn um Stellungnahme zu bitten. Am 29. Mai versammelten sich 700 betroffene Bauern vor dem Rathaus von Panzos. Sie wollten den Bürgermeister sprechen. Dieser war nicht da.Aber einige Großgrundbesitzer und 150 Soldaten der Spezialeinheit von Zacapa hatten den Platz umstellt. Der Führer der Großgrundbesitzer (auch Führer der rechtsradikalen Liberacion Nacional) erklärte, daß er von der Hauptstadt authorisiert sei, diese Demonstration zu zerschlagen. Wenige Minuten später starben über 150 Bauern unter den Kugeln der Soldaten. Die anderen Bauern flüchteten in die Berge, so daß die Zahl der Verletzten unbekannt ist.

Jetzt suchen mehrere Bataillone Soldaten die Gegend ab um die letzten Überlebenden zu finden und zu töten. Diese Ereignisse zeigen, welche Macht eine Handvoll Grundbesitzer haben, in deren Händen das Land ist. Die Kirche und alle gewerkschaftlichen und studentischen Organisationen haben das Massaker verurteilt. Die Bestürzung und Trauer ist groß in Guatelmala.

Die Regierung wies nach den Ereignissen die Verantwortung von sich und bezeichnete die Führer der Linksorganisationen als Urheber des Aufruhrs und als Schuldige. Christliche Organisationen, besonders Organisationen von Nonnen, wurden davor gewarnt, den Aufruhr zu unterstützen und "die Ordnung im Land" zu gefährden. Eine Nonne wurde sofort nach El Salvador ausgewiesen.

In Frankreich wurde eine Solidaritätskampagne für Guatemala gebildet: Alle Organisationen der extremen Linken, wie alle christlichen und lateinamerikanischen Organisationen rufen internationale humanitäre Organisationen (wie Rotes Kreuz) auf, um einen Untersuchungsausschuß nach Guatemala zu schicken und die Bauern vor der Repression zu retten. Unterschriften für diese Petition werden gesammelt in Frankreich:

**"Comite de soldarite avec les peuples d'Amerique Centrale"**
**67, rue du Theatre, 75015 Paris**

## BELLAVITA BLEIBT

PARIS
7. Juni

Antonio Bellavita, der frühere Leiter des italienischen Informationsbulletins, "Controinformazione" darf in Frankreich bleiben. Das Pariser Appelationsgericht, das im letzten Jahr die Auslieferung von Klaus Croissant an die deutschen Behörden beschloß, entschied sich in diesem Fall gegen die italienischen Behörden, die Bellavitas Auslieferung verlangten. Die italienische Staatsanwaltschaft beschuldigte ihn wegen verschiedener presserechtlicher Delikte, vor allem wegen dem Abdruck von Komandoerklärungen der Brigate Rosse, und warf ihm geistige Komplizenschaft vor. Antonio Bellavita lebte seit zwei Jahren legal und registriert in Frankreich und arbeitete als Offsetmonteur bei Liberation, bevor er von der französischen Polizei verhaftet wurde. Das Pariser Appelationsgericht verwarf die Vorwürfe der italienischen Behörden als politische Anklagen, die nicht unter das italienische-französische Auslieferungsabkommen fallen. (Siehe auch: ID 227)

## AUSSTELLUNG: ‚GEGENKULTUR'

PARIS
JUNI 78

*Aus Paris erhielten wir folgenden Hinweis zum Thema Gegenkultur:*

Nach dem Erfolg der Ausstellung „Belleville mon amour '77", organisiert von den Besetzern der Villa Faucheur und nach der Ausstellung „Showbiz" in Saint-Germain des Prés a l'Athanon, organisiert von der M.L.A. (Bewegung für die Befreiung der Kunst) veranstalten diese beiden Gruppen eine internationale Ausstellung alternativer Kunst — Gegenkultur im Centre Culturel Beaubourg, Paris.: Kino, Fotografien, Malerei, Musik, Theater und alle Formen der Kunst.

Diejenigen, die an dieser Ausstellung teilnehmen wollen, können sich wenden an:

**Collectif expo contre-culture — c/o Jean Floczek —**
**93 avenue de la république — 75011 Paris.**

## HOCHSCHULREFORM IN FRANKREICH

PARIS
Mai 78

*eine Meldung des vds:*

Die Angriffe gegen die Hochschulen und gegen wissenschaftliche Ausbildung generell sind keine nationale Erscheinung. In fast allen europäischen Ländern wird die Hochschulausbildung "reformiert" und in unterschiedlicher Form den Interessen der Wirtschaft untergeordnet. So wurde am 16. Januar 1976 in Frankreich eine sog. Hochschulreform verabschiedet, die mit dem deutschen Hochschulrahmengesetz vergleichbar ist. Die Studenten in Frankreich organisierten gegen dieses Gesetz Ostern 76 einen Generalstreik an allen Universitäten und Massendemonstrationen mit ca. 50 000 Studenten in Paris. In Frankreich existiert keine Verfaßte Studentenschaft als Zwangskörperschaft wie bei uns sondern staatsunabhängige Studentengewerkschaften (UNEF- union National des Editions de France), die in der Organisierung der Streiks wesentlich beteiligt waren.

Wer ist die UNEF?
In Frankreich gibt es seit Jahrzehnten die Studentengewerkschaft UNEF, die an allen französischen Universitäten verankert ist. Nach der Niederlage des Generalstreiks von 11 Millionen französischen Arbeitern im Mai-Juni .'68 versuchte die Regierung De Gaulle an allen Universitäten sog. "Verwaltungsräte" einzurichten. An der Frage der Beteiligung an diesen Organen spaltete sich die UNEF in UNEF-Renouveau und UNEF Syndicale Die UNEF-Renouveau wurde hauptsächlich von der KPF und CGT gestützt und umfaßte ca. 20 % der Gesamt-UNEF.

Die Studenten verweigerten - wie die UNEF - Sindical - die Beteiligung an diesen Mitbestimmungskremien und zogen den Weg des Kampfes vor. Immer weniger Studenten beteiligten sich an den Wahlen zu diesen Gremien:
1969-70: 33 % Wahlbeteiligung
1971-72: 18% "
1973-74 6 % "

Doch lassen wir die UNEF-Syndicale selbst sprechen:
": Die UNEF hat trotz der Spaltung angefangen, ihre Organisation wieder aufzubauen, wieder die Gewerkschaft aller Studenten zu werden. Ihre Anhängerzahl ist von 15 000 auf 25 000 Studenten gestiegen. Ihr Sitz in Paris und ihre Räume in der Provinz sind die, die die UNEF seit Jahrzehnten besitzt. Sie hat heute wieder Sektionen in jeder Universität Frankreichs, und die Zahl ihrer Zusammenschlüsse (CA = Aktionskomitee oder AGE "allgemeine Studentenvereinigung) beläuft sich auf 415.
Natürlich ist die UNEF nicht die einzige Tendenz der französischen Studentenbewegung. Die UNEF-Renouveau besteht weniger durch das Vertrauen, das ihr die Studenten entgegenbringen, als durch die vielfache Hilfe von Seiten der KPF und der CGT.

Die UNEF erhebt keinen Anspruch auf eine Monopolstellung Aber angesichts der Abwesenheit von demokratischen Vollversammlungen in jeder Universität, die von beiden UNEF's einberufen wurden und wo sich eine Mehrheit herausbilden könnte, betrachtet sich die UNEF heute als die Gewerkschaftsorganisation der Studentenbewegung in Frankreich, die am zusammenhängendsten und repräsentativsten ist. Sie sucht jedoch nicht andere Tendenzen zurechtzuweisen, noch auszuschließen, sondern betrachtet im Gegenteil die Einheit der Tendenzen der Studentenbewegung als notwendig ..."
(Auszug aus einer Broschüre der UNEF für den VDS-Kongreß im März 1974, zu dem sie eingeladen war).

**Warum ein Generalstreik an den französischen Universitäten oder Wie sich die französischen Bildungsbürokraten die ,reformierte' Universität vorstellen**

Mit einem neuen Erlaß sollte der "zweite Zyklus" (das 3. und 4. Universitätsjahr) aller Studiengänge reformiert werden, mit der Absicht, eine bessere Eingliederung der Studenten in den Arbeitsmarkt zu erreichen.

Die neuen Diplome werden vom Staat anerkannt, nachdem sie in jeder Disziplin von sog. "technischen Untersuchungsgruppen" untersucht und vorgeschlagen wurden, wobei mindestens 1/3 der Mitglieder Vertreter der "Geschäftswelt" sind. Offensichtlich bedeutet dies, daß die neuen Diplome den unmittelbaren Bedürfnissen der regionalen Unternehmer entsprechen und daß die Diplome keine nationalen mehr, sondern universitätsspezifische, also regionale Diplome sind: ein Student hat nicht mehr die gleichen Chancen, einen Job zu finden entsprechend der Universität, von der er kommt.

In Frankreich, wo alle Universitäten staatlich sind, bedeutet dies die Zerstörung des nationalen Erziehungssystems. Die Diplome werden vom Staat nur für 5 Jahre anerkannt: so kann ein Diplom abgeschafft werden, wenn es eine neue ökonomische Situation (z.B. Anwachsen der Arbeitslosigkeit) verlangt.
Ferner wurde versucht, mit verschiedenen Methoden für bestimmte Regionen einen versteckten numerus clausus einzuführen.

Die einhellige Meinung von Studentenorganisationen, Lehrervereinigungen, Gewerkschaften, etc., war, die Reformen zu verurteilen und von der Regierung die sofortige Rücknahme zu fordern.

**Der Charakter der Studentenbewegung oder Wie man solche ,Reformen' verhindern kann**

Es ist interessant auf dem Hintergrund unserer Erfahrungen mit dem bundesweiten Streik, der von der VDS beschlossen wurde, den Charakter der Bewegung 76 in Frankreich darzustellen.
Seit den Osterferien (19.3. - 4.4.76) hielten mehr als 45 Universitäten Vollversammlungen mit Tausenden von Studenten ab und beschlossen den unbefristeten Generalstreik, bis ihre Forderung - die völlige Rücknahme des Erlasses - von der Regierung erfüllt ist. Jede Vollversammlung wählt ein Streikkomitee und eine Delegation von 5 Leuten, die sie in der "nationalen Koordination der Streikkomitees" zu vertreten hatten. Diese Leute, haupsächlich Mitglieder von Gewerkschaften oder politischen Vereinigungen, werden proportional gewählt.

Seit 1968 war dies die massivste Studentenbewegung. Außerdem war sie die am demokratischsten kontrollierte Bewegung von allen, die es vorher in Frankreich gegeben hatte. Das bedeutete, daß alle Vorschläge die nicht von der Einheit und dem Willen der Studenten ausgingen, nicht respektiert wurden und auf den VV's und Streikkomitees zurückgewiesen wurden.

Die Regierung war in dieser Situation gezwungen, einen neuen Durchführungserlaß für die "Reform" zu schreiben, bis jetzt wurde sie noch nicht zurückgenommen und es wird versucht, dies auf anderen Wegen durchzusetzen.

Resolution des 64. Kongresses der UNEF syndical am 4.5. - 7.5.78 in Paris

Im Rahmen des Kampfes der Studenten auf europäischer Ebene

- gegen die Reformen die darauf abzielen, die Universitäten als solche in Frage zu stellen
- für die demokratischen Rechte und Freiheiten in Europa und in Deutschland

schlägt die internationale Kommission im 64. Kongress der UNEF folgende Resolution vor:

Der Kongress verurteilt mit dem VDS alle Angriffeauf die demokratischen Rechte und Freiheiten in Ost und West. Er verteidigt die Studenten und Lehrer, die Opfer der Berufsverbote in der BRD sind. Der Kongress wendet sich gegen jegliche Repression und besonders gegen die Gesetze, die die persönlichen und politischen Freiheiten in der BRD einschränken.

Er fordert mit dem VDS die Befreiung des sozialistischen oppositionellen Rudolf Bahro, der von der DDR-Regierung verhaftet worden ist und unterstützt alle Initiativen des VDS und der ASten für dessen Befreiung. Er verurteilt das schändliche Verhalten der ständigen Vertretungder DDR in der BRD gegenüber der Delegation der hessischen Landesastenkonferenz, die für die Befreiung Rudolf Bahros eintraten und ein Besuchsrecht für Rudolf Bahro erreichen wollten.
Der Kongress beschließt auf Anfrage des VDS hin, den Vorstand zu beauftragen auf der Basis der vom VDS gelieferten Informationen eine Stellungnahme in bezug auf das dritte Russell-Tribunal auszuarbeiten.
Der Kongress begrüßt auf ganz besondere Weise die Einladung der UNEF - Unite' syndicale von seiten des VDS zu dem von VDS und ISB organisierten Kongress, der in Baden-Württemberg stattfinden wird.
Der Kongress ist der Auffassung, daß dies ein erster Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Konferenz der Studentenorganisationen ist, die auf der Basis des Kampfes gegen die Universitätsreformen und die demokratischen Rechte und Freiheiten in Europa stattfinden sollte.

Die VDS und die UNEF - Unite syndicale halten die Perspektiven dieser Konferenz für notwendig.
Die UNEF erhebt sich gegen die Zerstörung der ASten in der BRD als unabhängige Vertretungsorgane der Studenten.
Die UNEF versichert dem VDS ihre völlige Solidarität in ihrem Kampf für die Verteidigung der ASten und der VDS.

## ERZWUNGENES SCHWEIGEN – MODELL IRAN

*Teheran Juni 78* *Die Verfolgung und Überwachung von Gedrucktem und Gesprochenem wird uns hier in der BRD geläufig, es wird auch ständig daran gearbeitet. So die Reise Böllings nach Italien, um die Politik der Nachrichtensperre auch anderen Ländern zu empfehlen. Bölling "bat" auf dieser Konferenz auch die ausländischen Medien, zukünftig nicht durch ungezügelte Berichterstattung Fahndungs- und andere Aktionen der Bundesregierung zu gefährden, wie im Falle des israelischen Rundfunks, der von dem geheimgehaltenen Abflug der GSG 9 nach Mogadischu berichtet hatte.*
*So auch das zweitägige Treffen von BKA-Herold mit dem Presserat am 21. und 22. Juni, bei dem "über die Presseberichterstattung während Fahndungsmaßnahmen" gesprochen wurde. Die Presse berichtete lediglich die klassischen Rügen wegen Verletzung der "journalistischen Sorgfaltspflicht" von BILD-ZEITUNG und BamS. Ob bei dem Treffen etwa Empfehlungen erarbeitet worden sind ist nicht gesichert.*

Das "befreundete" IRAN ist dagegen gut abgesichert. Sind die jeweiligen Formen auch nicht identisch, so haben sie jedoch gemeinsame Motive. So gibt es im IRAN mehrere Zensurbehörden, die jede für sich Publikationen verbieten und einziehen können:
1. das Amt für Schriftwesen des Ministeriums für Kultur und Kunst (Zensur bei Büchern);
2. die Zentralstelle für die inländische Presse (und Zensur) des Ministeriums für Information und Tourismus;
3. die Publikationsstelle der staatlichen RASTAKHIZ-Partei
4. das Zensuramt der Polizei und
5. das Presseamt des SAVAK.

Daneben werden aber auch die Druckereibetriebe selbst kontrolliert. Druckereiarbeiter müssen ein Duplikat ihres Ausweises und zwei Bilder dem Druckereichef zur Verfügung stellen, der diese Unterlagen an die Sicherheitsbehörden weiterzuleiten hat. Außerdem hat die SAVAK Druckarbeiter und Korrektoren angeheuert, die ihrerseits den SAVAK über das, was in der Druckerei gedruckt wird, auf dem Laufenden halten.

Bedingung für eine Veröffentlichung von Büchern im Iran ist der Erhalt einer Registriernummer, die derzeit (Keyhan vom 16.2.78, eine der offiziellen Tageszeitungen) von der Nationalbibliothek ausgegeben wird, "zwecks Aufbewahrung der genannten Werke in der Nationalbibliothek, zwecks der Feststellung ihrer Eignung zur Veröffentlichung und zwecks des Schutzes der Autorenrechte." Ist die erste Zensurstelle überwunden und eine Registriernummer freigegeben worden, so kann jederzeit eine der oben genannten Stellen den Druck oder die Verbreitung wieder verbieten.

Damit das alles durch kleine Verlage und Druckereien nicht zu unübersichtlich wird, fand eine Pressekonzentration statt, mittels wirtschaftlicher Pressionen (z.B. führte ein lancierter Papiermangel zu Preissteigerungen, die von den kleinen Betrieben nicht mehr gehalten werden konnten) und politischer Pressionen (Schließung von Druckereien und Verlagen, Verhaftungen usw.). Parallel dazu wurde direkt und indirekt am Aufbau großer Verlage gearbeitet, denen auch die Zensur zum Teil selbst überlassen werden konnte. (Angaben aus: Zensur im Iran, SEMT). Nachstehend ein Bericht von knofo (N.E. Kröcher), Quelle: "dagens nyheter" (Schweden), vom 5.6.78:

"nicht nur die bundesdeutschen spitzelagenturen beschäftigen sich intensiv mit den lesegewohnheiten der menschen. allerdings muß der iranischen filiale des BND/CIA/KGB/ETC, dem SAVAK, zugestanden werden, daß er das problem an sich mit einer wesentlich effektiveren methode in angriff genommen hat. anstatt also z.b. die grenzschnüffler mit dem auswendiglernen zentnerschwerer listen über gefährliches druckwerk zu belasten, wurde das übel kurzerhand an der wurzel gepackt: kritisches oder gar linkes zeugs darf erst gar nicht mehr gedruckt werden. so ging dann das geheime zirkular des SAVAK auch nicht an den dortigen grenzschutz, sondern an sämtliche zeitungsredaktionen und verlage im iran.

die angesehene britische zeitschrift "index on censorship" veröffentlichte das ding – das übrigens keine empfehlung darstellt, sondern ein simpler befehl ist; wer sich nicht daran hält, darf mit einer dauereintrittskarte für die berüchtigten folterknäste des landes in teheran oder anderswo rechnen. wie die iranische presse nachrichten im einzelnen zu behandeln hat wird genauestens vorgeschrieben:
+ sämtliche berichte über den schah, seine frau, den thronfolger, den premierminister und die königliche familie dürfen nur aus offiziellen quellen kommen.
+ sprüche oder befehle des schah oder seiner frau dürfen nicht lächerlich gemacht werden.
+ hochgestellte persönlichkeiten sowie personen, die vom schah hervorgehoben wurden, dürfen in der presse nicht angegriffen oder gar angeklagt werden.
+ länder, die dem iran unfreundlich gesinnt sind dürfen nicht gelobt werden.
+ nachrichten, die diesen ländern zum vorteil gereichen könnten müssen geheim gehalten werden. freundlich gesonnenen ländern soll hingegen besondere sympathie und aufmerksamkeit zuteil werden. diese länder dürfen nicht kritisiert oder sonstwie angegriffen werden; auch dann nicht, wenn nachrichten aus ausländischen quellen zitiert werden.
+ berichte über die staatliche ökonomie sowie über die nahrungsmittelindustrie dürfen nur mit erlaubnis der behörden veröffentlicht werden. generell soll diesen themen nur ein spärliches interesse gewidmet werden.
+ nachrichten über korruption, veruntreuungen und unterschlagungen dürfen grundsätzlich nicht publiziert werden

(obwohl oder weil solche geschichten zum a & o der iranischen Beamtenkaste gehören; ohne bestechung läuft nämlich im iran nix).

+ schriftstellern und poeten, die das regime kritisieren wollen, darf kein platz in den zeitungsspalten eingeräumt werden, (na, das kommt uns aber bekannt vor, wie?).
+ kritik muß konstruktiv sein (aha!) und probleme dürfen nicht übertrieben werden. die presse darf nicht über solche themen berichten, die geeignet wären, eine allgemeine meinung entstehen zu lassen(!).
+ den leuten sollen keine hoffnungen auf höhere löhne, niedrigere mieten oder bessere sozialleistungen gemacht werden.
+ nachrichten über die armee und die bewaffneten kräfte dürfen ausschließlich von offiziellen stellen verbreitet werden.
+ die namen von terroristen dürfen nicht genannt werden; über ihre ideen darf nichts verbreitet werden.

## NEUER PROZESS ÜBER DIE COLONIA DIGNIDAD

CHILE im Juni '78 – *Von einem ID-Leser:*

„Die Colonia Dignidad ( = Kolonie Würde) ist ein von mindestens 250 Bürgern der Bundesrepublik Deutschland geführtes landwirtschaftliches GUT in der chilenischen Provinz Linares, in dem politische Gefangene systematisch einer mit wissenschaftlichen Methoden ausgeklügelten Folter ausgesetzt werden. Sie ist eines der geheimen Folterlager der DINA (chilenischer Geheimdienst) Die Colonia Dignidad ist ein wichtiger Bestandteil des geheimen Unterdrückungsapparates, der in Chile seit über drei Jahren für Verhaftungen, ohne gesetzliche Grundlage, Folterungen und in über 2000 Fällen für das Verschwinden von Menschen nach der Verhaftung verantwortlich ist." – So schrieb Amnesty International in seiner Broschüre ‚Colonia Dignidad' - deutsches Mustergut in Chile – ein Folterlager der DINA'im März 1977.

Weniger als 8 Wochen darauf war diese 60 Seiten starke Publikation verboten. Ein Gericht in Bonn hatte einer Klage der Colonia Dignidad (sie nennt sich ‚Sociedad Benefactora Y Educacional Dignidad') und der Privaten Sozialen Mission (sie ist der ‚Ableger der Colinia in der BRD) stattgegeben.

Am 20. und 21. Juni dieses Jahres ging dieser Prozeß in eine neue Runde. Amnesty International war in Berufung gegangen; die 3. Zivilkammer des Landgerichtes Bonn mit den Richtern Zickfett und Dallmann sowie der Richterin Dach hatte darüber zu entscheiden. Es sollte die Frage untersucht werden, wie denn die Zeugen wissen können, daß sie in der Colonia Dignidad und nicht in einem anderen Lager gefoltert worden waren. Richter Zickfett forderte eingangs, daß die drei Zeugen, drei Chilenen und eine Chilenin, „objektiv und unbefangen" aussagen sollten.

In der über 13-stündigen Verhandlung am ersten Tag wurden nur zwei Zeugen gehört; Ivan Treskow, ein Biologielehrer, der nun in Paris im Exil lebt, und Adriana Borquez, 42 Jahre alt - sie ist ebenfalls Lehrerin und wohnt in England - konnten ebenso wie die am nächsten Tag vernommenen Zeugen erstaunlich genaue Angaben über den Weg von ihrem jeweiligen Verhaftungsort zum Folterlager mache, obwohl ihnen während des ganzen Weges die Augen verbunden waren. Adriana Borquez hatte außerdem mehrmals von Wachen gehört, daß sie sich in der Colonia befunden hatte: „Von der Colonia wurde ich in ein Bürohaus der DINA in Santiago gebracht. In dem Zimmer über mir war zudem ein Unterrichtsraum für Polizisten, und wenn ich das Fenster offen hatte, konnte ich sie oft über die Colonia reden hören. Sie sagten auch etwas über mich, ‚die sie aus der Colonia mitgebracht hatten'.

Alle vier Zeugen, auch Ivan Bustos (21 Jahre, Mechaniker wohnt in Montreal,Canada) und Manuel Segundo Bravo (38 Jahre, wohnt jetzt in West Berlin) sagten übereinstimmend aus, daß es sich bei einigen Leuten, die sie in der Colonia Dignidad gesehen oder gehört hatten, mit Sicherheit nicht um Lateinamerikaner handelt. Ivan Treskow berichtet: „Einmal kamen zwei Männer, die von den Wachen als ‚Major' und ‚Doktor' angeredet wurden. Sie waren keine Chilenen, sie hatten einen ausländischen Akzent, und ich bin mir ziemlich sicher, daß er ein deutscher war. Der ‚Major' wurde ärgerlich, als er erfuhr, daß meine Großeltern Deutsche waren und fragte mich, ob ich ihre Gespräche verstehen konnte.

Dieser eine Mann, der dort ‚Major' genannt wird, wird von den Zeugen auf eine sehr ähnlche Art und Weise beschreiben. Der Verdacht liegt nahe, daß es sich um einen Leiter der Colonia, Hermann Schmidt handelt, der während des zweiten Weltkrieges Major in der deutschen Armee gewesen war.

An den beiden Tagen in Bonn konnte der Prozeß nicht entschieden werden. Neue Zeugen müssen noch gehört werden. Es fiel auf, daß die Richter darauf hin arbeiteten, den politischen Hintergrund des Prozesses nie sichtbar werden zu lassen. Daß die chilenische Regierung foltert und mordet, ist bekannt, daß aber der Botschafter der BRD in Chile, Erich Strätling, ein solches Folterlager (nämlich die Colonia Dignidad) unterstützt, war vor der Veröffentlichung der Amnesty-Broschüre nicht bekannt (Auf eine diesbezügliche Anfrage im Auswärtigen Amt hatten die Herren und Damen dort nicht viel mitzuteilen, allerdings wurde ich belehrt, daß man nicht ‚BRD' sondern ‚Bundesrepublik Deutschland' schreibt, „da das Kürzel ‚BRD' aus dem Propagandaarsenal der ‚DDR' stammt").

Im Zusammenhang mit der Colonia Dignidad muß auch die Erklärung des früheren DINA-Agenten Juan Munoz Alarcon, der inzwischen in Chile ermordet wurde, gesehen werden: in seiner Aussage beschreibt er genau die Arbeitsweise der DINA, er nennt mehrere Namen von DINA-Agenten, ebenso Namen von Agenten des US-Geheimdienstes CIA, die in Chile arbeiten: die Chilenen Daniel Galleguillos, Silvia Pinto und Sheila Fortna, die die Sekretärin des US-Botschafters ist, sowie den US-Bürger Janes Jahn Bisayton.

Munoz Aussagen sind so genau, präzise und detailliert, daß sie nicht als falsch gelten können. Auch die ganze Stellung der Colonia in dem Unterdrückungsapparat in Chile wird in seiner Erklärung deutlich: er nennt sie ein „Ausbildungszentrum des nationalen Geheimdienstes", in dem Schulungen über die Arbeitsweise der chilenischen Geheimdienste abgehalten werden. Munoz selbst nahm an ‚Aktionen' gegen Gefangene in der Colonia Dignidad teil. Er führte weiter aus, daß fast alle ‚Verschwundenen' in Chile sich in der Colonia befinden. Von den annähernd 2500 Menschen, die in der Zeit nach dem Putsch im September 1973 von der Geheimpolizei verschleppt wurden, sind nach seinen Worten noch 145 am Leben (Munoz sagte dies im Juni 1977!!)

Das Beispiel ‚Colonia Dignidad' zeigt in erschreckender Weise, auf welche Unterstützung die Regierung der US-Konzerne, der CIA und Pinochet's in Chile vertrauen kann. Diese Unterstützung geht sogar so weit, daß bis zum heutigen Tag die Botschaft der BRD in Chile nichts ernsthaftes unternommen hat um die Vorwürfe von Amnesty International und den vereinten Nationen (die mehrfach in ihren offiziellen Berichten über die Colonia als ein Folterlager berichten) nachzugehen. Stattdessen war bisher nur in zum Teil öffentlichen Stellungnahmen des Botschafters zu hören, daß es sich bei der Colonia Dignidad nur um ein ganz normales Gut handelt. Andere Anfragen an die Botschaft oder das Auswärtige Amt wurden nur mit dem Hinweis auf das ergangene Urteil beantwortet, auf Fragen wurde inhaltlich nicht eingegangen."



postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)

bitte bei bestellung stichwörter angeben : "NEUABO", "Verlängerung", Adresswechsel" etc. ausserdem die genaue Adresse (bzw. die Abonnementsnummer

